



Erster Integrationsbericht

für Saarbrücken

Zuwanderungs- und Integrationsbüro (ZIB)
Rathaus St. Johann
66111 Saarbrücken
www.saarbruecken.de/zib

Erster Integrationsbericht für Saarbrücken

<i>Inhalt</i>	<i>Seite</i>
I. Einführung und wichtigste Erkenntnisse	2
1. Von der Schwierigkeit, einen Integrationsbericht zu schreiben	2
2. Integration und Teilhabe in Saarbrücken: Der Stand der Dinge	5
3. Auf den Punkt gebracht: Schlussfolgerungen aus dem Bericht	9
II. Die großen Linien	11
1. Wanderungsgewinne und neue Zuwanderergruppen	11
2. Migration und Bevölkerung: verschiedene Perspektiven	13
A Herkunft	13
B Milieu	15
C Sozialraum	18
D Geschlecht	30
E Alter	36
F Vielfalt der Lebensformen	38
G Aufenthaltsdauer und Bleibeperspektiven	41
III. Ausgewählte Handlungsfelder	43
1. Ankommen in Saarbrücken	43
2. Migrant_innen auf dem Arbeitsmarkt	47
3. Erfahrungen von Diskriminierung und Solidarität	53
4. Gesellschaftliche und politische Teilhabe	56
5. Selbstorganisation von Migrant_innen	59
6. KiTabesuch und frühkindliche Sprachförderung	64
7. Schule und Elternbeteiligung	68
8. Die Generation 50plus	75
9. Der Umgang mit Vielfalt: 10 Schlaglichter	78
IV. Anhang	83
Dokumentation: Workshops mit dem AK Migrantinnen und den Migrationsdiensten der Wohlfahrtsverbände	
(werden ergänzt):	
Tabellen	
Quellenangaben	

I Einführung und zentrale Erkenntnisse

1 Von der Schwierigkeit, einen Integrationsbericht zu schreiben

Wovon und über wen reden wir eigentlich?

Über Integration wird oft mit einer Selbstverständlichkeit geredet, als ginge es um die Beschreibung eines klar zu umreißenen Vorgangs, der einen bestimmten Ausgangs- und Endpunkt und genau bestimmbare Zwischenschritte hat. Dabei ist Integration alles andere als ein „greifbarer“ Prozess. Zu viele Faktoren spielen mit hinein: auf der einen Seite die individuellen Einwanderungsmotive, die persönliche Disposition, die erfahrene Sozialisation, das Bildungsgepäck, das jemand mitbringt; und auf der anderen Seite die Angebote zur Integration und die dazu gehörige Infrastruktur, die das Aufnahmeland bereitstellt. Denn so viel ist sicher: Wer sich aufgrund fehlender Integrationsangebote „durchwursteln“ muss, hat deutlich schlechtere Karten.

Dass man bei Neuzuwanderern von Integration spricht, leuchtet zunächst ein. Die ersten Schritte des Ankommens sind scheinbar klar: Deutschlernen, ggfs Anerkennung von Berufsabschlüssen, Arbeitsaufnahme, erste Orientierung in den gesellschaftlichen Systemen von Schule bis Gesundheit. Wer das alles erfolgreich durchläuft, gilt landläufig als integriert. Macht man die Umkehrprobe, stellen sich allerdings erste Fragen: Ist eine in Deutschland alt gewordene Frau aus der Türkei, die nie richtig Deutsch gelernt, aber dafür gesorgt hat, dass ihre Kinder „etwas werden“, nicht integriert? Und wie ist es mit dem Russen, der zwar hervorragend Deutsch spricht, aber nach Jahren der Berufstätigkeit seine Arbeit verloren hat? Ist er jetzt „nur“ arbeitslos, oder auch ein integrationspolitischer Problemfall? Beide würden jedenfalls an den offiziellen Prüfsteinen für gelungene Integration – der (unbefristeten) Niederlassungserlaubnis und der Einbürgerung – scheitern.

Noch schwieriger mit dem Begriff der Integration verhält es sich bei den Kindern und Kindeskindern der Einwanderer. Wer einem in Saarbrücken geborenen, pubertierenden Jugendlichen „mit Migrationshintergrund“ erzählt, er solle sich gefälligst integrieren, wird – zu Recht – ein müdes Lächeln ernten. Integration ist für ihn ebenso wenig eine Kategorie wie für seine urdeutschen Freunde. Womöglich sind aber Diskriminierung und Rassismus Erfahrungen, die ihn von früh auf prägen.

Generationen von Menschen, die Wurzeln in einem anderen Land haben, zum Objekt der Betrachtung unter der Perspektive ihrer Herkunft zu machen, wird ihrer Lebensrealität nicht gerecht und führt allenfalls zu Stigmatisierung, ja zu weiterer Diskriminierung. Damit ist aber wiederum nicht gesagt, dass nicht darauf geschaut werden muss, wie sich etwa die Bildungssituation auch der Kinder und Jugendlichen der zweiten oder dritten Generation entwickelt. Im Fokus kann dann aber nicht mehr deren individuelle Integration stehen; vielmehr muss es dann um Chancengerechtigkeit gehen und um die Frage, ob die entsprechenden Strukturen dazu angetan sind, eine institutionelle Diskriminierung zu befördern und aufrechtzuerhalten.

Will man also über Integration berichten, muss man mindestens dreierlei beachten. Erstens: Integration ist individuell nur sehr begrenzt messbar – und alle rechtlichen Normierungsversuche etwa durch die Bestimmung eines Messpunkts für erfolgreiche Integration im Einbürgerungsverfahren oder bei der Erteilung einer Niederlassungserlaubnis sind Hilfskonstruktionen.

nen, die von denen, die daran scheitern, als bittere Ungerechtigkeit erlebt werden. Zweitens: Die Betrachtung von Integration muss in weiten Teilen eine Betrachtung von Strukturen sein unter der Fragestellung, wie offen oder geschlossen sie sind, um Gleichberechtigung und Teilhabe zu ermöglichen. Und drittens: Integrationsberichterstattung kann nicht objektiv sein, weil die Ausgangsfragestellungen schon so viele geradezu ideologische Positionierungen voraussetzen, dass sie den Fokus der Berichterstattung zwangsläufig in die eine oder andere Richtung lenken. Berichterstattung ist immer auch ein Herrschaftsinstrument, das vorsichtig einzusetzen ist gerade in einem Bereich, der sehr stark von einer Machtasymmetrie geprägt ist.

Eine dürftige Datenlage

Nun gesellt sich zu diesen grundsätzlichen Überlegungen noch eine besondere Schwierigkeit: Eine Stadtverwaltung mag sich viele differenzierte Erkenntnisse über den Stand der Integration, der Chancengerechtigkeit, der Teilhabe, der strukturellen interkulturellen Öffnung wünschen: Die Datenlage ist oft so dürftig, dass viele dieser Wünsche unerfüllt bleiben müssen.

Warum ist das so? Hier muss man unterscheiden: Zum einen werden manche Daten (noch) nicht in der Differenzierung nach dem Migrationshintergrund erhoben, oder der Migrationshintergrund wird unterschiedlich definiert. Diese unterschiedliche Erhebungspraxis führt dazu, dass bestimmte statistische Werte nicht miteinander verglichen werden können und Zeitreihen nur schwer möglich sind. Sie messen oft dabei nur einen kleinen Ausschnitt der viel komplexeren Einwanderungsrealität

Aussagen von vornherein so große Verzerrungen der Einwanderungsrealität vermuten lassen, dass es besser ist, sie gar nicht erst zu veröffentlichen. Vergleiche und Zeitreihen sind dadurch erst recht nur schwer möglich. Wie wenig wir - auf belastbare Zahlen gestützt - tatsächlich wissen etwa über die Bildungssituation in der von Migration geprägten Bevölkerung, hat der Bildungsbericht des Regionalverbandes gut herausgearbeitet. Nur auf Umwegen lassen sich gewisse Mutmaßungen aufstellen.

Zum anderen gibt es in Saarbrücken das spezifische Problem, dass die in den letzten Jahren immer weiter zersplitterten Zuständigkeiten den Zugriff auf bestimmte Daten erschwert oder gar unmöglich macht. So ist es weder gelungen, Gesundheitsdaten (Zuständigkeit beim Regionalverband) noch Daten zur ausländerrechtlichen Situation (Land) für diesen Bericht zu bekommen. Auf den Aspekt „Gesundheit“ wurde deshalb verzichtet. Zur ausländerrechtlichen Situation wurde hilfsweise auf Daten aus dem Ausländerzentralregister zurückgegriffen. Diese haben sich aber im „Rohzustand“ als weitgehend unbrauchbar erwiesen, weil eine Verknüpfung der Aufenthaltstitel nach den entsprechenden Paragraphen im Aufenthaltsgesetz mit den tatsächlichen Aufenthaltswegen nicht möglich ist ohne weitere Informationen, die die Ausländerbehörde – ihr eigenes Erkenntnisinteresse vorausgesetzt - selbst systematisch erheben und dokumentieren müsste. Die Zulassung zum Arbeitsmarkt etwa verbirgt sich in vielen unterschiedlichen Aufenthaltstiteln, die etwa aus Gründen des Familiennachzugs, aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen erteilt werden. So lässt sich aus den Aufenthaltstiteln allein zum Beispiel auch nicht ermitteln, wie viele ausländische Studierende im Anschluss an ihr Studium eine Arbeit in Deutschland aufnehmen, und Ähnliches mehr.

Über Integration berichten oder Migration als Querschnittsthema berücksichtigen?

All diese praktischen Schwierigkeiten haben uns dazu veranlasst, auf den Aufbau eines fortschreibbaren, indikatorengestützten Monitorings vorläufig zu verzichten. Es wäre einfach zu lückenhaft und wenig aussagekräftig. Stattdessen haben wir versucht, in einer Mischung aus Zahlen, Beobachtungen, Sonderuntersuchungen, Diskussionen und Befragungen einen möglichst abgesicherten Eindruck der Situation zu erhalten. Der Bericht muss aber zwangsläufig lückenhaft sein: nicht nur wegen der schwierigen Datenlage, sondern auch wegen der Komplexität des Themas, das auszuleuchten in allen von integrationspolitisch relevanten Handlungsfeldern auch aus Kapazitätsgründen unmöglich war.

Schlussendlich gilt es auch grundsätzlich und ernsthaft abzuwägen, ob der Nutzen einer spezifischen Integrationsberichterstattung ihr Risiko rechtfertigt: das Risiko nämlich, dass der Blick auf dieses eine Merkmal „ethnische Herkunft“ und auf die Differenz zwischen Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte Zuschreibungen oder gar Stigmatisierungen auf Dauer festschreibt anstatt sie aufzulösen.

Dieter Filsinger, der Dekan der Sozialwissenschaftlichen Fakultät an der HTW des Saarlandes, hat in einem Aufsatz¹ einige interessante, grundlegende Kritikpunkte an der Integrationsberichterstattung der Kommunen formuliert: So werde in der Regel die Schicht- und Milieuzugehörigkeit zu wenig berücksichtigt. Es fehle eine empirische Analyse der Integrationsbereitschaft der Mehrheitsgesellschaft. Migration müsse im Kontext von sozialen Ungleichheitsstrukturen und Heterogenität sowie allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen thematisiert werden: demografischer Wandel, Pluralisierung von Lebens- und Familienformen, ökonomische, kulturelle und sozialräumliche Polarisierung. Migrations- und Integrationsforschung und soziale Ungleichheitsforschung müssten stärker miteinander verknüpft werden.

Diese Kritik und die eigenen Erfahrungen mit der Erstellung des vorliegenden Integrationsberichts bedenkend, wird sich die Frage stellen, ob es sinnvoll sein wird, die Integrationsberichterstattung in Saarbrücken auf Dauer zu stellen, oder ob es nicht zielführender ist, die Migrationsperspektive systematisch und qualifiziert in alle Fachberichte (Bildung, Soziales, Wohnen, Gesundheit etc.) einzubauen. Das ist eine Aufgabe, der sich dann allerdings alle berichtenden Behörden und Institutionen bei Stadt, Regionalverband und Land stellen müssten.

¹ Dieter Filsinger, Integrationsmonitoring – Entwicklung, Kritik und Perspektiven, in: Migration und soziale Arbeit 3/2013, S. 229 ff.

2. Integration und Teilhabe: Der Stand der Dinge

Vom „Wir und ihr“ zum großen „Wir“

Vor fünfzehn bis zwanzig Jahren konnte man im Gespräch mit der Arbeitsverwaltung, wenn es um Ausbildung und Arbeit für Jugendliche mit Migrationshintergrund ging, Aussagen wie diese hören: „Wir verstehen ja Ihr Anliegen, aber bevor wir uns um die ausländischen Jugendlichen kümmern, müssen wir doch zuerst unsere eigenen mit Ausbildung und Jobs versorgen.“

Sätze wie dieser spiegelten eine gesellschaftlich damals weit verbreitete Haltung wider: Man dachte ganz selbstverständlich in zwei Kategorien, nämlich „unseren“ (den deutschen) und „euren“ (den ausländischen) Jugendlichen. Heute ist die Erkenntnis gereift, dass alle diese Jugendlichen „unsere“ sind – und dass es mithin nur eine gemeinsame Zukunft oder gar keine gibt. Diese Erkenntnis hat integrationspolitisch einen der größten Paradigmenwechsel der letzten Jahre mit sich gebracht. Damit ist noch nicht gesagt, dass Chancengerechtigkeit in auch nur annähernd ausreichendem Maße erreicht sei. Aber die frühen Warnungen von Migrationsforschern, wonach die Kosten nicht erfolgter Bildungs- und Arbeitsmarktintegration gerade der jungen Generationen mit Migrationshintergrund die gesamte Gesellschaft teuer zu stehen kommen würden, werden heute nicht mehr so leichtfertig in den Wind geschlagen.

Bildung: Bessere Ergebnisse und enttäuschte Hoffnungen

Im Bildungsbereich gilt nach wie vor, dass die strukturelle Diskriminierung aufgrund von sozialer und ethnischer Herkunft viel zu stark mitbestimmen über schulischen Erfolg oder Misserfolg – in Deutschland insgesamt nicht anders als in Saarbrücken. Wenn auch die absolute Zahl der Abiturient_innen mit Migrationshintergrund steigt, bleiben sie dennoch eine zu kleine Minderheit, gemessen am steigenden Anteil der Schüler_innen ausländischer Herkunft. Eine Befragung von Eltern im Saarbrücker Stadtteil Malstatt hat bestätigt, wie weit Anspruch und Wirklichkeit auseinanderklaffen: Viele Eltern haben hohe Bildungsziele für ihre Kinder, stehen aber dem System Schule mehr oder weniger hilflos gegenüber (vgl. Kapitel III.7).

Bei der Sprachbildung für Kinder im Vorschul- und Schulalter haben sich auf der einen Seite verlässliche Strukturen herausgebildet (Vorkurse „Früh Deutsch lernen“ des Landes – wenngleich das Programm im Ländervergleich nicht besonders gut abgeschnitten hat -, unterstützende Projekte wie SIGNAL, Sprachförderung in KiTas), auf der anderen Seite sind wichtige Maßnahmen weggebrochen (insbesondere das Projekt Mercator zur Sprachförderung an berufsbildenden Schulen). Vom Ziel einer alltagsintegrierten Sprachbildung in allen Bildungseinrichtungen, das mehr Personal und zusätzliche Qualifizierung bedeuten würde, ist Saarbrücken allerdings noch weit entfernt. Unbefriedigend bleibt die Situation für Quereinsteiger_innen an den Schulen. Wenn Familien während des Schuljahres einreisen, oder auch wenn es zu einem überdurchschnittlichen Anstieg der Zuwanderungszahlen kommt wie derzeit mit der EU-Einwanderung, stoßen die Schulen schnell an ihre Grenzen.

Arbeitsmarkt: Migrant_innen werden neu entdeckt

Bei der Integration von Zuwanderern auf dem Arbeitsmarkt ist in den letzten Jahren viel passiert. Viele Akteure setzen sich sehr viel intensiver als zuvor mit den Anforderungen an eine nachhaltige Arbeitsmarktintegration auseinander. Diese Entwicklung wirkt sich bei einigen Gruppen aus – etwa bei den internationalen Studierenden, die sich nach Studienabschluss in Deutschland niederlassen wollen und für die die Rahmenbedingungen besser geworden sind -,

bei anderen bleiben die Perspektiven schwierig; das gilt insbesondere für gering qualifizierte Langzeitarbeitslose.

Insgesamt hat ein deutliches Umdenken eingesetzt, seit sich der Fachkräftemangel bemerkbar macht. Menschen mit Migrationshintergrund werden als Ressource und unverzichtbare Arbeitsmarktreserve „entdeckt“. Unternehmen betreiben aktive Anwerbung im Ausland – in gewisser Weise ein Déjà-vu aus den Zeiten des Wirtschaftswunders, als Deutschland die „Gastarbeiter“ brauchte und holte. Damals wie heute gilt: Wer Arbeitskräfte ins Land ruft, muss damit rechnen, dass Menschen kommen. Einen ausgezeichneten Überblick über die Entwicklungen beim Thema „Migration und Arbeitsmarkt“ liefert der Beitrag des IQ-Netzwerkes Saarland („Integration durch Qualifizierung“) in diesem Bericht, vgl. Kapitel III.2.

Zusammenhalt: Auflösung und Aufbau

Wie entwickeln sich der Zusammenhalt und das Zusammenleben in Saarbrücken? Es sind unterschiedliche Bewegungen spürbar.

Das Zerbröckeln von Bindungen macht auch nicht Halt vor Familien und sozialen Netzwerken von Migrant_innen. Sichtbar wird das etwa im drängender werdenden Thema der Pflege von älteren Menschen mit Migrationshintergrund, die in der Familie nicht mehr aufgefangen werden kann (durch Berufstätigkeit der Kinder etc.).

Es gibt auch mögliche erste Anzeichen für einen „gefühlten“ Rückgang der Integration. Dies zeigt auch eine Umfrage im so genannten Urban Audit² verschlechtert. Zur Aussage „Migrant_innen in Saarbrücken sind sehr gut integriert“ sagten „Ich stimme voll zu“: 2006: 12,3 %; 2009: 11,3 % und 2012: 8,7 %. Dieses Umfrageergebnis sagt nichts über die tatsächliche Integration im Sinne belastbarer Erkenntnisse über Bildungserfolg, Arbeitsmarktintegration, gesellschaftliche Teilhabe u.ä. aus, sondern es spiegelt ein subjektives Stimmungsbild wider, das vermutlich sehr sensibel auf aktuelle Trends reagiert (z.B. sichtbare Armutszuwanderung) und bereits erreichte Integrationserfolge als selbstverständlich verbucht und damit auch wieder vergisst.

Und dann wiederum gibt es zahlreiche Erfahrungen von Solidarität (Mentoring- und Patenschaftsprojekte, Solidarisierung gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Solidarität mit Opfern von Menschenhandel und Ausbeutung) und Netzwerkbildung (zielgruppenübergreifende Netzwerke wie z.B. das Antidiskriminierungsforum Saar), Übernahme von Verantwortung (Engagement der Migrantenvereine, Beteiligung von Deutschen und Zugewanderten an Stadtteilentwicklungsprozessen, Veranstaltungen und Projekten).

Offen für Vielfalt: Öffnungsprozesse müssen gestaltet werden

² Hintergrund zum „Urban Audit“: Es handelt sich um ein EU-Projekt, das regelmäßig objektive Daten aus vielen Lebensbereichen erhebt und an dem mittlerweile 400 Städte aus ganz Europa beteiligt sind. Diese Datensammlung wird in ausgewählten Städten durch eine Befragung der Bürger ergänzt (Perception survey). In Anlehnung und parallel zu diesem Survey haben auf freiwilliger Basis ca. 20 deutsche Städte ab 2006 alle drei Jahre ihre Bürger ebenfalls befragt.

Wie offen eine (Stadt-)Gesellschaft ist, lässt sich vor allem daran ablesen, wie sehr sich ihre Institutionen auf die Vielfalt der Bevölkerung einlassen und ihre Strukturen danach ausrichten. Hier zeigt sich in Saarbrücken ein heterogenes Bild. Während sich eine Reihe von Institutionen einem dezidierten Öffnungsprozess unterzogen hat, bleiben andere eher „blind“ für die Hürden, die Migrant_innen den Zugang zu ihnen erschweren. Für diesen Bericht haben wir verschiedene Einrichtungen nach ihren Strategien im Umgang mit der Vielfalt befragt und einige Schlaglichter zusammen getragen (vgl. Kapitel III.9).

Als wertvolle Ressource für einen besseren Zugang zu gesellschaftlichen Strukturen wurde in den letzten Jahren der Einsatz von Schlüsselpersonen mit Migrationshintergrund erkannt. In Saarbrücken wurden an verschiedenen Stellen Personen qualifiziert: Sprachmittler_innen (von LHS und IQ-Netzwerk entwickelter IHK-Zertifikatslehrgang), Kulturmittler_innen (nicht zertifizierter Lehrgang), Brückenbauer_innen (Bürgerarbeitsplätze), Bildungsbeauftragte (vom Regionalverband durchgeführter Lehrgang für Schlüsselpersonen in Migrantenvereinen). Sie werden als wichtige Unterstützer_innen geschätzt, ihre Entlohnung auf Honorarbasis gestaltet sich jedoch noch schwierig.

Viel Engagement, aber politisch noch wenig Einfluss

Eine Studie, die der Saarbrücker Integrationsbeirat in Auftrag gegeben hat, zeigt, dass Migrant_innen noch so gut wie gar nicht in den politischen Parteien in der Landeshauptstadt angekommen sind. Das Engagement von Migrant_innen in gesellschaftlichen Ehrenämtern ist hingegen durchaus ähnlich hoch wie das der Deutschen – allerdings geht es teilweise in andere Bereiche. Migrant_innen für Belange der Kommune oder Stadtteile zu gewinnen, gestaltet sich nicht immer einfach. Vielversprechende Erfolge zeigen sich jedoch dort, wo weniger auf klassische, einmalige Beteiligungsverfahren als vielmehr auf langfristige Beziehungsarbeit gesetzt wird – etwa beim Projekt „Malstatt gemeinsam stark“, das nach der Methode des Community Organizing gearbeitet hat.

Interreligiöser Dialog kommt in den Stadtteilen an

Der interreligiöse Dialog hat eine langjährige Tradition in Saarbrücken. Wenn dieser Dialog auch immer wieder eine Herausforderung darstellt, ist doch die enge Vernetzung und engagiert ausgestaltete Zusammenarbeit in Projekten und Veranstaltungen ein Garant für eine konstruktive Kommunikation. Mit Projekten in Alt-Saarbrücken und Burbach ist es in den letzten zwei Jahren gelungen, den interreligiösen Dialog stärker auf die Stadtteilebene, und damit auf die Ebene einzelner Gemeinden, herunter zu brechen.

Strukturen kommunaler Integrationspolitik: Chancen genutzt, aber Spielräume verloren

In den zehn Jahren des Bestehens des Zuwanderungs- und Integrationsbüros hat sich gezeigt, dass die Organisationslösung einer Stabsstelle mit Querschnittsfunktion gut gewählt war. In der praktischen Arbeit liegen die Grenzen zum einen in den beschränkten finanziellen Ressourcen, die bei Daueraufgaben wie der frühkindlichen Sprachbildung ein langwieriges Ringen um Gelder notwendig macht. Zum anderen stößt die Integrationspolitik der Kommune an die Grenzen ihrer im Laufe der letzten Jahre immer weiter beschnittenen Zuständigkeiten. Wichtige Handlungsfelder wie Soziales, Jugendhilfe und Bildung liegen beim Regionalverband; wengleich sich eine gute Zusammenarbeit in einzelnen Bereichen entwickelt hat, fehlt

es aber doch an der Durchlässigkeit der Strukturen, wie sie innerhalb einer Behörde eher möglich ist. Die Kooperation ist deutlich aufwändiger. Dasselbe gilt für die Ausländerbehörde, die seit 2008 dem Landesverwaltungsamt unterstellt ist. Während der Trend in anderen deutschen Städten dahin geht, Bürgerdienste und Ausländerbehörden stärker im Sinne von Dienstleistungszentren zu integrieren, ist die Entwicklung im Saarland genau umgekehrt.

Aktuelle Herausforderungen: neue Zuwanderung, Alterung, globale Gerechtigkeit

Die Formen der Zuwanderung ändern sich derzeit mit großer Geschwindigkeit. Die Erweiterung der EU und die damit verbundene größere Mobilität der Menschen bringen eine stärkere Fluktuation mit sich. Damit verbunden ist die Chance, auch einige der erhofften Hochqualifizierten ins Saarland zu ziehen und so einen Beitrag zum Ausgleich des hiesigen Fachkräftemangels zu leisten. In der Folge der Krisen im Süden und Osten kommen aber auch die weniger Privilegierten, die eine Perspektive für sich und ihre Familien suchen. Gerade die Zuwanderung aus der EU – insbesondere aus den neueren Beitrittsländern - stellt die Institutionen vor unerwartete Herausforderungen, da viele Zuwanderer, sofern sie hier noch nicht eine gewisse Zeit gearbeitet haben, so gut wie keine Ansprüche auf staatliche Leistungen haben – angefangen beim kostenlosen Integrationskurs, der ihnen eine Chance geben würde, Deutsch zu lernen. Inwieweit das seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes 2005 in Deutschland aufgebaute System von Integrationsangeboten flexibel auf die Veränderungen reagieren kann, wird sich noch zeigen müssen. Auch für die kommunale Ebene heißt das, strukturell gut aufgestellt zu sein und zugleich auf kurzfristige Veränderungen reagieren zu können.

Erkennbare Schattenseiten hat die „neue“ Zuwanderung, wenn es um die auch in Saarbrücken zunehmende Straßenprostitution, das organisierte Betteln, Menschenhandel und organisierte Kriminalität geht. Migrant_innen sind hier unter den Opfern wie unter den Tätern zu finden. Allein am Beispiel der Prostitution zeigt sich gut, wie eine gesellschaftliche „Nachfrage“ und deren Befriedigung Ausbeutung, internationalen Menschenhandel und Verwerfungen in einzelnen Stadtteilen und Straßenabschnitten nach sich ziehen.

Die Überalterung der Gesellschaft schließt Migrant_innen mit ein. Auf die Bedürfnisse älterer Migrant_innen und ihrer Familien sind die Institutionen in Saarbrücken allerdings noch ungenügend vorbereitet. Hier muss ein Schwerpunkt integrationspolitischen Handelns – vor dem Hintergrund des seniorenpolitischen Konzepts der LHS - in den nächsten Jahren liegen. Umgekehrt ist es Alltag geworden, dass Haushaltshilfen aus Osteuropa in (überwiegend deutschen) Familien mit einem pflegebedürftigen Angehörigen zur „24-Stunden-Betreuung“ eingesetzt werden – oft genug in einer rechtlichen Grauzone und in prekären, arbeitsrechtlich fragwürdigen Verhältnissen. Viele dieser Frauen lassen gezwungenermaßen ihre eigenen Familien zurück, um in Deutschland das notwendige Geld zur Versorgung ihrer Kinder und Eltern zu verdienen.

Unter dem Gesichtspunkt der globalen Gerechtigkeit stellen sich deshalb auch ethische Fragen: Wie gerecht ist es, Fachkräfte aus dem Ausland – vom Handwerker oder der Altenpflegerin über die Ingenieurin bis zum Arzt – abzuwerben (der so genannte Brain Drain), die dort empfindliche Lücken in das System reißen? Müsste nicht - etwa im Rahmen der Entwicklungspolitik - ein Ausgleich geschaffen werden? Wie können Zuwanderer besser vor ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen geschützt werden? Mitunter mutet es auch bizarr an, dass die vielgepriesene „Willkommenskultur“ auf einmal in aller Munde ist; wenn man genau hinschaut, muss man jedoch den Eindruck haben, dass sie sich nicht an alle richtet, sondern eben nur an die, die wir „brauchen“ können. Gerade auf der kommunalen Ebene lässt sich noch ein

wenig dagegen halten. Hier haben wir die Chance, ein Klima des Willkommenseins und der Anerkennung zu schaffen, das Alteingesessene, langjährig Zugewanderte und neu Hinzukommende gleichermaßen einschließt und eine Atmosphäre schafft, die die große Aufgabe, den Umgang mit der Vielfalt zu organisieren, weder bagatellisiert, noch Horrorszenarien einer nicht mehr zu bewältigenden Einwanderung malt.

3. Auf den Punkt gebracht: Schlussfolgerungen aus dem Integrationsbericht

Ankommen und Erstintegration

- (+) weitgehend funktionierendes Netzwerk (Migrationsdienste, Integrationskurse)
- (-) bestimmte Zuwanderergruppen werden nicht genügend erreicht bzw. leben unter prekären Bedingungen: neue Zuwanderung EU; temporäre Migration (Werkvertragsarbeiter_innen, Studierende aus Drittstaaten etc.).
- (+)(-) Es gibt erste erfolgversprechende Ansätze zur Lösung von Problemen durch neue Zuwanderung EU, aber es mangelt an Ressourcen und Instrumenten.

Diskriminierung

- (+) bessere Beratungsstrukturen und offensiverer Umgang mit dem Thema
- (-) Diskriminierung bleibt eine zentrale Alltagserfahrung vieler Zugewanderte

„Gefühle“ Integration

- (-) Einwanderungsnormalität wird durch dominante Themen (EU-Zuwanderung, Prostitution etc.) in der Wahrnehmung teilweise überlagert
- (+) aber auch zunehmende Normalisierung, Entdramatisierung der Zuwanderungsdiskussion und Solidaritätserfahrungen

Interkulturelle Öffnung

- (+) gelingen dort, wo dezidierte Strategien entwickelt wurden
- (+) Beratungsstellen werden von Migrant_innen in Anspruch genommen
- (+)(-) Beschäftigte mit Migrationshintergrund in der öffentlichen Verwaltung: Sensibilisierung ist gelungen; Ergebnisse noch ausbaufähig
- (+)(-) „blinde Flecke“: Erwachsenenbildung, Kultureinrichtungen (teilweise)

Politische und bürgerschaftliche Partizipation

- (+) Hohes Engagement von Migrant_innen in Selbstorganisationen; Brückenfunktion für neu zuwandernde Landsleute
- (-) Parteien: Migrantanteil noch gering (aber Entwicklungen erkennbar)

Schule

- (+) (-) langsam steigende Abiturientenzahlen, aber insgesamt weiterhin Bildungsbenachteiligung: Bildungserfolg stark abhängig von sozialer und ethnischer Herkunft
- (+) (-) Erwartungen von Eltern und Lehrer_innen klaffen auseinander
- (+) Gute Kindergartenbesuchsquote

Arbeitsmarkt

- (+) Strukturelle Verbesserungen, die sich langfristig positiv auswirken können: Migrant_innen sind stärker im Fokus bei Arbeitsverwaltung; Verbesserungen durch

Anerkennungsgesetze Bund und Land, stärkere Vernetzung von (Arbeits-)Verwaltung und Migrationsdiensten; starkes Netzwerk „Integration durch Qualifizierung“ Saar; Existenzgründungsberatung für Migrant_innen; Initiative zum Aufbau eines Welcome Centers (Land)

- (+) Fachkräftemangel hat zu einem Umdenken in der Zuwanderungsdiskussion geführt. (vgl. SZ vom 4.11.13: „Zuwanderer an der Saar erwünscht“; vgl. auch neue Saarland-Kampagne)
- (-) Migrant_innen sind nach wie vor stärker von Arbeitslosigkeit und Leistungsbezug betroffen (vor allem gering Qualifizierte)
- (-) Migration und Ausbeutung: finden ihren Niederschlag in äußerst prekären Beschäftigungsverhältnissen bei Unternehmen und in Haushalten, bei Menschenhandel und Prostitution.

Generation 50plus

- (+) (-) Jeder 7. Ältere ist ohne Person, die ihn/sie ggfs. pflegen würde (Dt.: jeder 5.)
- (-) Migrant_innen sind insgesamt schlecht informiert über Hilfen und Strukturen

II. Die großen Linien

1. Wanderungsgewinne und neue Zuwanderergruppen

Im Jahr 2012 trugen starke Wanderungsgewinne (+ 1.060 Pers; 2011 +1.272 Pers.) dazu bei, dass die Zahl der Einwohner mit Hauptwohnung zum 31.12.2012 um 352 Personen höher lag als ein Jahr zuvor. Dieser Zuwachs war aber nur noch halb so groß wie 2011, als die Einwohnerzahl um +687 Personen stieg.³

Die Wanderungsgewinne resultierten in starkem Maße von Zuzügen von Ausländer aus den neueren EU-Beitrittsgebieten. Besonders hoch ist dabei der Wanderungssaldo mit Rumänien und Bulgarien. 2012 zogen 266 Personen mehr aus diesen Ländern zu als fort, fast genauso viele wie schon 2010. Nur 2011 war mit 303 Personen der Wanderungssaldo noch größer.

Etwas anders stellt sich der Wanderungssaldo aus den Gebieten dar, die 2004 der EU beigetreten sind, wie z. B. Polen, Ungarn. Betrug 2010 der Wanderungssaldo mit diesen Ländern 60 Personen waren es 2011 schon 139 Personen und im Jahr 2012 185 Personen. Ähnlich ist die Entwicklung des Wanderungssaldo aus den 4 großen südlichen EU-Ländern: 2010 +79; 2011 +95 Personen und 2012 +194 Personen.

Insgesamt kamen 2012 aus den Ländern der EU im Saldo 777 Personen mehr, als dorthin verzogen sind. Mit den sonstigen osteuropäischen Staaten, die nicht der EU angehören, z.B. die Türkei und Russland, betrug der Wanderungssaldo 2012 +92 Personen. 77,8 % des gesamten Wanderungssaldo resultiert aus Wanderungsgewinnen mit Europa. Mit den außereuropäischen Staaten ist der Wanderungssaldo mit Asien am höchsten (+254 Pers., 2010 +309 Pers., 2011 +273 Pers.). Mit Afrika gab es 2012 einen Gewinn von +109 Personen und mit Amerika betrug der Wanderungssaldo 2012 +77 Personen.

Durch die stärkeren Wanderungsgewinne von Ausländern hat sich der Ausländeranteil am Jahresende 2012 auf 14,0 % erhöht. Ende 2012 lebten 25.054 Ausländer und 20.672 deutsche Personen mit Migrationshintergrund⁴ in Saarbrücken (zus. 25,5 %). Bei den Zuziehenden handelte es sich eher um Einpersonenhaushalte.

Der positive Wanderungssaldo spiegelt sich auch in der Arbeitsmarktstatistik wieder. So berichtet die Saarbrücker Zeitung am 4.11.2013 unter Berufung auf die Bundesagentur für Arbeit, dass *„derzeit rund 1200 Rumänen und Bulgaren an der Saar (arbeiten), 300 mehr als 2012 und 500 mehr als vor zwei Jahren. Die Zahl der beschäftigten Griechen, Italiener und Portugiesen hat innerhalb eines Jahres um 200 (2, 8 %) auf 7300 zugenommen. Innerhalb der vergangenen zwei Jahre sind 200 Griechen an die Saar gekommen. Die 400 insgesamt in der Region beschäftigten Griechen arbeiten überwiegend in wirtschaftlichen Dienstleistungen und im Gastgewerbe. Auch viele Italiener kommen nach wie vor an die Saar. Alleine innerhalb der vergangenen zwei Jahre erneut 300.“*

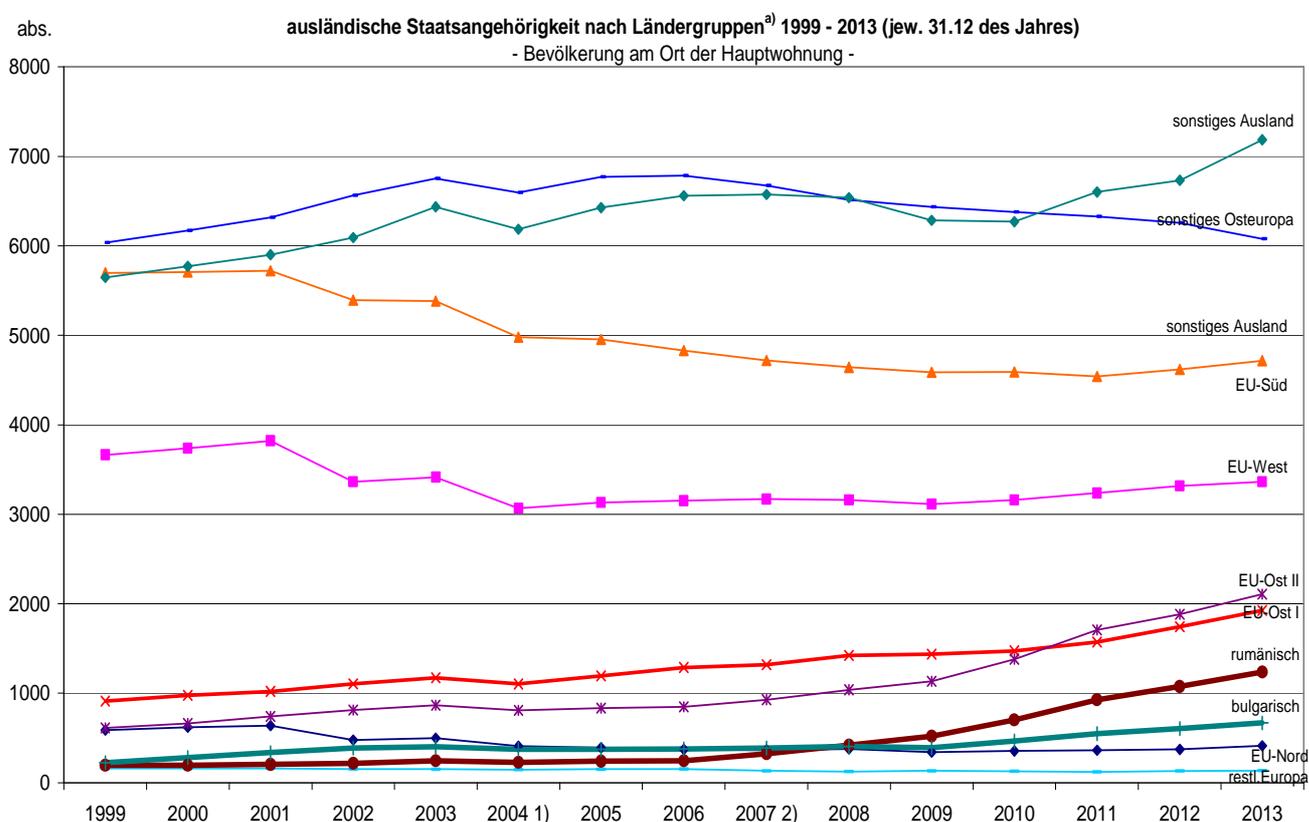
Erstmals sind im Herbst 2013 auch wieder Flüchtlinge über Lebach in die Kommunen und damit auch in die Landeshauptstadt verteilt worden. Es handelt sich dabei um rund 50 Personen überwiegend aus Afghanistan, Irak und Syrien. Sie wurden in verschiedenen Gemein-

³ Zahlenquelle in diesem Kapitel: Stat.Info I/2013

⁴ Deutsche mit 2. Staatsangehörigkeit ‚nicht-deutsch‘ und/oder Geburtsland ‚nicht-deutsch‘

schaftsunterkünften untergebracht. Die Flüchtlingsthematik wird auf die Kommunen wohl verstärkt zukommen – sicher nicht in dem Ausmaß wie in den 1990er Jahren, aber dennoch so, dass sich schon jetzt die Frage stellt, wie ihre Betreuung und Eingliederung angesichts der weitgehend aufgelösten Flüchtlingsbetreuungsstrukturen und fehlender kommunaler Infrastruktur (Auflösung von Sozialämtern etc.) angemessen erfolgen kann.

Die neueren Phänomene der Einwanderung von Menschen insbesondere aus Ost- und Südosteuropa lassen sich in Zahlen nur schwer fassen, da in den meisten Fällen keine Aufenthaltstitel und Arbeitsgenehmigungen erteilt werden (müssen), die dann auch statistisch ausgewertet werden könnten. Das betrifft etwa die Werkvertragsarbeiter_innen – etwa in der Fleischindustrie und im Baugewerbe – oder auch die Frauen (und wenigen Männer), die als Haushaltshilfen in Familien mit pflegebedürftigen Personen tätig werden und meist nur vorübergehend bleiben.



a) Gebietsstand zum 31.12.2013
 1) EU-Ost I Erweiterung zum 1.5.2004, ab 1.5.2011 volle Freizügigkeit
 2) EU-Ost II Erweiterung zum 1.1.2004, ab 1.1.2014 volle Freizügigkeit

EU-Nord: Irland, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Finnland; **EU-West:** Niederlande, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Österreich; **EU-Süd:** Portugal, Spanien, Italien, Griechenland; **EU-Ost I:** Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Slowenien, Ungarn, Estland, Litauen, Lettland, Malta, Zypern **EU-Ost II:** Rumänien, Bulgarien, Kroatien (ab 1.7.2013)

2 Migration und Bevölkerung: verschiedene Perspektiven

Wie oben (Kap. I.2) dargestellt, gibt es bei der Integrationsberichterstattung ein grundsätzliches Dilemma: Der Fokus auf die Differenz zwischen „Einheimischen“ und Zugewanderten birgt stets das Risiko verkürzender Zuschreibungen und Pauschalisierungen. Nur eine ganzheitliche Betrachtung von Menschen mit ihren vielfältigen Merkmalen – Herkunft, Geschlecht, Alter etc. – kann ihrem berechtigten Anspruch, nicht nur als Angehörige einer bestimmten Nationalität oder „Kultur“, sondern als Individuen wahrgenommen zu werden, entsprechen.

Um eine möglichst differenzierte Betrachtung zu ermöglichen, umkreisen die Texte in diesem Kapitel das Thema Migration deshalb aus mehreren Perspektiven. Nur in der Gesamtschau ergibt sich ein – wenn auch nur annähernd – vollständiges Bild.

A Herkunft

Die Herkunft einer Person mag gewisse Anhaltspunkte darüber geben, wie sie sozialisiert wurde und welche kulturellen Traditionen – etwa familiale Konzepte - sie kennengelernt hat. Aus Einwanderungszeitpunkt und (ggfs ursprünglicher) Nationalität lassen sich im Falle der jeweils ersten Einwanderergeneration mitunter auch kollektive Migrationsgeschichten rekonstruieren: Gastarbeiterzuwanderung aus Italien oder Türkei, Flucht vor Bürgerkrieg in Ex-Jugoslawien oder Sri Lanka, jüdische Einwanderung aus den GUS-Staaten etc. Die Bedeutung der Herkunft verändert sich in der individuellen Familiengeschichte aber über die Generationen. Es entstehen „Patchwork-Identitäten“, die sich aus ganz unterschiedlichen Bezügen speisen - dem Migrationsgedächtnis der Familie, der Lebenssituation in Deutschland, individuellen Erfahrungen und Prägungen. Es sind Menschen, die sich sowohl in der Aufnahme- als auch in der Herkunftskultur sicher bewegen und auf verschiedene Anforderungen vielseitig reagieren.⁵

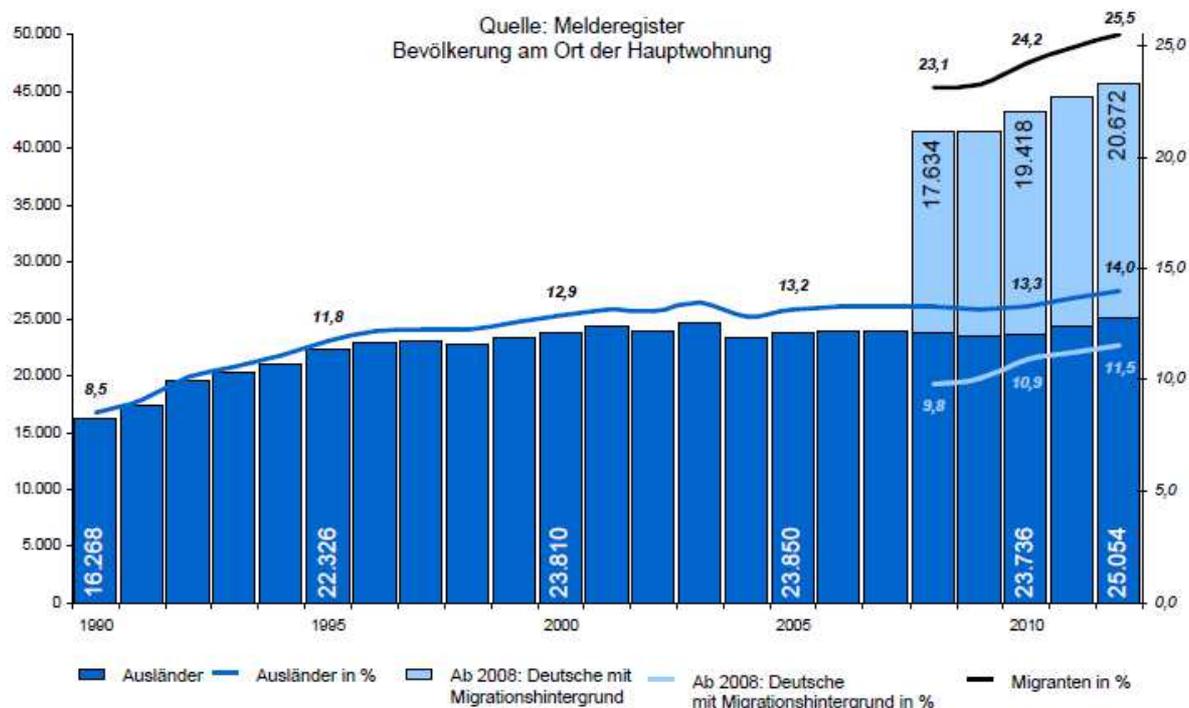
Die herkömmliche Einwanderungsstatistik, die sich ausschließlich an der Nationalität festgemacht hat, hat diese Entwicklungen lange Zeit nicht abgebildet, versucht aber zunehmend, dies zu machen (z.B. Migrationshintergrund aus Einwohnerdaten auf freiwilliger Basis; Bundesagentur für Arbeit). Sie hat die größer werdende Gruppe der Menschen, die Wurzeln in einem anderen Land haben, aber bereits Deutsche sind, lange Zeit ignoriert und tut dies teilweise noch immer. Es macht eben einen Unterschied, ob ich sage: In Malstatt leben 17,2 % Ausländer, oder: In Malstatt haben 32,5 % der Menschen Wurzeln im Ausland.

Gleichzeitig gilt: Eine dauerhafte Festschreibung von Menschen auf ihren Migrationshintergrund wird ihnen nicht gerecht, ja sie kann zu Zuschreibungen und Stigmatisierungen führen. Deshalb muss die statistische Erhebung des Migrationshintergrunds immer auch ein zeitliches Ende in der zweiten oder spätestens dritten Generation haben. In der Saarbrücker Bevölkerungsstatistik gilt die Regel: Personen mit persönlichem Migrationshintergrund sind „Deutsche mit 2. Staatsangehörigkeit und/oder Geburtsland ‚nicht-deutsch‘, sowie Ausländer“.⁶

⁵ Sehr anschaulich illustriert das die Serie über „Neubürger“ in der Saarbrücker Zeitung. Seit 2012 schreibt Marija Herceg Porträts über Eingebürgerte, die dieses Spiel mit den Identitäten sehr plastisch zeigen. Vgl. dazu die Ausstellung des ZIB und das dazu gehörige Textheft, www.saarbruecken.de/zib

⁶ Neben dem persönlichen Migrationshintergrund gibt es auch den so genannten häuslichen Migrationshintergrund, der insbesondere den Migrationshintergrund der Eltern/Haushalt berücksichtigt. (2. Generation).

Entwicklung des Anteils von Migranten



Quelle: Landeshauptstadt Saarbrücken, Amt für Entwicklungsplanung, Statistik und Wahlen

Das Schaubild zeigt, dass der Anteil der Personen mit ausländischem Pass in den Jahren 2000 bis 2010 mit einem Anteil von +/- 13 % relativ konstant geblieben ist, während aktuell eine leichte Steigerung zu verzeichnen ist.

Erst seit 2008 wird in der Saarbrücker Bevölkerungsstatistik zwischen Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund und Ausländer_innen differenziert. Dabei zeigt sich, dass der Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund an allen Personen mit Migrationshintergrund kontinuierlich steigt. Er lag 2012 bei 11,9 % gegenüber 14 % Personen mit ausländischem Pass (also insgesamt 25,9 % Personen mit Migrationshintergrund). Zur Verschiebung des Verhältnisses von Migrant_innen mit und ohne deutschen Pass kommt es insbesondere dadurch, dass rund die Hälfte aller Kinder von Eltern mit Migrationshintergrund in Saarbrücken bei Geburt bereits die deutsche Staatsbürgerschaft erwirbt - zumindest befristet bis zur Volljährigkeit⁷. Außerdem kommen kontinuierlich Staatsbürgerschaftswchsel durch Einbürgerungen dazu (im Schnitt 400 – 500 pro Jahr; in den Jahren 2000 bis 2012 waren es insgesamt 5.499).

Das Verhältnis von Personen mit Migrationshintergrund und deutschem Pass gegenüber denen mit ausländischem Pass variiert dabei bei den einzelnen Nationalitätengruppen bzw. Herkunftsgebieten und Alter. So haben zwar 73,2 % der 5.310 Personen italienischer Herkunft

⁷ aufgrund der so genannten Optionspflicht im Staatsbürgerschaftsrecht. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass sich die überwiegende Zahl der jungen Erwachsenen schließlich für die deutsche Staatsbürgerschaft entscheidet. Der Zwang, sich entscheiden zu müssen, wird allerdings von vielen heftig kritisiert. Ein Gesetzentwurf über die Zulassung der Mehrstaatigkeit und Aufhebung der Optionsregelung im Staatsangehörigkeitsrecht hat bisher noch keine Mehrheit im Bundestag gefunden. Vgl. www.wider-den-optionszwang.de

nur einen italienischen Pass (als Unionsbürger könnten sie sich unter Beibehaltung der italienischen Staatsbürgerschaft einbürgern lassen), aber bei den Kindern unter 18 Jahren sind 69,8 % Deutsche. Von den 4.586 Personen französischer Herkunft haben 45,5 % einen deutschen Pass (bei den 18-Jährigen sind es 74,8 %) und von den 3.951 Personen türkischer Herkunft sind 40,2 % Deutsche (unter 18: 67,6 %). Zu weiteren Nationalitäten vgl. Tabelle xxx in der Anlage.

B Milieu

Die Milieuforschung erlaubt einen lebensstildifferenzierten Einblick in die Gesellschaft. Ob und wie die Kategorie „Milieu“ auch für die Stadtentwicklung – etwa bei der Gestaltung von Bürgerbeteiligung – hilfreich sein kann, daran arbeitet die Landeshauptstadt Saarbrücken gemeinsam mit anderen Kommunen im Städtenetzwerk des vhw-Bundesverbandes für Wohnen.

In diesem Zusammenhang wurden auch die in Saarbrücken vertretenen „Migranten-Milieus“ ermittelt. Die Betrachtung der Milieus hat den Vorzug, dass sie auf ganz andere Zugehörigkeitsmuster verweist, die quer zur kulturellen Herkunft stehen. In den Forschungen des Sinus-Instituts, das Vorreiter auf diesem Gebiet ist, wurden acht Migranten-Milieus identifiziert. Ihre Betrachtung zeigt, dass sich *„die Migranten insgesamt weniger nach ethnischer Herkunft und sozialer Lage als nach ihren Wertvorstellungen, Lebensstilen und ästhetischen Vorlieben unterscheiden. (...) Bei Migranten aus unterschiedlichen Herkunftskulturen finden sich gemeinsame lebensweltliche Muster. Faktoren wie ethnische Zugehörigkeit, Religion und Zuwanderungsgeschichte beeinflussen natürlich die Alltagskultur und den kulturellen Hintergrund, sind letzten Endes aber weder milieuprägend noch identitätsstiftend.“*⁸

Die Migrantenmilieus in Saarbrücken⁹

Die Migrantenmilieustruktur in Saarbrücken setzt sich ähnlich zusammen wie die der Saarbrücker Milieulandschaft insgesamt: Auch hier bildet das traditionelle Arbeiter-Milieu mit einem Anteil von 20 % die größte Gruppe und weicht damit deutlich vom Bundesdurchschnitt ab. Auch die prekären Migrantenmilieus, vor allem das so genannte hedonistisch-subkulturelle Milieu, sind in Saarbrücken stärker ausgeprägt als im Bundesdurchschnitt.

Das religiös verwurzelte Milieu ist im Vergleich zum Bundesdurchschnitt eher schwach vertreten. Bei den bürgerlichen Mainstream-Milieus fällt auf, dass die Statusorientierten in Saarbrücken eher schwach, die Adaptiv-Pragmatischen im bundesdeutschen Vergleich durchschnittlich besetzt sind. Die Multikulturellen Performer wiederum sind im Vergleich zum Bundesdurchschnitt eher schwach, die Intellektuell-Kosmopolitischen durchschnittlich vertreten.

Kurzcharakteristik der Migrant_innen-Milieus in Saarbrücken¹⁰

⁸ Sebastian Beck/Thomas Perry, Migranten-Milieus. Erste Erkenntnisse über Lebenswelten und wohnungsmarktspezifische Präferenzen von Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland, in: vhw FW 4, Sept. 2007

⁹ Auszug aus dem Zwischenbericht „Die Milieulandschaft der Stadt Saarbrücken“. Hrsg.: Städtenetzwerk „Stärkung lokaler Demokratie durch bürgerorientierte integrierte Stadtentwicklung“ des vhw Bundesverbandes für Wohnen e.V./Bereich Forschung und Beratung in Kooperation mit der Entwicklungsplanung der Landeshauptstadt. Saarbrücken, Juni 2013

Kreative	
Multikulturelle Performer 10% (SB) 13% (D)	Junges, leistungsorientiertes Milieu mit bi-kulturellem Selbstverständnis, das sich mit dem westlichen Lebensstil identifiziert und nach beruflichem Erfolg und intensivem Leben strebt
Intellektuell-kosmopolitische 10% (SB) 11% (D)	Aufgeklärtes, global denkendes Bildungsmilieu mit einer weltoffenen, multikulturellen Grundhaltung und vielfältigen intellektuellen Interessen
Mainstream	
Adaptiv Bürgerliche 15% (SB) 16% (D)	Die pragmatische moderne Mitte der Migrantenpopulation, die nach sozialer Integration und einem harmonischen Leben in gesicherten Verhältnissen strebt
Statusorientierte 7% (SB) 12% (D)	Klassisches Aufsteiger-Milieu, das durch Leistung und Zielstrebigkeit materiellen Wohlstand und soziale Anerkennung erreichen will
Traditionelle	
Religiös-verwurzelte 5% (SB) 7% (D)	Vormodernes, sozial und kulturell isoliertes Milieu, verhaftet in den patriarchalischen und religiösen Traditionen der Herkunftsregion
Traditionelle Arbeiter 20% (SB) 16% (D)	Traditionelles Blue Collar Milieu der Arbeitsmigranten und Spätaussiedler, das nach materieller Sicherheit für sich und seine Kinder strebt
Prekäre	
Entwurzelte 11% (SB) 9% (D)	Sozial und kulturell entwurzelt Milieu, das Problemfreiheit und Heimat/ Identität sucht und nach Geld, Ansehen u. Konsum strebt
Hedonistisch-subkulturelle 21 (SB) 15% (D)	Unangepasstes Jugendmilieu mit defizitärer Identität und Perspektive, das Spaß haben will und sich den Erwartungen der Mehrheitsgesellschaft verweigert

Quelle: vhw, *Bundesverband für Wohnen*

Vergleicht man die Struktur der Saarbrücker Migrantenmilieus mit der anderer Großstädte im vhw-Städtenetz, so wird deutlich, dass die prekären Migrantenmilieus in den meisten dieser

¹⁰ Die folgenden, von Sinus und vhw verwendeten Milieudefinitionen sind in ihren holzschnittartigen Formulierungen kritisch zu hinterfragen. Sie werden hier dennoch aufgeführt, weil die Milieukategorien sonst nicht zu verstehen sind.

Städte noch stärker vertreten sind (Ausnahme: Karlsruhe und Mülheim/Ruhr). Außer in Karlsruhe stellen die religiös Verwurzelten einen (wesentlich) höheren Anteil der Migrant_innen als in Saarbrücken. Im Vergleich zu den anderen vhw-Netzwerk-Städten ist das bürgerliche Mainstream-Milieu (Adaptiv-Bürgerliche und Statusorientierte) mit 22 % durchschnittlich vertreten.

Vergleich der Migrantenverteilung in Deutschland, Saarbrücken und Städte 100T-500T Einwohner (gerundet)

Charakteristik der Milieus	SB	D	Städte 100T-500T Einw.	Abweichung SB - D	Abweichung SB - Städte
Bezeichnung	in %	in %	in %	in %punkten	in %punkten
Kreative					
Multikult. Performer	10,0	13,0	11,0	-3,0	-1,0
Intellektuell-kosmopolitische	10,0	11,0	14,0	-1,0	-4,0
Mainstream					
Adaptiv Bürgerliche	15,0	16,0	14,0	-1,0	1,0
Statusorientierte	7,0	12,0	12,0	-5,0	-5,0
Traditionelle					
Religiös Verwurzelte	5,0	7,0	8,0	-2,0	-3,0
Traditionelle Arbeiter	20,0	16,0	15,0	4,0	5,0
Prekäre					
Entwurzelte	11,0	9,0	10,0	2,0	1,0
Hedonistisch-subkulturelle	21,0	15,0	15,0	6,0	6,0

SB = Saarbrücken, D = Deutschland

Quellen: Studie Migranten-Milieus 2009, 2.072 Fälle, vhw/microm 2012

Einkommens-Segregation

Ein Vergleich einkommensschwacher Haushalte (Kaufkraft unter 80 Prozent des städtischen Durchschnitts) mit dem Anteil von migrationsgeprägten Haushalten zeigt, dass beide Größen im direkten Zusammenhang stehen. Der Anteil der einkommensschwächsten Haushalte auf Quartiersebene steigt sprunghaft an, wenn der Anteil migrationsgeprägter Haushalte die 40 Prozent-Marke überschreitet.

Wohneigentums-Erwerb

Die Bereitschaft zum Erwerb von Wohneigentum ist in Saarbrücken – nach Einschätzung des vhw - bei migrationsgeprägten Haushalten höher als im bundesdeutschen Durchschnitt. Das gilt besonders für die auch in Saarbrücken relevant vertretenen Milieugruppen der Adaptiv-Bürgerlichen (15 % der migrationsgeprägten Haushalte Saarbrückens), von denen ca. 33 % Wohneigentumserwerb planen, und der Intellektuell-kosmopolitischen (10 % der migrationsgeprägten Haushalte Saarbrückens), von denen ca. 26 % Wohneigentumserwerb planen. Dies

ist ein deutliches Potenzial, insbesondere auch für die Nachfolgefrage in Quartieren, die derzeit durch das traditionelle Milieu geprägt sind (22 % der Saarbrücker Haushalte).

C Sozialraum

Räumliche Ungleichverteilung

Eine Studie im Auftrag des BAMF von 2008 hat einen leichten Rückgang der innerstädtischen ethnischen Segregation bundesweit festgestellt. Dabei gibt es Unterschiede zwischen einzelnen Migrantengruppen. Im internationalen Vergleich wird die ethnische Strukturierung von Wohnvierteln in deutschen Städten insgesamt als niedrig eingeschätzt. Bei Vierteln, in denen viele Migranten leben, handelt es sich in Deutschland zudem vorrangig um multiethnische Viertel. Allerdings basieren diese Untersuchungen größtenteils noch auf der traditionellen „Ausländerstatistik“. Es ist zu vermuten, dass die ethnische Segregation in Deutschland stärker ist, wenn man ihn am Migrationshintergrund und nicht an der Staatsbürgerschaft fest macht.¹¹

Für Saarbrücken lässt sich feststellen, dass der Anteil von Bewohner_innen mit Migrationshintergrund derzeit in 22 von 57 Distrikten über dem gesamtstädtischen Durchschnitt von 25,5 % liegt. Das bedeutet umgekehrt, dass dieser Anteil in 35 Distrikten unterdurchschnittlich ist.

Anzahl der Distrikte (von 57) mit über-/unterdurchschnittlichem Anteil von Bewohner_innen mit Migrationshintergrund

	stark überdurchschnittlich	überdurchschnittlich	unterdurchschnittlich	stark unterdurchschnittlich
2009	9	13	27	8
2010	8	13	29	7
2011	9	11	30	7
2012	7	15	29	6

Top 12: Distrikte mit überdurchschnittlichem Anteil von Bewohner_innen mit Migrationshintergrund (Durchschnitt Gesamtstadt: 25,5 %)

Rang	Distriktnummer	Bezeichnung	Anteil in %
1	139	Universität ¹²	74,5
2	123	Unteres Malstatt	51,3
3	131	Hauptbahnhof	48,2
4	241	Hochstraße Burbach	42,1
5	451	Brebach	41,2
6	124	Leipziger Straße (Malstatt)	41,0
7	111	Schlossplatz	40,7
8	113	Malstatter Straße	38,1

¹¹ Lena Friedrich, Wohnen und innerstädtische Segregation von Migranten in Deutschland. Working Paper 21 der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg 2008

¹² betrifft insbesondere Wohnheime für Studierende

9	115	Glockenwald (Folsterhöhe)	37,3
10	133	St. Johanner Markt	32,7
11	135	Kaninchenberg	32,7
12	312	Dudweiler-Mitte	31,9

Top 12: Distrikte mit unterdurchschnittlichem Anteil von Bewohner_innen mit Migrationshintergrund

Rang	Distrikt- nummer	Bezeichnung	Anteil in %
1	213	Neu-Aschbach	10,7
2	43	Bischmisheim	11,4
3	44	Ensheim	11,5
4	342	Scheidterberg	12,2
5	212	Ottenhausen	12,7
6	231	Altenkessel	12,8
7	48	Bübingen	13,6
8	33	Herrensohr	13,6
9	313	Flitsch (Dudweiler)	14,2
10	32	Jägersfreude	14,2
11	221	Klarenthal	14,6
12	314	Kitten (Dudweiler)	14,9

Signifikant hohe Konzentrationen einzelner Herkunftsgruppen lassen sich nur wenige feststellen. So sind die Distrikte und Stadtteile mit den höchsten Migrantenanteilen zugleich auch die mit der größten ethnischen Vielfalt: 118 Nationalitäten in Malstatt, 96 Nationalitäten in Burbach. Auch die größte Sprachgruppe in Saarbrücken, die Menschen aus den GUS-Staaten, verteilt sich auf viele Stadtteile, freilich mit einem Schwerpunkt auf Malstatt und Alt-Saarbrücken

Beispiel: Deutsche mit Migrationshintergrund aus der ehemaligen UdSSR; Verteilung auf die Stadtteile

Stadtteil	absolut	in % d. Pers. aus ehem. UdSSR ins- gesamt
Malstatt	1337	25,58
Alt-Saarbrücken	872	16,68
Burbach	620	11,86
St. Johann	540	10,33
Eschberg	473	9,05
Dudweiler	472	9,03
St. Arnual	187	3,58
Gersweiler	108	2,07
Güdingen	108	2,07
Brebach-Fechingen	97	1,86
Klarenthal	95	1,82
Altenkessel	67	1,28
Schafbrücke	64	1,22
Scheidt	43	0,82
Herrensohr	40	0,77
Jägersfreude	30	0,57

Ensheim	27	0,52
Bübingen	23	0,44
Bischmisheim	19	0,36
Eschringen	5	0,10
Gesamt:	5227	100%

Ist die ethnische Segregation für den Integrationsprozess von Migrant_innen hinderlich oder womöglich sogar hilfreich? Diese Frage wird in der Migrationssoziologie kontrovers diskutiert. Es gibt sowohl positive als auch negative Aspekte einer starken Einbindung in eigenethnische Strukturen. Die Risiken liegen auf der Hand: Bildung abgegrenzter ethnischer Strukturen, fehlende Notwendigkeit einer Kommunikation in der deutschen Sprache, negative Zuschreibungen aufgrund des Wohnviertels, geringere Chancen, die Interessen des Stadtteils wirksam in die Lokalpolitik einzubringen.

Umgekehrt kann die „ethnische Kolonie“ in ihrer Brückenfunktion auch integrationsfördernd sein: „Ethnische Kolonien entstehen als Reaktion der Zuwanderer auf die Unsicherheiten und Bedarfslagen, welche mit der Migration in ein fremdes Land einhergehen. Soziale Beziehungen zu Landsleuten, eigenethnische Vereine, politische Organisationen oder religiöse Vereinigungen geben Zuwanderern vor allem zu Beginn ihres Aufenthalts Orientierung, wichtige Hilfestellungen und Sicherheit und tragen so zur Förderung des Integrationsprozesses in die Mehrheitsgesellschaft bei.“¹³ Diese These hat sich bei stichprobenartigen Nachfragen bei Vertreter_innen von Saarbrücker Migrant*innenorganisationen für die Landeshauptstadt bestätigt: Neuzuwanderer suchten mitunter zunächst Orientierung und Sicherheit durch soziale Kontakte in der eigenen Community und zögen dorthin, wo sie sich in der Nachbarschaft sprachlich verständigen können. Aufstiegsorientierte Migrant_innen insbesondere der zweiten und folgenden Generationen versuchten eher, in einer deutschen Umgebung zu leben.

Zu bedenken bleibt, dass die wohnräumliche Segregation nicht nur das Ergebnis einer freiwilligen Wohnortwahl ist. Vielmehr spiegeln sich in der ethnischen Konzentration in erster Linie das im Durchschnitt geringere Familieneinkommen, die stärkere Familiengröße und die Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt wider, die Migrantinnen und Migranten in bestimmte Stadtteile und Bezirke abdrängen. Umgekehrt ließe sich auch sagen: Den Privilegierten (ohne und mit Migrationshintergrund) gelingt es, sich in die „besseren“ Stadtteile und Quartiere zurückzuziehen.

Der Zusammenhang ethnischer und sozialer Segregationsprozesse ist es, der ein großes Problem für die Stadtentwicklung darstellt. Das haben die Erfahrungen bei der Entwicklung und Umsetzung der Stadtteil- bzw. Quartiersentwicklungskonzepte für Malstatt, Alt-Saarbrücken, Burbach und Folsterhöhe bestätigt. Bei den „Top 12“ der Distrikte mit überdurchschnittlich hohem Migrant*innenanteil lässt sich der Zusammenhang zwischen ethnischer und sozialer Segregation ebenfalls nachweisen.

Die Aufgabe, das nicht immer einfache Zusammenleben in den ethnisch vielfältigen (und sozial benachteiligten) Stadtteilen zu meistern, fällt insofern vor allem den Menschen zu, die sozial und materiell ohnehin vor die größten Herausforderungen gestellt sind.

Alles in allem gelingt das in Stadtteilen wie Malstatt, Burbach, Brebach oder Alt-Saarbrücken erstaunlich gut. Allerdings sollte man sich nie zu sicher sein: Neue Belastungen, wie sie etwa durch die Einwanderung von Armutsmigrant_innen, durch die sichtbare Präsenz ausländi-

¹³ Friedrich, S. 32

scher Prostituiertes in einigen Quartieren und dem immer häufigeren Bekanntwerden von Menschenhandel und Ausbeutung oder durch die Verfestigung sozialer Ungleichheit im Allgemeinen einhergehen, sind Risikofaktoren für das Gleichgewicht in den Stadtteilen, die nicht zu unterschätzen sind.

In den letzten Jahren haben sich die Akteure in den Stadtteilen (Beratungsstellen, Gemeinwesenarbeit, Schulen, KiTas) deutlich stärker auf Migrant_innen eingestellt. Dies zeigt sich etwa in der Netzwerkarbeit, der stärkeren Zusammenarbeit mit Migrant*innenorganisationen, der Entwicklung interkultureller Konzepte und Projekte. Auch bei Fortbildungen und Tagungen, die etwa das ZIB anbietet, spiegelt die Zusammensetzung der Teilnehmer_innen ein breites Spektrum an Einrichtungen wider. Insgesamt ist also ein Kompetenzzuwachs zu verzeichnen, der sich in einer gestiegenen Qualität im Umgang mit Migration ausdrückt.

Dort, wo systematische Stadtteil- bzw. Quartiersentwicklungsprozesse stattgefunden haben (Alt-Saarbrücken, Malstatt, Folsterhöhe; außerdem Burbach und Brebach im Rahmen des Bundesprogramms „Soziale Stadt“), ist Migration als Querschnittsthema ausführlich betrachtet und in die Entwicklungsstrategien eingearbeitet worden. Eine solche Betrachtung fehlt noch für andere Stadtteile bzw. Distrikte, etwa Dudweiler, St. Johann oder Rußhütte.

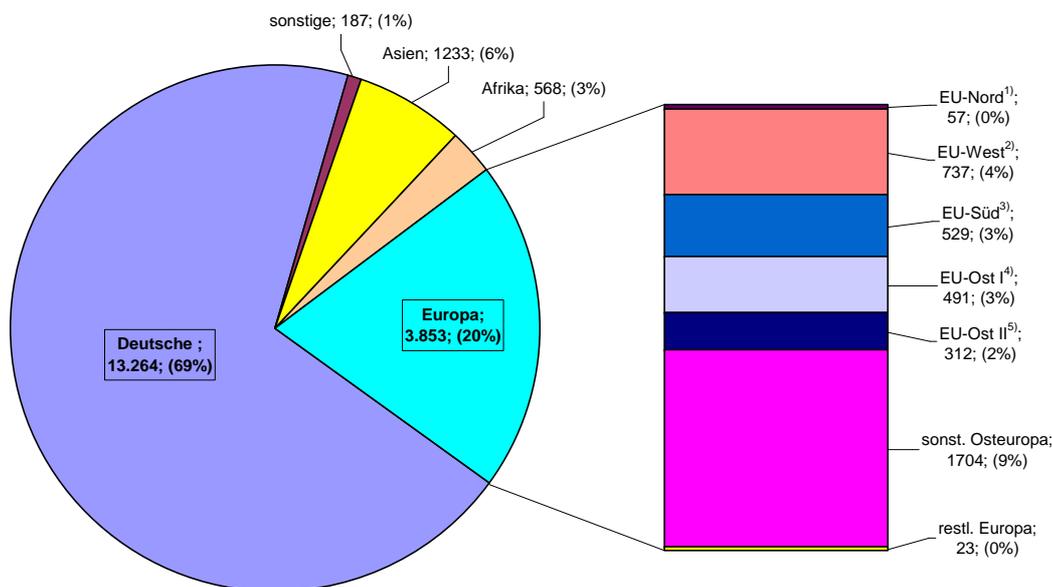
Stadtteil-Steckbriefe

Zu einzelnen Stadtteilen haben wir kurze „Steckbriefe“ gemacht, die einen – selbstverständlich unvollständigen – Eindruck von der Situation vor Ort geben sollen: Entwicklung des Migrant_innenanteils innerhalb der letzten Jahre, größte Gruppen, Ressourcen, positive Entwicklungen und Problemanzeigen. Wir haben dafür Stadtteile mit relativ hoher Migrationsbevölkerung ausgewählt, in denen bereits Stadtteilentwicklungskonzepte bzw. entsprechende Handlungskonzepte existieren: Malstatt, Burbach, Alt-Saarbrücken (mit Folsterhöhe) und Brebach. Außerdem – gewissermaßen als Kontrast – den Stadtteil Altenkessel, der einen vergleichsweise niedrigen Migrant*innenanteil aufweist, sowie Dudweiler.

Inhaltliche Beschreibungen der einzelnen Stadtteile bzw. Distrikte, die auch Aussagen zum Zusammenleben von Bewohner_innen mit und ohne Migrationshintergrund halten, finden sich beispielsweise in den Stadtteilentwicklungskonzepten bzw. integrierten Handlungskonzepten.¹⁴

¹⁴ <http://www.saarbruecken.de/de/rathaus/stadtentwicklung/stadtteilentwicklung>

Steckbrief Alt-Saarbrücken



1) Irland, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Finnland, 2) Niederlande, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Österreich, 3) Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, 4) Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Slowenien, Ungarn, Estland, Litauen, Lettland, Malta, Zypern, 5) Rumänien, Bulgarien

Landeshauptstadt Saarbrücken - Amt für Entwicklungsplanung, Statistik und Wahlen -

	Bevölkerung insgesamt	Deutsche ohne Migrationshintergrund	Deutsche mit Migrationshintergrund	Ausländer	Personen mit Migrationshintergrund insgesamt
in %	100%	69,40%	14,90%	15,60%	30,50%
absolut	19105	13264	2852	2989	5841

Migration im Fokus:

Bevölkerungsveränderung Ausländer 1991 – 2011: + 51,1 % +++ Unterschiedlich hoher Migrantenanteil in den einzelnen Distrikten +++ im Distrikt Glockenwald mit Wohngebiet Folsterhöhe: 42,1 % mit MH, davon 63,9 % aus der ehemaligen UdSSR +++ Hoher Anteil an Bewohner_innen 65 Jahre und älter +++ fast die Hälfte der Bewohner_innen im Wohngebiet Moltkestraße haben einen MH +++ 112 Nationalitäten +++ Top 3: Frankreich, Italien, Türkei +++ Bildungsstandort mit vielen Schulen, HBK und HTW, dort internationale Vielfalt +++ Standort der DITIB-Gemeinde Hohenzollernstraße

Ressourcen in Sachen Integration:

Kontaktzentrum Folsterhöhe +++ Stadtteilbüro Alt-Saarbrücken +++ Integrationsprojekt FolGen (2009 – 2011) +++ Forschungsprojekt „Mit 66 Jahren auf der Folsterhöhe – Die Folsterhöhe erforscht sich“ (2011) +++ Sprachpatenschaften des Caritas-Migrationsdienstes +++ Beteiligung am Pilotprojekt IBIS +++ Judoclub Folsterhöhe +++ Vereine (Kalinka, ELFE, Türkischer Elternbund, DITIB) +++ internationales Frauenfest +++ Kindertreff Moltkestraße +++ internationale Hochschulen HBK und HTW

Positive Entwicklungen:

Bildungskonferenz und Netzwerk Schule +++ Interreligiöser Dialog +++ verstärktes Engagement der HTW in der Stadtteilentwicklung +++ intensiverer Kontakt zwischen Institutionen und Migrantorganisationen

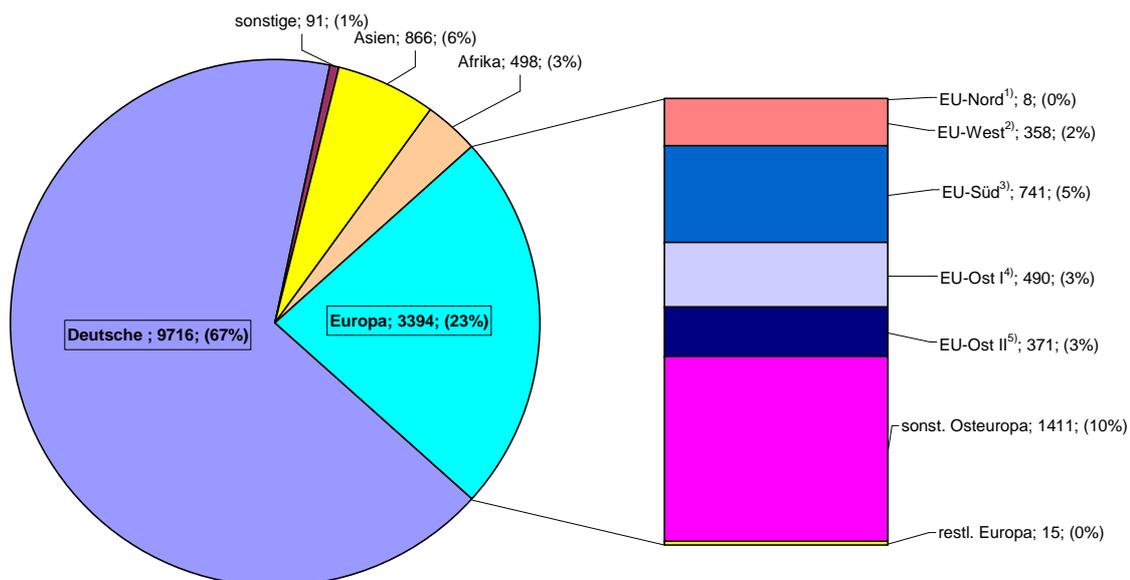
Problemanzeigen:

teilweise Bildungsarmut inmitten des Bildungsstandortes Alt-Saarbrücken +++ Anteil der Ausländer_innen an SGB-II-Bezieher_innen 25,9 % +++ Zusammenhang zwischen sozialer Benachteiligung und ethnischer Herkunft +++ zunehmend ältere Migrant_innen, die von den Angeboten nicht erreicht werden und sozial isoliert sind.

Blitzlicht:

„[I]mmerhin knapp 60 % stimmen der Aussage zu ‚Wenn man mich fragt, ich würde mithelfen‘. MigrantInnen stimmen mit rund 78 % deutlich öfter zu als in Deutschland Geborene (rund 46 %).“¹⁵

Steckbrief Burbach



1) Irland, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Finnland, 2) Niederlande, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Österreich, 3) Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, 4) Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Slowenien, Ungarn, Estland, Litauen, Lettland, Malta, Zypern, 5) Rumänien, Bulgarien

Landeshauptstadt Saarbrücken - Amt für Entwicklungsplanung, Statistik und Wahlen -

	Bevölkerung insgesamt	Deutsche ohne Migrationshintergrund	Deutsche mit Migrationshintergrund	Ausländer	Personen mit Migrationshintergrund insgesamt
in %	100%	66,70%	14,50%	18,80%	33,30%
absolut	14565	9716	2107	2742	4849

¹⁵ Quelle: „Wolkenkratzer. Zeitung für die Folsterhöhe, August 2012 (Sonderausgabe 2012, Ergebnisse des Forschungsprojektes „Mit 66 Jahren auf der Folsterhöhe – Die Folsterhöhe erforscht sich“), S. 10

Migration im Fokus:

Bevölkerungsveränderung Ausländer 1991 – 2011: + 29,3 % +++ ein Drittel der Bewohner_innen hat MH +++ 96 Nationalitäten +++ Top 3: Italien, Türkei, Frankreich +++ Standort der größten islamischen Gemeinde +++ Standort verschiedener ausländischer christlicher Religionsgemeinschaften (russisch-orthodox, rumänisch-orthodox, afrikanische Gemeinden etc.)

Ressourcen in Sachen Integration:

Migrationsdienst des Deutschen Roten Kreuzes +++ Gemeinwesenarbeit Burbach +++ AK Jugend und AK Soziale Einrichtungen +++ Orientalischer Markt +++ Konversationskurse für Migrantinnen +++ Sprach- und Alphabetisierungskurse für Erwachsene +++ Stadtteiltreff „Haltestelle“ +++ internationaler Frauentreff +++ Kultur- und Lesetreff +++ Vernetzung mit dem AK Migrantinnen +++ Biographieprojekt „Burbacher Leben“ (2009) +++ engagierte Schulen

Positive Entwicklungen:

Entwicklung von Konzepten für eine interkulturelle Nutzung des öffentlichen Raums: Orientalischer Markt, Wintermarkt +++ Akteure vor Ort nehmen sich der Migrationsthematik spürbar intensiver an +++ Interreligiöser Dialog +++ TFKS-Projekt „Chance Schule“ mit Romafamilien

Problemanzeigen:

Hohe Fluktuation +++ Anteil der Ausländer_innen an SGB-II-Bezieher_innen 23,8 % +++ Armutszuwanderung +++ Prostitution

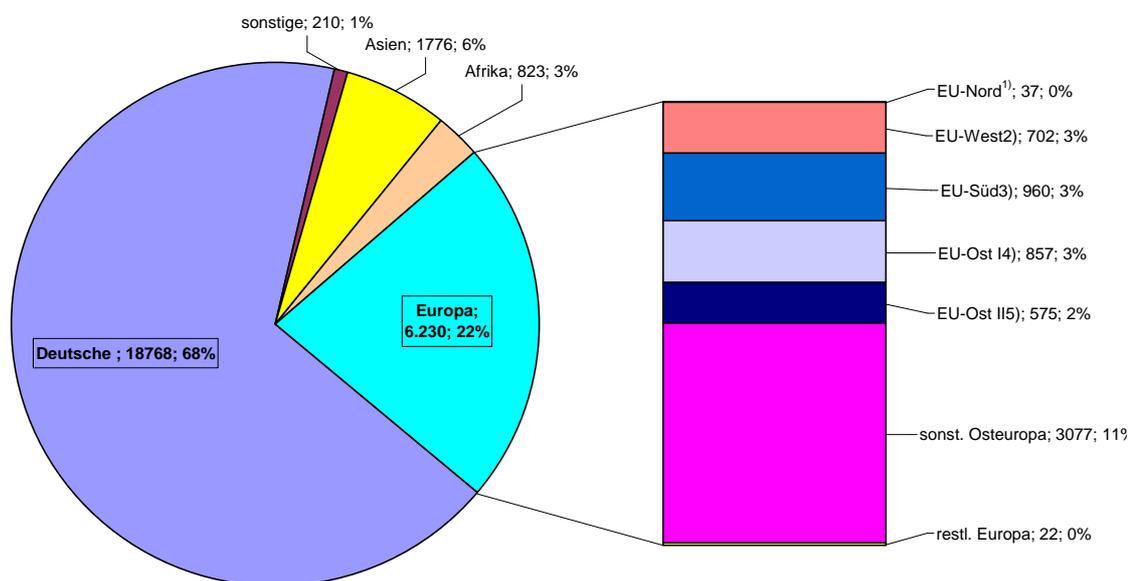
Blitzlicht:

Presseecho zum TFKS-Projekt „Chance Schule“:

„Romeo und seine Mitschüler wissen von all den Debatten um ihre Herkunft und ihre Zukunft nichts. Sie freuen sich über Zuwendung, und wenn mal jemand ein Eis für alle spendiert, ist der Schultag ein besonderer. Wahrscheinlich wäre das bei jedem anderen Grundschulkind auch so – gleich welcher Nationalität, egal welcher Herkunft.“¹⁶

¹⁶ Quelle: <http://www.saarbruecker-zeitung.de/sz-berichte/themen/Das-Roma-Projekt:art2825.4849987>; veröffentlicht am 6. Juli 2013

Steckbrief Malstatt



1) Irland, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Finnland, 2) Niederlande, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Österreich, 3) Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, 4) Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Slowenien, Ungarn, Estland, Litauen, Lettland, Malta, Zypern, 5) Rumänien, Bulgarien

Landeshauptstadt Saarbrücken - Amt für Entwicklungsplanung, Statistik und Wahlen -

	Bevölkerung insgesamt	Deutsche ohne Migrationshintergrund	Deutsche mit Migrationshintergrund	Ausländer	Personen mit Migrationshintergrund insgesamt
in %	100%	67,50%	15,30%	17,20%	32,50%
absolut	27807	18768	4262	4777	9039

Migration im Fokus:

Bevölkerungsveränderung Ausländer 1991 – 2011: + 93,3 % +++ ein Drittel der Bewohner_innen hat MH +++ Migrantenanteile sehr unterschiedlich je nach Distrikt +++ im Unteren Malstatt hat etwa die Hälfte einen MH +++ 118 Nationalitäten +++ Top 3: Italien, Türkei, Frankreich

Ressourcen in Sachen Integration:

Stadtteilbüro Malstatt +++ Migrationsdienst und Jugendmigrationsdienst Diakonisches Werk +++ Zukunftsarbeit Molschd (ZAM e.V.) +++ DW-Stadtteilwerkstatt +++ Italienische Mission +++ viele stadtteilbezogene Projekte im Rahmen des Bundesprogramms „STÄRKEN vor Ort“ (abgeschlossen) +++ Kinderbildungszentrum Malstatt (KIBIZ) +++ Kinderhaus Malstatt +++ zahlreiche Arbeitskreise, Kooperationen und Netzwerke +++ Projekte „Malstatt gemeinsam stark“ und „Migrant_innen mischen mit“ (Community Organizing) +++ Projekt „Wie ich zu Deutschland kam“ – Radiofeature mit Migrationshintergrund +++ Internationale Frauengruppe +++ vielfältige Vereinslandschaft +++ gute Zusammenarbeit von Institutionen mit Migrant*innenorganisationen

Positive Entwicklungen:

Erfolgreiche Stadtteilkonferenzen +++ systematischer Aufbau von Beziehungsarbeit im Stadtteil über Community Organizing +++ Bildungskonferenz +++ gute Erfahrungen mit Projekt Grüne Insel Kirchberg +++ Erfahrung von Solidarität z.B. mit ausgebeuteten Werkvertragsarbeitern +++ Bemühungen um Förderprogramme zur Stadtteilentwicklung

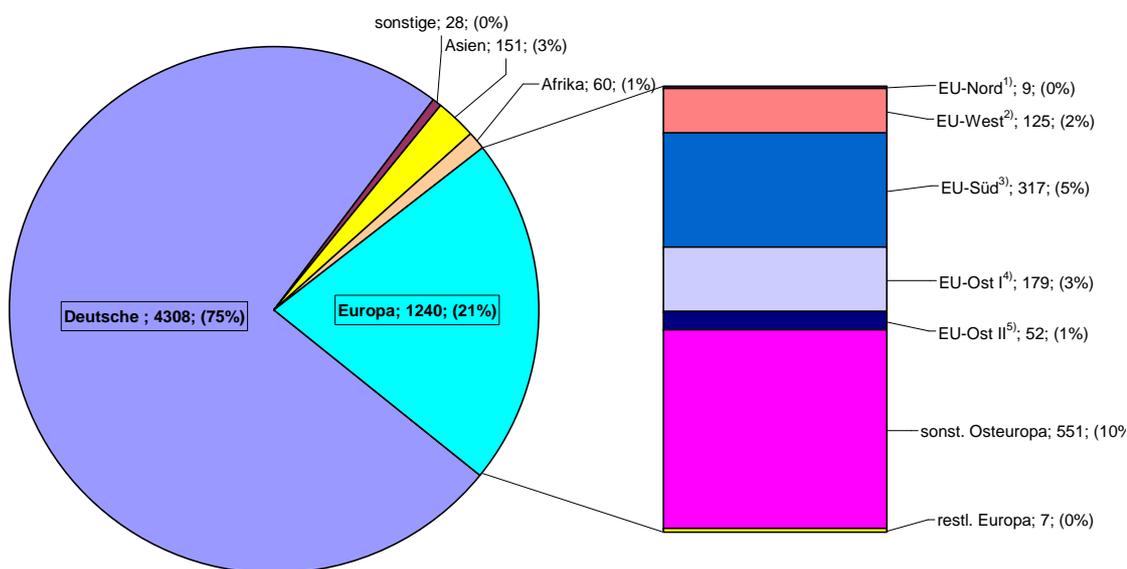
Problemanzeigen:

Hohe Fluktuation +++ geringe politische Partizipation +++ Anteil der Ausländer_innen an SGB-II-Bezieher_innen 28,4 % +++ Kinderarmut +++ verstärkter Zuzug armer Zuwanderer

Blitzlicht:

Eine bosnisch-stämmige Jugendliche aus Malstatt würde Jugendlichen in Bosnien über Deutschland berichten, dass „man hier mehr Perspektiven für die Zukunft hat“. Ein Anderer warnt davor, die (vermeintliche) „deutsche Kultur“ falsch zu verstehen: Die Leute in Deutschland „wirken manchmal vielleicht unfreundlich, arrogant, aber: ganz im Gegenteil!“ Für den nächsten Jugendlichen ist Deutschland zunächst ein freies Land.¹⁷

Steckbrief Brebach



1) Irland, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Finnland, 2) Niederlande, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Österreich, 3) Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, 4) Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Slowenien, Ungarn, Estland, Litauen, Lettland, Malta, Zypern, 5) Rumänien, Bulgarien

¹⁷ TFKS-Projekt „Wie ich zu Deutschland kam. Radiofeature mit Migrationshintergrund“, <http://www.labelm.org/radiofeature.html>

	Bevölkerung insgesamt	Deutsche ohne Migrationshintergrund	Deutsche mit Migrationshintergrund	Ausländer	Personen mit Migrationshintergrund insgesamt
in %	100%	58,80%	12,10%	29,10%	41,20%
Abs.	628	369	76	183	259

Migration im Fokus:

Bevölkerungsveränderung Ausländer 1991 – 2011: -74,4 % +++ mehr als 40 % der Bewohner_innen hat MH +++ überwiegend Menschen aus türkischen und italienischen ehemaligen „Gastarbeiter“-Familien am Montanstandort +++ weiterer Zuzug von Menschen aus der Türkei durch Heiratsmigration +++

Ressourcen in Sachen Integration:

Gemeinwesenprojekt „BürgerInnenzentrum Brebach“ mit langer interkultureller Tradition +++ viele Impulse durch Programm „Soziale Stadt +++ Integrations- und Alphabetisierungskurse für Migrant_innen (einzige Kurse in Abendform) +++ zahlreiche Unterstützungs- und Begegnungsangebote +++ gebundene Ganztagsgrundschule

Positive Entwicklungen:

Gründung des Vereins „Zusammenleben in Brebach“ aus dem Projekt „Interkultureller Stadtteiltreff“ heraus +++ Verein „Brebacher Fest“

Problemanzeigen:

Erschwerter Zugang zu Schul-, Bildungs-, Berufsabschlüssen bei der jüngeren Generation +++ Mangel an adäquaten Angeboten der Altenhilfe für ältere Migrant_innen +++ Anteil der Ausländer_innen an SGB-II-Bezieher_innen 27,2 %

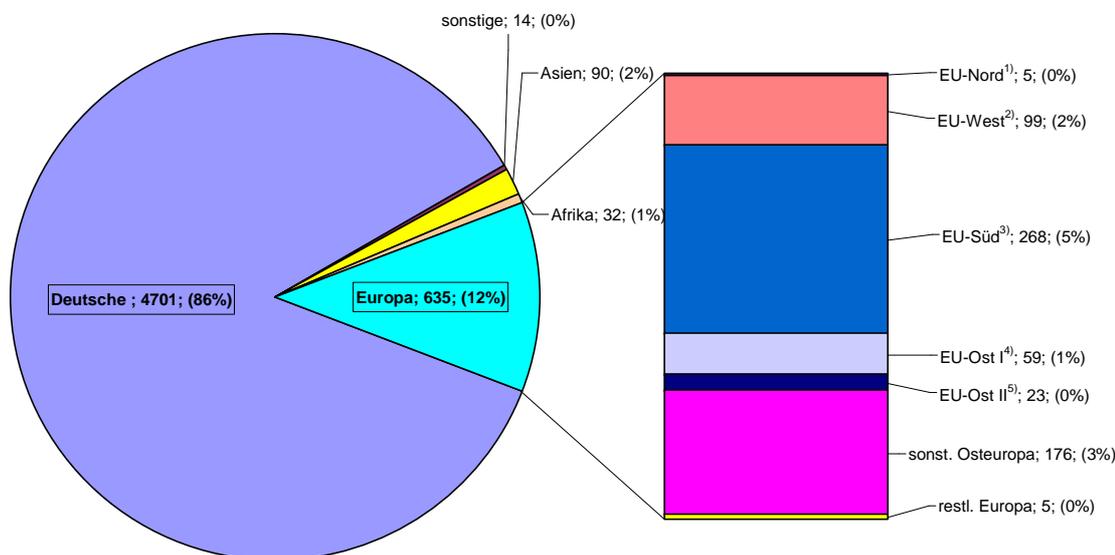
Blitzlicht:

Der gebürtige Sizilianer Gerlando Nobile über Veränderungen in seinem Wohnviertel Brebach:

„Früher, als es noch nicht so viel Fernsehen gab, haben die Leute sich auch in Deutschland vor die Tür gesetzt und miteinander gesprochen. Wenn wir früher in Brebach spazieren gegangen sind, waren immer viele Leute auf der Straße.“¹⁸

¹⁸ Quelle: „Erinnerungen von Zeitzeugen aus drei Herkunftsländern zum Zusammenleben der Kulturen und dem Alltag in Brebach aus den 1950er bis 1970er Jahren“, BürgerInnenzentrum Brebach (Hrsg.), Saarbrücken 2008, S. 67 f. (http://www.kultursensible-altenhilfe.de/sued/rg_sued_broschure_zeitzeugen_2008.pdf)

Steckbrief Altenkessel



1) Irland, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Finnland, 2) Niederlande, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Österreich, 3) Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, 4) Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Slowenien, Ungarn, Estland, Litauen, Lettland, Malta, Zypern, 5) Rumänien, Bulgarien

Landeshauptstadt Saarbrücken - Amt für Entwicklungsplanung, Statistik und Wahlen -

	Bevölkerung insgesamt	Deutsche ohne Migrationshintergrund	Deutsche mit Migrationshintergrund	Ausländer	Personen mit Migrationshintergrund insgesamt
in %	100%	85,90%	7,30%	6,80%	14,10%
absolut	5472	4701	399	372	771

Migration im Fokus:

Bevölkerungsveränderung Ausländer 1991 – 2011: + 3,6 % +++ Vergleichsweise geringer Anteil an Bewohner_innen mit MH (14,1 %) +++ 42 Nationalitäten +++ starke Bindung vieler Bewohner_innen an ihren Stadtteil +++ vielfältige Vereinslandschaft mit aktivem Dachverband (Verkehrs- und Verschönerungsverein Altenkessel) +++ möglicherweise mehr Zuzug von Migrant_innen zu erwarten, wenn mehr Wohnungsleerstand

Ressourcen in Sachen Integration:

Regelmäßiges Angebot „Frauenschwimmen“ im Alsbachbad als einziges Angebot stadtweit +++ Interventionsmaßnahme „Vielfältiges Altenkessel“

Positive Entwicklungen:

Frauenschwimmen hat nach anfänglichen Verwerfungen den Anlass zu einer konstruktiven Auseinandersetzung mit dem Thema geboten +++ Engagement der evangelischen Kirchengemeinde (Interkultureller Nachmittag)

Problemanzeigen:

Tendenziell eher Neben- als Miteinander der Kulturen +++ noch vergleichsweise wenig Initiative zu interkulturellem Austausch und keine „treibende Kraft“ +++ versteckte Armut (v.a. bei Älteren)

Blitzlicht:

Presseecho zur Einbürgerung des gebürtigen Italieners und Altenkesseler Gastronomen Carlo Pistone:

„Auch im Restaurant hat er von der Einbürgerung erzählt, „und die Freunde und unsere Stammkunden haben sich sehr gefreut“. Manch einer wurde gar ein wenig übermütig, sagt er schmunzelnd und zeigt auf ein Stahlschild, das er unter der Pergola auf einer Mauer abgestellt hat: Darauf steht ausgefräst „Zum Kolben-Karl“. „Ein kleiner Scherz meiner guten Freunde“, sagt er und knirscht mit den Zähnen, „Pistone heißt übersetzt Kolben. Und Carlo ist der deutsche Karl.“¹⁹

Zu den anderen Stadtteilen: vgl. Grafiken und Kurzinfos im Anhang

¹⁹ Quelle: <http://www.saarbruecker-zeitung.de/sz-berichte/koellertal/Carlo-Pistone-Kolben-Karl-Neubuerger-Altenkessel;art4784,4886597>; veröffentlicht am 5. August 2013

D Geschlecht

Ein statistischer Überblick

Mag die erste „Gastarbeiter“-Zuwanderung in der 1950er und 1960er Jahren noch eine überwiegend männliche Zuwanderung gewesen sein – und auch das stimmt nur in Teilen –, so weist die Bevölkerungsstatistik heute eine gleichmäßige Verteilung der migrantischen Bevölkerung nach Geschlechtern aus. Sowohl bei Menschen mit ausländischem Pass als auch bei solchen mit persönlichem Migrationshintergrund²⁰ als auch häuslichem Migrationshintergrund²¹ stellen Frauen und Männer in etwa jeweils die Hälfte. Auch innerhalb der einzelnen Stadtteile leben jeweils ungefähr gleich viele Männer und Frauen mit Migrationshintergrund.

Bei der Generation 50 plus sind die Frauen leicht in der Überzahl: 57 % der Deutschen mit Migrationshintergrund über 50 Jahre sind Frauen (gegenüber 55 % bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund) und 49 % bei den Ausländer_innen).

Bei den wichtigsten Herkunftsländern (nach Nationalität) sind die Frauenanteile wie folgt: einerseits leicht überdurchschnittlich bei den GUS-Staaten (ca. 60 % von 2355) und Frankreich (58 % von 2498); andererseits leicht unterdurchschnittlich bei den alten „Gastarbeiterländern“ Italien (44 % von 3888) und Türkei (46 % von 2362).

Deutlich mehr Frauen als Männer kommen aus Litauen (Frauenanteil 70 % von 73 Personen), Kenia (70 % von 43), der Dominikanischen Republik (73 % von 37), den Philippinen (79 % von 52) und Thailand (85 % von 229) – wobei hier die Zahlen natürlich insgesamt recht klein sind. Deutlich mehr Männer als Frauen kommen aus Marokko (Männeranteil 71 % von 378 Personen insgesamt), Tunesien (71 % von 119), Afghanistan (90 % von 123), Indien (65 % von 240), Jemen (82 % von 40 Personen). In der ungleichen Verteilung bilden sich bestimmte Migrationsgründe ab: Heiratsmigration, Studium, Anforderungen des Arbeitsmarktes, teilweise aber auch ungleiche Migrationsgelegenheiten bzw. –chancen (durch Arbeit, Ausbildung, Flucht etc) von Frauen und Männern.

In der Verteilung nach Nationalitäten und Alter fallen als überdurchschnittlich junge Bevölkerungsgruppen Frauen aus Rumänien, Ghana, Thailand und China auf. Einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Personen über 60 stellen die Frauen aus Frankreich, Italien (längste Zuwanderung), der Ukraine und Russland (teilweise schon in höherem Alter zugewandert).

Ausgewählte Aspekte

²⁰ Persönlicher Migrationshintergrund = Deutsche mit 2. Staatsangehörigkeit und/oder Geburtsland „nicht-deutsch“, sowie Ausländer

²¹ Häuslicher Migrationshintergrund = Deutsche ohne Migrationshintergrund, aber im Haushalt mit mindestens 1 Person mit Migrationshintergrund

Männer und Frauen in Integrationskursen

Seit 2005 gibt es ein gesetzlich verankertes Recht auf Integration, das sich insbesondere in einem Angebot an Integrations- und Orientierungskursen (finanziert durch den Bund) sowie einer Erstberatung (Bund und Land) ausdrückt. Die Statistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge weist folgende Teilnehmer_innenzahlen für das Saarland²² in den letzten sieben Jahren aus:

Jahr	neue Teilnehmer_innen an Integrationskursen	
2012	922	männlich: 377 (= 40,9%), weiblich: 545 (= 59,1%)
2011	914	männlich: 348 (= 38,1%), weiblich: 566 (= 61,9%)
2010	962	männlich: 346 (= 36%), weiblich: 616 (= 64%)
2009	1456	männlich: 589 (= 40,5%), weiblich: 867 (= 59,5%)
2008	1376	männlich: 524 (= 38,1%), weiblich: 852 (= 61,9%)
2007	2474	männlich: 766 (= 31,0%), weiblich: 1708 (= 69,0%)
2006	1321	keine Angaben m/w
2005	2075	keine Angaben m/w

Jahr	Absolvent_innen ²³	
2012	625	männlich: 218 (= 34,9 %), weiblich: 407 (= 65,1%)
2011	743	männlich: 255 (= 34,3 %), weiblich: 488 (= 65,7%)
2010	1008	männlich: 368 (= 36,5%), weiblich: 640 (= 63,5%)
2009	916	männlich: 304 (= 33,2%), weiblich: 612 (= 66,8%)
2008	827	männlich: 250 (= 24,8%), weiblich: 577 (= 75,2%)
2007	1664	männlich: 469 (= 28,2%), weiblich: 1195 (= 71,8%)

Bei den Integrationskursen springt die hohe Beteiligung von Frauen ins Auge. Schon bei den ersten Kursabschlüssen 2007 lag ihr Anteil bei 69 %. Auch im Jahr 2012 lag er mit 59 % noch immer deutlich über dem der Männer. Bei den erfolgreichen Abschlüssen liegen die Frauen noch weiter vorn: 72 % Frauenanteil im Jahr 2007 und 65 % im Jahr 2012.

Die hohe Teilnahmequote der Frauen hängt zum einen mit ihrem deutlichen Nachholbedarf zusammen: Vor Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes hatten viele Frauen keine Gelegenheit, Deutschkurse zu besuchen (unzureichendes Angebot, keine Kinderbetreuung, kein gesellschaftlicher Erwartungsdruck). Zum anderen sind deutlich mehr Migrantinnen als früher berufstätig oder auf dem Weg dorthin, wodurch es für sie wichtiger geworden ist, sich auf Deutsch zu verständigen. Insgesamt hat die Tatsache allein, dass ein strukturiertes Angebot gemacht wird, eine Trendwende bedeutet: Das Angebot regelt hier die Nachfrage. Die positive und rasche Entwicklung bei der Beteiligung von Frauen an Integrationsangeboten zeigt umgekehrt, wie groß die Versäumnisse in der Integrationspolitik in früheren Jahrzehnten waren – Versäumnisse, die nicht immer aufzuholen sind.

²² Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg. Die Zahlen liegen nicht für einzelne saarländische Kommunen vor. Laut Auskunft der BAMF-Regionaldirektion in Lebach kann davon ausgegangen werden, dass etwa die Hälfte der saarländischen Teilnehmer_innen in Saarbrücken lebt.

²³ Personen, die den Integrationskurs durch Teilnahme an einem Orientierungskurs abgeschlossen haben

Für Personen im Leistungsbezug besteht eine Teilnahmeverpflichtung, die für manche Frauen, die sonst wenig Gelegenheit hatten, „herauszukommen“, im wahrsten Sinne des Wortes zum Türöffner wird. Gespräche mit Kursträgern bestätigen insgesamt eine - subjektiv wahrgenommene - höhere Lernmotivation bei Frauen als bei Männern in den Integrationskursen. Besonders nachgefragt sind Alphabetisierungskurse.

Lebenssituationen und Themen von Migrantinnen in der Beratung

Im Folgenden werden einige Aspekte der Lebenssituation von Frauen mit Migrationshintergrund herausgearbeitet. Die Befunde basieren auf Expertinnengesprächen, der Auswertung von Beratungsstatistiken und eigenen Recherchen.²⁴ Eine ebenso ausführliche Beschäftigung mit der Lebenssituation von Männern für diesen Bericht war aus Kapazitätsgründen nicht möglich. Auch fehlt es an vergleichbaren Arbeitsstrukturen (AK Migrantinnen, Frauennetzwerke), die über einen entsprechenden Wissensfundus verfügen. Daneben hat die dezidierte Betrachtung der Situation von Frauen im Kontext von Einwanderung und Teilhabe auch insofern eine besondere Bedeutung, als im öffentlichen Diskurs der Stand der Integration gerne am Stand der Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann festgemacht wird.

Die individuellen Lebensentwürfe von Migrantinnen sind – wie sollte es auch anders sein - so vielfältig wie die von Frauen ohne Zuwanderungsgeschichte. Pauschale Aussagen über die Situation „der Migrantinnen“ in Saarbrücken verbieten sich deshalb von selbst. Nichtsdestotrotz lohnt ein Blick auf die Praxisberichte von Beratungsstellen, Behörden, Vereinen und sonstigen Einrichtungen, die jeweils unterschiedliche Ausschnitte der Lebenswelten von Migrantinnen sehen und allgemeine Trends erkennen lassen.

1. Frauen werden selbstbewusster

Übereinstimmend berichten die Beratungsstellen und Einrichtungen, dass Migrantinnen insgesamt deutlich selbstbewusster auftreten als noch vor einigen Jahren und viele von ihnen besser über ihre Rechte und Beratungsmöglichkeiten informiert sind. Der Wunsch – und meist auch die Notwendigkeit -, berufstätig zu werden, ermutigt sie zu wichtigen Schritten in Bezug auf Qualifizierung und Arbeitssuche, insbesondere wenn es um den Berufseinstieg nach der Familienphase geht. Gleichzeitig beklagen viele, dass ihnen – wenn überhaupt - oft nur Minijobs und wenig attraktive Arbeitsplätze offen stehen. So sind die daraus resultierenden finanziellen Nöte und die Unzufriedenheit mit der beruflichen Situation häufig Thema in Beratungsgesprächen.

Bestätigt werden diese Eindrücke aus der Beratung durch Studien wie etwa den „Arbeitsmarktreport NRW 2012 – Sonderbericht Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt“. Darin heißt es, dass die Erwerbstätigenquote von Migrantinnen bei 51 % liege gegenüber 67 % bei Frauen ohne Migrationshintergrund. Auch der Mikrozensus belegt, dass im Jahr 2009 bundesweit 40 % selbst der hoch qualifizierten Migrantinnen nicht erwerbstätig waren. Ein Drittel war in Teilzeitbeschäftigungen und in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen tätig. Nur eine Minderheit ist ausbildungsadäquat beschäftigt²⁵.

²⁴ Im Fachgespräch am 24. April 2013, Rathaus St. Johann, mit 22 Teilnehmerinnen, die als Haupt- und Ehrenamtliche überwiegend im Arbeitskreis Migrantinnen in Saarbrücken mitarbeiten, wurden Erkenntnisse und Einschätzungen für diesen Integrationsbericht zusammengetragen und diskutiert.

²⁵ Quelle: Arbeitsmarktreport NRW 2012 – Sonderbericht Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt

Als ausgesprochen motivierend hingegen erleben viele hoch qualifizierte Frauen insbesondere aus den GUS-Staaten die neuen Möglichkeiten der Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen Abschlüsse.²⁶ Sie erfahren dadurch auch eine persönliche Anerkennung und Wertschätzung und sehen – teilweise nach Jahren der „Odyssee“ – erstmals eine echte Chance, einen Neuanfang in Deutschland in ihrem erlernten Beruf zu machen. Bleibt abzuwarten, wie sich die Gesetze in der Praxis auswirken, ob sie die teilweise hohen Erwartungen erfüllen können und ob die notwendigen Nachqualifizierungen bereitgestellt werden, um den entscheidenden Lückenschluss zu sichern. *Weitere Ausführungen zum Thema Arbeitsmarktintegration vgl. Bericht des IQ-Netzwerks Saarland, Kapitel III.2.*

Einen interessanten Hinweis auf das gestiegene Selbstbewusstsein von Migrantinnen in Saarbrücken gab das Gerangel um das „Frauenschwimmen“ im Hallenbad Altenkessel. Während die öffentliche Diskussion in erster Linie auf die „Rückständigkeit“ der muslimischen Frauen abstellte, konnte man bei den sehr gut angenommenen Schwimmangeboten selbst einen ungeheuren Elan und einen selbstbewussten Umgang der Frauen mit der eigenen Lebensweise, dem eigenen Körper und dem Wunsch nach selbstbestimmter Freizeitgestaltung und Gesundheitsförderung feststellen. Entsprechend beharrlich setzten sich die Frauen mit ihrem Anliegen durch. Die Diskussion um das Frauenschwimmen hat auch eine intensivere fachliche Auseinandersetzung über eine zeitgemäße gendersensible Migrationsarbeit angeregt (u.a. mit einer Interventionsmaßnahme des Saarländischen Netzwerks gegen Rechtsextremismus, das das Institut GIM/HTW mit der Durchführung eines Workshops für Fachkräfte „Gender und Migration“ mit Prof. Brigitte Rommelspacher beauftragt hat).

2. Migrantinnen suchen Hilfe - und sie wollen sich selbst helfen können

Migrantinnen sind in den Beratungs- und Hilfesystemen angekommen. Das zeigt sich zum einen darin, dass ihr Anteil unter den Ratsuchenden in Frauenberatungsstellen steigt. Zum anderen nehmen mehr Frauen als Männer die Beratung etwa bei den Migrationsdiensten der Verbände wahr²⁷. Diese Feststellung bedeutet zweierlei: 1. Frauen mit und ohne Migrationshintergrund teilen – von einigen Besonderheiten abgesehen - überwiegend dieselben Problemlagen. 2. Migrantinnen werden von den Unterstützungsangeboten deutlich besser erreicht als noch vor wenigen Jahren.

Die Beratungsthemen verweisen darauf, wie sehr sich die Lebenslagen von Migrantinnen ausdifferenziert haben. Das Top-Thema ist die Integration in den Arbeitsmarkt. Die Schwierigkeiten beim Berufseinstieg sind vielfältig: Junge Frauen, die die Schule ohne Abschluss verlassen oder sehr schnell nach dem Abschluss eine Familie gegründet haben, haben Mühe, nach dieser ersten Familienphase Anschluss an Ausbildung und Beruf zu finden. Frauen über 50 sind in doppelter Weise auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt: aufgrund ihres Alters und ihrer Herkunft. Familie und Beruf zu vereinbaren, erscheint manchen Frauen noch schwierig. Die Reflexion von Rollenbildern bleibt eine Aufgabe. Frauen, denen eine Arbeitsaufnahme trotz hoher Motivation nicht gelingt, fallen in der Beratung häufiger durch psychosomatische Beschwerden auf.

²⁶ geregelt im Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz BQFG des Bundes vom 1.4.2012 und saarländisches Anerkennungsgesetz BQFG-SL vom 1.12.2012.

²⁷ Vgl. z.B. Jahresbericht 2012 Caritas Migrationsdienst: Projekt „Berufliche Integration von Zugewanderten“, Frauen in der Beratung: 254, Männer: 159 (= Frauenanteil von 62 %); 2011: 63 %; 2010: 62 %; 2009: 59 %. Vgl. auch Jahresbericht 2012 Diakonisches Werk an der Saar, Landesintegrationsbegleitung Saarbrücken: 81 Frauen, 65 Männer = Frauenanteil 55 % .

Eine sehr große Rolle in der Beratung spielen aufenthalts-, arbeitserlaubnis- und leistungsrechtliche Fragen, insbesondere dann, wenn es um ein eigenständiges Aufenthaltsrecht nach Trennung und Scheidung geht. Besondere Problemlagen ergeben sich neuerdings bei Migrantinnen aus den neueren EU-Beitrittsländern, die zwar Freizügigkeitsrechte besitzen, aber in Notlagen nur sehr eingeschränkte Leistungsansprüche haben. Dasselbe gilt für Studentinnen in persönlichen Notlagen.

Auch Beratung zur Einbürgerung wird – befördert auch durch die Saarbrücker Einbürgerungskampagne – stärker nachgefragt. Der hohe Stellenwert, den die rechtliche Beratung insgesamt einnimmt, kann auch als Indiz dafür gewertet werden, dass die Frauen sich nicht passiv in ein Schicksal ergeben, sondern durch bessere Information handlungsfähiger und unabhängiger werden wollen.

Im Trend liegt auch die erhöhte Beratungsnachfrage zum Thema Alter und Pflege – er spiegelt die demografische Entwicklung wieder. Da die Pflege kranker und alter Angehöriger über alle Länder und Kulturen hinweg noch immer überwiegend in den Händen der Frauen liegt, wird sie auch von Frauen besonders thematisiert. Eine systematische Entwicklung dieses Themas im Sinne einer interkulturellen Öffnung der zuständigen Einrichtungen und Organisationen steht allerdings in Saarbrücken noch aus, sieht man einmal von Einzelprojekten und –initiativen ab.

Daneben spielt das Thema Sucht eine größere Rolle in der Beratung als früher (eigene Sucht oder Sucht von Angehörigen, etwa Spielsucht).

Auch die Opferberatungsstellen (häusliche Gewalt, Menschenhandel, Prostitution, Zwangsheirat, Diskriminierung etc.) berichten über eine vermehrte Inanspruchnahme ihrer Beratungs- und Schutzangebote durch Migrantinnen. Gleichzeitig schätzen sie positiv ein, dass die Probleme überhaupt thematisiert und aktiv angegangen werden. Trotz Scham und Furcht bewerten Frauen das Erlebte nicht mehr nur als reine „Privatsache“ und wagen sich damit in die Beratung.

Die Beratungsstatistik der Interventionsstelle für Opfer häuslicher Gewalt im Saarland (Träger: Sozialdienst Katholischer Frauen) weist einen Anteil von rund 25 % Frauen mit Migrationshintergrund aus, was ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht. Der Anteil der Frauen mit Migrationshintergrund im Saarbrücker Frauenhaus der AWO lag 2012 bei 61 %²⁸. Die AWO weist in ihrem Qualitätsentwicklungsbericht darauf hin, dass Beratungsarbeit auf die Unterstützung durch professionelle Sprachmittlerinnen angewiesen ist. Deren Finanzierung ist jedoch nicht dauerhaft abgesichert. Eine Problemanzeige gibt es in Bezug auf Frauen aus EU-Ländern. Die Finanzierung ihres Aufenthalts im Frauenhaus ist häufig nicht gesichert.

Die häufigsten Themen, mit denen Migrantinnen in die verschiedenen Beratungsstellen kommen, lassen sich wie folgt bündeln²⁹:

- *Existenzielle Fragen*: insbesondere Einkommenssicherung, Aufenthaltsrecht, Krankenversicherungsschutz

²⁸ Qualitätsentwicklungsbericht der saarländischen Frauenhäuser 2012, Arbeiterwohlfahrt Saarland/Sozialpädagogisches Netzwerk

²⁹ Die Reihenfolge der Nennungen ist nicht zwangsläufig mit der Häufigkeit der Beratungsfälle identisch. Nicht alle Beratungsstellen führen Statistiken, in denen der Migrationshintergrund ausgewiesen wird. Die hier genannten Beratungsthemen wurden teilweise im Rahmen des Fachgesprächs des AK Migrantinnen gesammelt; teilweise wurden auch Tätigkeitsberichte von Beratungsstellen ausgewertet.

- *(Wieder)eingliederung in den Arbeitsmarkt*: Ausbildung, Anerkennung von Abschlüssen, Stellensuche
- *Erziehung und Bildung der Kinder*: Unterstützungsmöglichkeiten für Schulerfolg und bei Erziehungsproblemen; Beratung zum Bildungssystem
- *Soziale, gesundheitliche und familiäre Themen*: Ehe, Familie, Alter, Pflege, Schwangerschaftskonflikte, Gewalt, Sucht, Trennung/Scheidung, psychische Erkrankungen etc.
- *Hilfe im Umgang mit Behörden*: Verfahren und Formblätter zu kompliziert; erlebte Ablehnung oder Diskriminierung

Insgesamt ist positiv zu vermerken, dass die „interkulturelle Öffnung“ vieler Beratungsstellen und Einrichtungen in den letzten Jahren deutlich vorangeschritten ist. Früher konnte man häufig beobachten, dass Migrantinnen mit vielen, auch sehr spezifischen Themen an die allgemeinen Migrationsdienste oder von Migrantinnen getragenen bzw. für Migrantinnen konzipierten Stellen und Projekte verwiesen wurden, weil sich die Fachberatungsstellen mitunter unsicher im Umgang mit den Frauen fühlten. Inzwischen hat sich durch Austausch, Vernetzung, kollegiale Beratung und Fortbildung ein kompetenter Umgang mit Migrantinnen auf breiter Ebene entwickelt. Manche Einrichtungen haben sich einer dezidierten Strategie der interkulturellen Öffnung unterzogen (etwa durch Fortbildung und/oder die Einstellung von Mitarbeiterinnen mit Migrationshintergrund), andere setzen vor allem auf Sprach- und Kulturmittlerinnen bzw. Dolmetscherinnen und Vernetzung. Infobroschüren und gemeinsame Veranstaltungen wie die „Frauenwelten“ (2005, 2008, 2010) des AK Migrantinnen haben in den letzten Jahren dazu beigetragen, die unterschiedlichen Beratungsangebote bei möglichst vielen Frauen bekannt zu machen.

3. *Frauen sind aktiv*

Die Beobachtungen von Fachleuten und die Auskünfte aus unseren Gesprächen mit Schlüsselpersonen aus Migrantengemeinschaften zeigen übereinstimmend, dass Frauen überdurchschnittliche Beiträge leisten, wenn es um freiwilligen und ehrenamtlichen Einsatz geht. Sie leisten sowohl eine von außen kaum wahrnehmbare, umfangreiche Familien- und Nachbarschaftshilfe, die die öffentlichen Hilfesysteme nicht unwesentlich entlastet (etwa in der häuslichen Pflege). Sie sind aber auch präsent, wenn es um das öffentliche bürgerschaftliche Engagement in Vereinen, Gemeinwesenprojekten, Schulen, Projekten und Initiativen, bei Stadtteilstufen oder Interreligiösem Dialog geht.

Ehrenamtliches Engagement und Solidarität zwischen Frauen sind auch die Stützpfeiler des 2010 entstandenen Mentoring-Netzwerks für Migrantinnen MiNET. Dort engagieren sich Frauen mit und ohne Migrationshintergrund, um andere Frauen bei der Entwicklung und Umsetzung ihres Lebensentwurfs in Deutschland – von Arbeit bis soziale Kontakte – zu begleiten.

E Alter

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Saarbrücken ist insgesamt jünger als die ohne Migrationshintergrund. Das hängt zum einen damit zusammen, dass die Mobilität als Voraussetzung zur Migration bei jüngeren Menschen generell höher ist, insbesondere dann, wenn es

darum geht, zur Arbeitsaufnahme oder zum Studium ins Ausland zu gehen. Durch kontinuierliche Neuzuwanderung bleibt dieses „Verjüngungspotenzial“ erhalten.

Zum anderen liegen die Geburtenzahlen bei den bereits länger hier lebenden Migranten_innen über dem Durchschnitt der Deutschen, wenngleich sie sich allmählich annähern (vgl. Schaubild Geburtenziffern). Bei den KiTas und Schulen ist diese Entwicklung längst angekommen: Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund an allen Kindern nimmt kontinuierlich zu.

Bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund stellen die unter-18-Jährigen einen Anteil von 13,3 %. Zum Vergleich: Der entsprechende Anteil liegt bei Personen mit Migrationshintergrund insgesamt bei 16,1 %, darunter mit russischem Migrationshintergrund bei 13,9 %, mit italienischem bei 17,5 % und mit türkischem Migrationshintergrund bei 26,7 %.³⁰

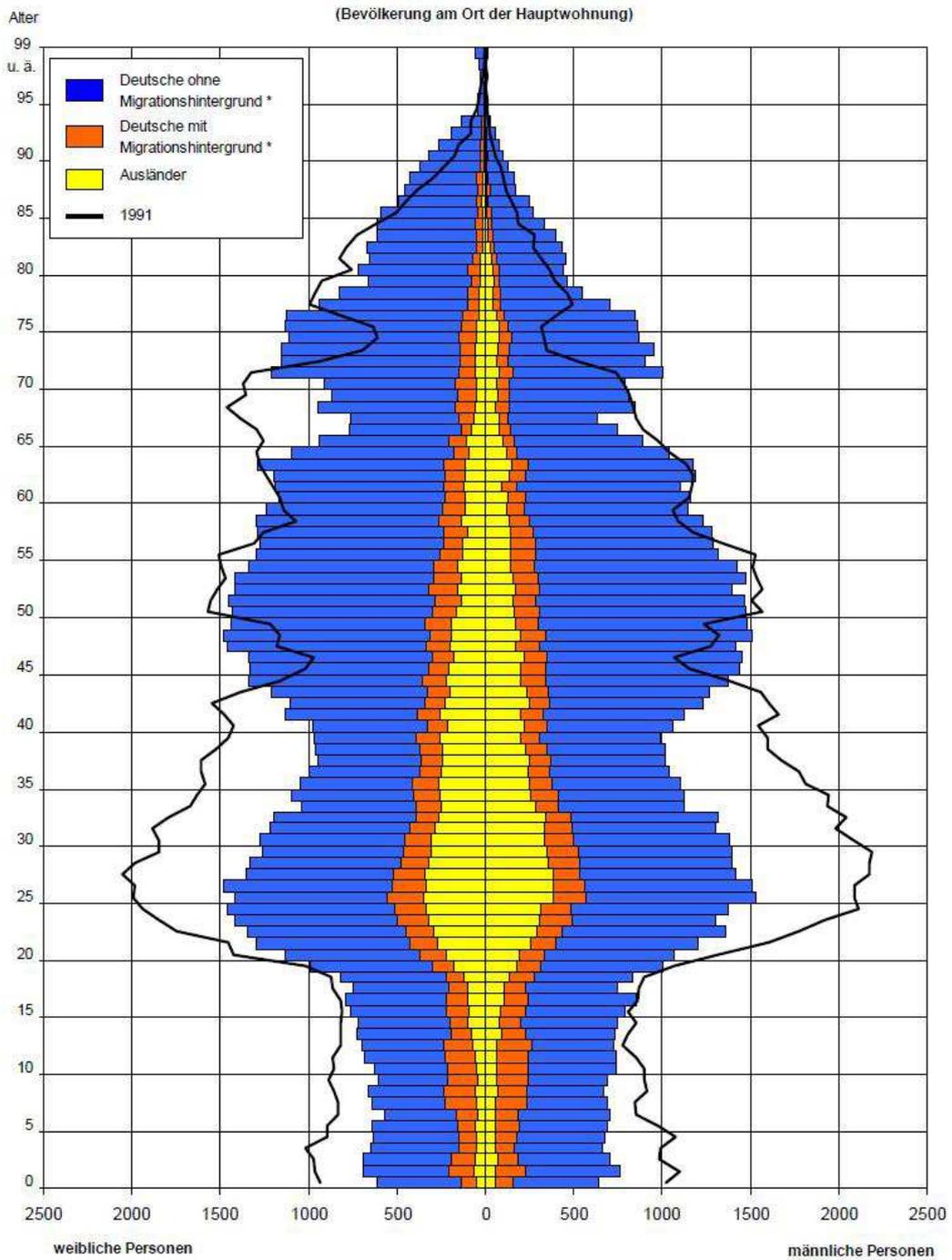
Aber natürlich kommt auch die eingewessene Migrationsbevölkerung „in die Jahre“, schließlich lebt ein gutes Viertel (27 %) der Ausländer_innen im Saarland seit mehr als 25 Jahren in Deutschland³¹, und die Themen Älterwerden, Pflege und Sterben in Deutschland sind in den Migrantengemeinschaften angekommen (vgl. dazu Kapitel III.8) – wenngleich sie strukturell auch noch relativ unbearbeitet geblieben sind.

Aus vielen Berichten und Gesprächen wissen wir, dass ein nicht geringer Teil der Seniorinnen und Senioren insbesondere aus den ehemaligen Anwerbeländern Italien und Türkei nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben pendelt und – so lange die Gesundheit es zulässt - einige Wochen oder gar Monate im Jahr in der alten Heimat zubringt. Zahlen liegen dazu allerdings nicht vor.

³⁰ Vgl. Tabelle xxx im Anhang: Personen mit Migrationshintergrund nach der 1. Staatsangehörigkeit (Ausländer) bzw. 2. Staatsangehörigkeit oder Staatsangehörigkeit des Geburtslandes (Deutsche) und Alter am 31.12.2013

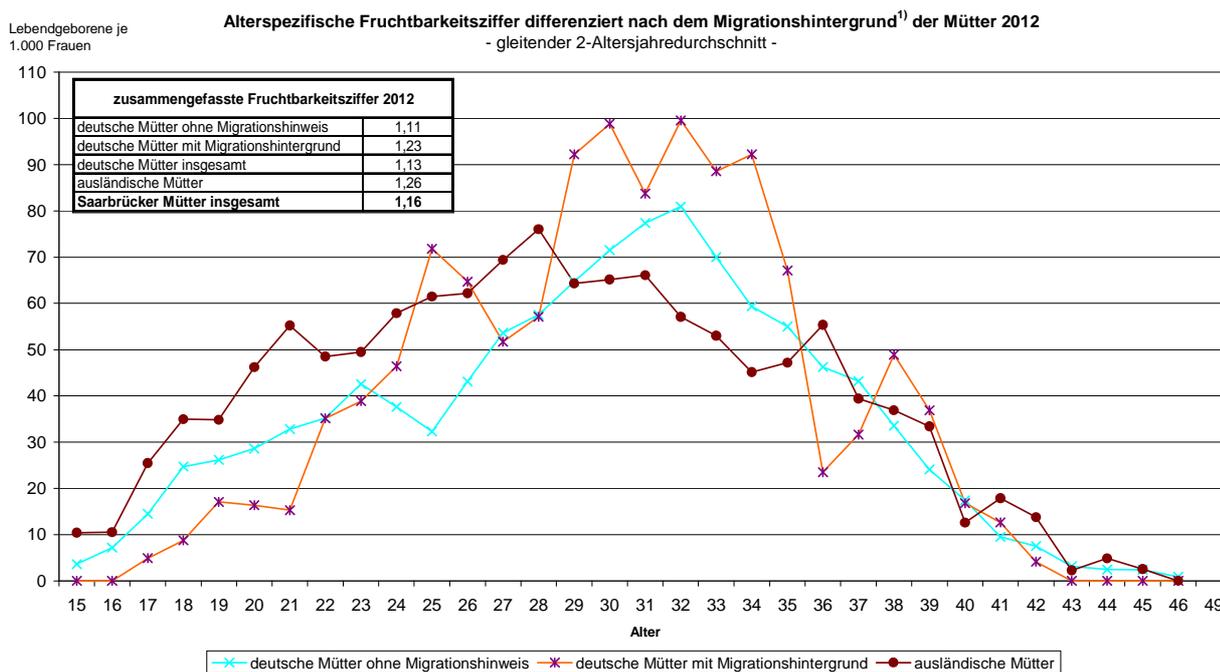
³¹ Quelle: Ausländerzentralregister Halbjahresstatistik 30.6.2013, Saarland

Abb. 1 **Altersstruktur der Bevölkerung am 31.12.2012
im Vergleich zu 1991**



* Migranten = Deutsche mit 2. Staatsangehörigkeit und/oder Geburtsland "nicht-deutsch", sowie Ausländer

Geburten bei Müttern mit und ohne Migrationshintergrund



1) Migrationshintergrund = Deutsche mit 2. Staatsangehörigkeit und /oder Geburtsland 'nicht-deutsch' sowie Ausländer
 Quelle: Melderegister
 Landeshauptstadt Saarbrücken - Amt für Entwicklungsplanung, Statistik und Wahlen -

In dieser Grafik werden die zusammengefassten Geburtenziffern für die drei Gruppen (deutsche Mütter mit und ohne Migrationshintergrund und ausländische Mütter) sowie die dazugehörigen zusammengefassten Geburtenziffern³² für das Jahr 2012 dargestellt.

Frauen mit Migrationshintergrund bekommen im Durchschnitt mehr Kinder als deutsche Mütter. Dabei bekommen die ausländischen Frauen etwas früher Kinder, während die deutschen Frauen mit Migrationshintergrund am häufigsten im Alter von 28 bis 34 Jahre Mutter werden. Saarbrücken liegt bei allen diesen Werten unterhalb des bundesweiten Durchschnitts.

F Vielfalt der Lebensformen

Wie leben die Migrant_innen in Saarbrücken – allein oder im Mehrpersonenhaushalt, mit oder ohne Kinder?

Die Lebensformen werden immer vielfältiger. Schaut man auf die unterschiedlichen Haushaltstypen, fällt auf: Die Abweichungen zwischen den Haushalten mit und ohne Migrationshintergrund sind nicht sehr groß.

Insbesondere bei den Personen über 65 Jahren liegt der Anteil der Alleinlebenden fast gleichauf (39,2 % der Altersgruppe bei Deutschen ohne Migrationshintergrund, 39,8 % bei Deutschen mit Migrationshintergrund und 36,7 % bei Ausländer_innen). In der Altersklasse 25-34

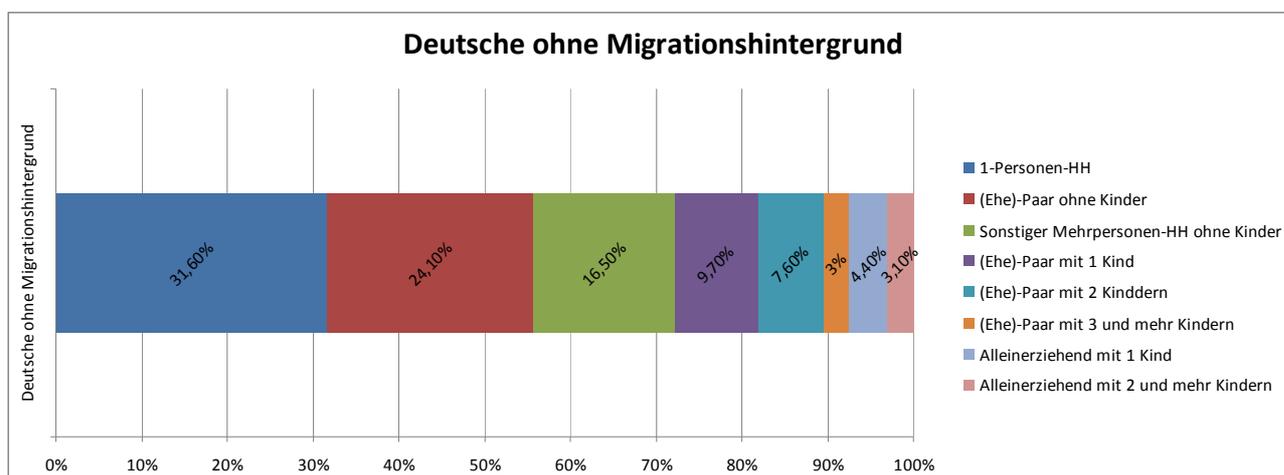
³² Die zusammengefasste Fruchtbarkeitsziffer gibt an, wie viele Kinder eine Frau durchschnittlich im Laufe des Lebens hätte, wenn die zu einem einheitlichen Zeitpunkt ermittelten altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern für den gesamten Zeitraum ihrer fruchtbaren Lebensphase gelten würden.

Jahre nähern sich die Anteile der Alleinerziehenden einander an (3,6 % bei Deutschen ohne Migrationshintergrund; 4,3 % bei Deutschen mit MGH und 2,4 % bei Ausländer_innen).

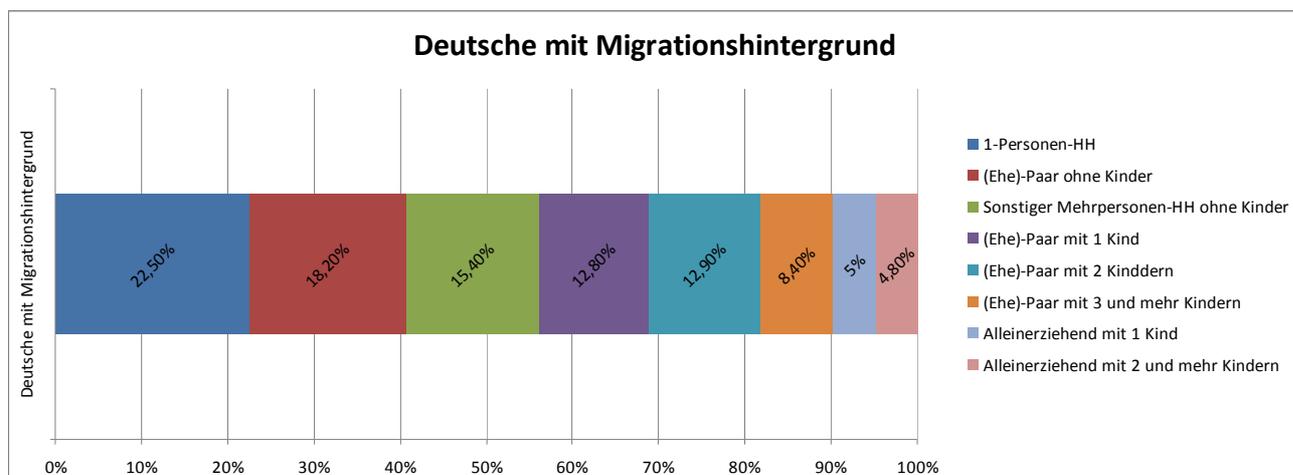
Signifikante Abweichungen gibt es vor allem bei den (Ehe-)Paaren oder Familien mit 2 Kindern in der Altersklasse 25-34 Jahre – hier liegen die Personen mit Migrationshintergrund deutlich vorne. Bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund leben nur 4,9 % der Menschen in diesem Haushaltstyp, während es bei den Deutschen mit Migrationshintergrund 10 % und bei den Ausländer_innen 7,5 % sind.

Am wenigsten 1-Personen-Haushalte gibt es bei den Deutschen mit Migrationshintergrund zwischen 35 und 49 Jahren (21 % der Altersklasse gegenüber 33 % bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund und 35 % bei den Ausländer_innen, wobei hier insbesondere die Studierenden einen nicht unwesentlichen Anteil ausmachen).

Haushaltstypen (alle Altersgruppen zusammengefasst)



n = 133.507



n = 20.672



n = 25.054

Personen nach Migrationshintergrund, Haushaltstyp und Altersklassen zum 31.12.2012.

Quelle: Landeshauptstadt Saarbrücken, Amt für Entwicklungsplanung, Statistik und Wahlen

Wünsche an das Wohnen

Einkommen, Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt sowie persönliche Gründe für das Wohnen in einem mehr oder weniger stark ethnisch segregierten Wohnumfeld (Rückzug in die Sicherheit familiärer oder freundschaftlicher nachbarlicher Netzwerke bzw. bewusste Entscheidung für ein „deutsches“ Umfeld) bestimmen die Wohnsituation von Migrant_innen.

Repräsentative Erkenntnisse über Wohnwünsche von Migrant_innen in Saarbrücken liegen nicht vor. Wohl aber ergibt sich ein Bild, wenn man an unterschiedlicher Stelle gewonnene Erkenntnisse zusammen nimmt.

So wurden im Rahmen des Projektes IBIS (Innovative Beteiligungsformen in multiethnischen Stadtteilen) rund 100 Personen mit Migrationshintergrund in Malstatt, Burbach, Alt-Saarbrücken, Brebach und Folsterhöhe nach Themen rund um das Wohnen befragt.³³

Wohnzufriedenheit und Wünsche an die Wohnumgebung

Im Rahmen des Projektes IBIS wurden rund 100 Personen mit Migrationshintergrund danach befragt, warum sie sich für die jetzige Wohnung entschieden hätten, nannten die meisten 1. die Größe, 2. den Preis der Wohnung, 3. die Nähe von Freunden und Familie, 4. die Lage der Wohnung.

Viele wünschten sich ein Leben in „den eigenen vier Wänden“. Außerdem wurden Garten und/oder Balkon als wichtiger Aspekt für Wohnqualität bewertet. Die Wohnumgebung wurde

³³ Befragung im Rahmen des Projektes IBIS (Innovative Beteiligungsformen in multiethnischen Stadtteilen), ZIB 2008/2009. Die Befragung wurde durch GIM/HTW durchgeführt. Die Auswahl der Befragten erfolgte nach dem Schneeballprinzip und war nicht repräsentativ.

dann positiv bewertet, wenn Institutionen, Kindergarten, Schule, Angebote und Geschäfte gut zu erreichen und eine gute Verkehrsanbindung sicher gestellt waren.

Wohnen in einem „alten Haus“ bewerteten die Befragten überwiegend als negativ. Gemeint waren damit renovierungsbedürftige Wohnungen und Häuser, die unzureichend isoliert sind und hohe Energiekosten verursachen.

Eine „gute, freundliche und nette“ Nachbarschaft war ein weiterer Wunsch an die Wohnumgebung. Die Befragten wünschten sich eine hinsichtlich Herkunft und Alter gemischte Nachbarschaft. Besonders stark wurde der Wunsch nach deutscher Nachbarschaft geäußert.

Für alle Stadtteile gaben die Befragten am häufigsten an, dass sie die Angebote zur Grundversorgung nutzten, während ihnen Freizeitangebote fehlten. Ein lokales ethnisches Angebot bei Lebensmitteln, Freizeit und medizinischer Versorgung war für alle Befragten wichtig. Die Mehrheit orientierte sich zum Stadtteil hin und wünschte sich eine attraktive wohnortnahe Infrastruktur: Alltägliche Besorgungen wollen im Stadtteil erledigt werden.

Die Migrantenvereine, die für den Integrationsbericht telefonisch befragt wurden (vgl. Kapitel III.5), wurden auch gefragt, ob sie wüssten, welche Stadtteile und Quartiere in Saarbrücken derzeit bei ihren Communities besonders beliebt seien, wenn es um Wohnen, insbesondere um Bau oder Kauf von Immobilien, gehe. Die meisten Befragten waren der Meinung, dass die Kaufentscheidung überwiegend mit dem Preis der Immobilie zu tun habe.

Allerdings würden Menschen, „die bereits etwas erreicht haben“, beim Hauskauf oder -bau Stadtteile wie Burbach oder Malstatt meiden. Sie suchten eher Wohnungen oder Häuser außerhalb der Stadt bzw. dort, wo viele deutsche Familien wohnten. Menschen, die weniger gut „angekommen“ seien, fühlten sich eher unsicher und versuchten dann, Unterstützung durch soziale Kontakte in der Nachbarschaft zu bekommen. Sie orientierten sich dann an einem gleichsprachigen Umfeld.

Einen interessanten Hinweis liefern die Erhebungen des vhw zu den Migranten-Milieus in Saarbrücken (vgl. Kap. II.B). Danach sei die Bereitschaft zum Erwerb von Wohneigentum bei migrationsgeprägten Haushalten in Saarbrücken sogar höher als im bundesdeutschen Durchschnitt. Das gelte besonders für die auch in Saarbrücken relevant vertretenen Milieugruppen der „Adaptiv-Bürgerlichen“.

G Aufenthaltsdauer und Bleibeperspektiven

An der Wohndauer der migrationsgeprägten Bevölkerung lässt sich deren Stabilität bzw. Mobilität ablesen. Bei den Deutschen mit Migrationshintergrund ist das Verhältnis zwischen kurzer und langjähriger Wohndauer ausgeglichen: Jeweils 13,5 % der Menschen leben weniger als 3 Jahre in Saarbrücken bzw. länger als 25 Jahre. Von den Ausländer_innen sind es sogar 18,6 %, die länger als 25 Jahre in Saarbrücken leben.

	Jahr	Ausl.	Dt.	Dt.
--	------	-------	-----	-----

			mMH	oMH
Wohndauer in SB weniger als 3 Jahre	2012	14,6%	13,5%	12,60%
Wohndauer in SB 25 Jahre und länger	2012	18,5%	13,5%	47,40%

Unter der Integrationsperspektive sind die Entwicklungen bei den Aufenthaltstiteln noch interessanter. Sie können Einblick geben in Einwanderungsmotive (Arbeitsaufnahme, Familiennachzug, Asyl etc.) und Verfestigung von Bleibeperspektiven. Leider konnten die entsprechenden Zahlen für Saarbrücken nicht ermittelt werden (zu den Gründen vgl. Kap. I.1). Über das Ausländerzentralregister konnten zumindest die Gesamtzahlen für das Saarland beschafft werden. Ihre Auswertung ist jedoch auch nur bedingt ergiebig: Zu sehr mischen sich Aufenthaltstitel nach altem und neuem Aufenthaltsrecht, und zu ungenau lassen sich die Aufenthaltsgründe aus den Aufenthaltstiteln ohne zusätzliche Informationen ablesen. Außerdem gibt es Ungenauigkeiten aufgrund von Nicht-Abmeldungen nach erfolgter Ausreise.

Festhalten lassen sich dennoch gewisse Eckdaten: Von rund 82.400 Ausländer_innen im Saarland sind 45.500 Unionsbürger_innen. Davon leben 27 % länger als 25 Jahre im Saarland, 28 % sind in den letzten 6 Jahren zugezogen, und 10 % in den letzten zwölf Monaten. Von den Drittstaatsangehörigen besitzen 16.600 eine (unbefristete) Niederlassungserlaubnis bzw. Daueraufenthaltserlaubnis-EU. Zu Studienzwecken befinden sich derzeit 1880 Ausländer_innen aus Drittstaaten im Saarland. Aufenthaltstitel aus familiären Gründen besitzen rund 6.500 Personen.

III Ausgewählte Handlungsfelder

1 Ankommen

Wer in ein anderes Land einwandert, ist insbesondere zu Beginn auf ein gutes Orientierungssystem angewiesen. Dazu gehören Erstberatung, ggfs Vermittlung in einen Deutschkurs, Information über Bildungssystem, Gesundheitswesen, Wohnungsmarkt etc., Hilfe bei der Inanspruchnahme von Rechten. Ob sich jemand schnell zurechtfindet und seinen Weg in die Aufnahmegesellschaft planvoll und möglichst bald autonom gestalten kann, darf nicht dem Zufall überlassen sein. In der Vergangenheit war dies oft genug der Fall – an den Versäumnissen leiden noch immer frühere Zuwanderergenerationen.

Erstberatung

In den letzten zehn Jahren hat sich viel getan. Die Migrationsdienste in Saarbrücken (Trägerschaft: AWO, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonisches Werk, Caritasverband) und die dazu gehörigen Jugendmigrationsdienste von Diakonie und Caritas haben sich neu aufgestellt und – wie im übrigen Bundesgebiet auch - die Erstberatung im Sinne eines Case Managements organisiert. Die traditionelle Verteilung der Zuständigkeit nach der Nationalität ihrer Klient_innen wurde aufgehoben, stattdessen haben sich die Migrationsdienste nach Stadtteilen neu aufgestellt.

Die Vorstellung allerdings, die auch beim Bund bei Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes 2005 vorherrschte, wonach der individuelle Beratungsbedarf nach drei Jahren abgedeckt sein müsste, hat sich nur in Teilen bewahrheitet. In unterschiedlichen Lebenslagen können neue Fragen auftreten, die ein „Zurück auf den Anfang“ bedeuten – etwa bei Trennung und Scheidung oder Eintreten von Arbeitslosigkeit. In der Folge hat sich die Beratung ausdifferenziert nach einer Erstberatung in den ersten drei Jahren und einer Begleitenden Beratung für „Altzuwanderer“. In beiden Bereichen ist die Vernetzung mit den Regeldiensten von entscheidender Bedeutung – zum einen, um die Migrationsdienste zu entlasten, zum anderen, um Migrant_innen Zugang zum spezialisierten Wissen anderer Dienste (von Jugendhilfe bis Schuldnerberatung) zu eröffnen. In Saarbrücken gelingt die Vernetzung und Verweisberatung zunehmend besser in den letzten Jahren. Dazu hat vor allem der Aufbau und die Konsolidierung der Netzwerke beigetragen (AK Migration-Integration, AK Migrantinnen, Projektverbände wie das Netzwerk „Integration durch Qualifizierung“ (IQ) etc.)

Das Modellprojekt „Integration verbindlicher machen – Integrationsvereinbarungen erproben“ der Bundesintegrationsbeauftragten, an dem sich Saarbrücken als einer von 18 Standorten 2011/2012 beteiligt hat, gab Gelegenheit, die Beratungsstrukturen zu überprüfen und die Vernetzung zwischen Migrationsdiensten und Behörden von Stadt und Regionalverband zu festigen.

Die Migrationsdienste sind „Seismographen“ für aktuelle Entwicklungen und Themen im Kontext der Zuwanderung. So waren sie auch in Saarbrücken in jüngster Zeit oftmals die ersten Anlaufstellen für Ratsuchende aus Rumänien und Bulgarien, oder neuerdings auch wieder Italien und Griechenland, die auf der Suche nach Arbeit und Einkommen nach Deutschland gekommen und nicht selten mittel- und perspektivlos hier gestrandet sind. Die Wohlfahrtsverbände als Träger der Migrationsdienste übernehmen – ebenso wie gesellschaftspolitisch engagierte Initiativen und kleine freie Träger – in solchen Fällen nicht nur die Beratung, sondern auch die wichtige Aufgabe, auf Missstände aufmerksam zu machen, und eine für ihre

Adressaten in Politik und Behörden mitunter unbequeme Anwaltsfunktion zugunsten ihrer Klient_innen.

Die Kontakte zwischen (Neu-)Zuwanderern und Migrationsdiensten entstehen auf unterschiedliche Weise: durch Adressübermittlung der Meldebehörden, durch persönliche Kontakte und „Mundpropaganda“, durch Vermittlung innerhalb der Netzwerke (z.B. Jobcenter, Schulen). Die Adressübermittlung erfolgt aufgrund einer Vereinbarung zwischen den Wohlfahrtsverbänden und der Stadt. Die Migrationsdienste erhalten regelmäßig die Listen der Neuzuwanderer und schreiben diese dann an. Die Erfahrungen sind unterschiedlich: Während die einen das Beratungsangebot gerne annehmen oder zumindest registrieren, dass es ein solches Angebot gibt, fühlen sich andere bevormundet – insbesondere dann, wenn es sich um Personen handelt, die zwar neu nach Saarbrücken zugezogen sind, aber schon lange in Deutschland leben oder sogar hier geboren sind. Dann kann ein solches Erstberatungsangebot – auch wenn das natürlich nicht beabsichtigt ist - unangemessen wirken. Es bleibt abzuwarten, wie sich das Verfahren auf lange Sicht bewährt.

Integrationskurse

Die Zahl der Integrationskurse ist – nachdem der große Nachholbedarf früherer Jahre erst einmal abgedeckt war – kontinuierlich zurückgegangen. Auch die Zahl der Kursträger hat sich reduziert. Einige große Anbieter (Diakonisches Werk, VHS) können ein differenziertes Kursystem vorhalten mit allgemeinen Integrationskursen, Alpha-Kursen, Jugendkursen, Sonderkursen für Ärzte sowie den aus ESF-Mitteln geförderten berufsbezogenen Deutschkursen. Die kleineren Träger (z.B. Haus Afrika) erreichen dafür bestimmte Zielgruppen besser als andere.

Jahr	Allg.	Alphakurse	Jugend	Sonst.	
1. Hj. 2012	21	9	3		= 33
2011	50	23	3	3	= 79
2010	44	23	4	6	= 77
2009	61	45	2	6	= 114
2008	79	37	0	2	= 118

2007: k.A.

Quelle: BAMF

Zusätzliche Auswertungen zum Thema „Integrationskurse“ unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten finden Sie in Kapitel II) 2 D.

Mehr als nur Sprache

Ergebnisse einer Befragung von Integrationskursträgern in Saarbrücken

Das ZIB hat im Frühjahr 2013 eine telefonische Befragung von Integrationskursträgern in Saarbrücken durchgeführt. Diese hat folgende zusätzliche Erkenntnisse gebracht:

Von ursprünglich 43 saarländischen Integrationskursträgern im Jahr 2005 sind in Saarbrücken heute nur noch sieben tätig: das Diakonische Werk an der Saar gGmbH, FIS Fremdspracheninstitut Saar, die Volkshochschule Saarbrücken, Haus Afrika e.V., Lector GmbH, Neue Arbeit Saar gGmbH (NAS) und das JBF Bildungscenter.

Die Träger wurden bei den Telefoninterviews um eine kurze Bilanz der Kurse gebeten. Folgende Fragen wurden gestellt: *Wie finden die Teilnehmer zum Träger? Welche Länder sind am meisten vertreten? Was zeigt die Erfahrung im Bezug auf die Lernerfolge und die Laufbahn nach dem Kurs? Welche Themen bewegen die Teilnehmer? Was hat sich seit dem Zuwanderungsgesetz im Jahr 2005 im Bereich „Integration durch Sprache“ positiv oder negativ verändert? Was würde sich der Träger hinsichtlich der Verbesserung der Angebote wünschen?*

Die meisten Teilnehmer kämen in den Kurs über Mundpropaganda oder Vermittlung durch das Jobcenter. Viele Träger setzten auch auf Eigenwerbung. Das DW gibt an, dass etwa knapp 50 % der Teilnehmer_innen bereits berufstätig sei, allerdings gehe es eher um Jobs im Niedriglohnsektor. Dabei ist zu beachten, dass Berufstätige 50 % der Kursgebühren selbst aufbringen müssen.

Auf die Frage, ob das erreichte Niveau ausreiche, um Arbeit zu finden und in Deutschland zurechtzukommen, fallen die Antworten aller Träger ähnlich aus: Der Erfolg variere je nach Vorbildung, Alter und Interesse am Lernen. Jüngere Teilnehmer hätten größere Chancen als ältere, eine Existenz in Deutschland zu gründen. Vereinzelt müssten Ältere zunächst alphabetisiert werden. Generell wird resümiert, dass das Niveau B1 lediglich für den normalen Alltag wie Einkäufe, Arztbesuche bzw. höchstens für eine gering qualifizierte Stelle wie Aushilfs- oder Reinigungstätigkeiten ausreiche. Um eine höher qualifizierte Tätigkeit auszuüben oder eine Ausbildung zu beginnen, müsse mindestens das Niveau B2 des Europäischen Referenzrahmens erreicht werden, wenn nicht sogar C1.

Die Bandbreite der Themen, die die Teilnehmer_innen beschäftigt und die sie auch in den Unterricht einbringen, reicht von Existenzsicherung, Arbeitsvermittlung über die Hilfe bei Bewerbungen, Behördengängen, Verträge- und Formularausfüllen bis hin zu Kindergartensuche und Fragen zum Schulsystem. Bei Diskriminierungsfällen und häuslicher Gewalt leiten die Träger die Hilfesuchenden in der Regel an spezialisierte Fachdienste wie Beratungsstellen und Migrationsdienste weiter.

Allgemeine Anerkennung findet die staatliche Förderung der Kurse. Mehr Teilnehmer erhielten somit Zuschüsse und viele hätten nun die Möglichkeit, „Deutsch kostenlos zu lernen“. Positiv bewertet wird auch die Erweiterung der Teilnahmeberechtigungen und –verpflichtungen auf die EU-Bürger_innen und Migrant_innen aus Drittstaaten. Die Kurse seien multikulturell geworden, was sich gut auf den Lernerfolg auswirke.

Einhellig wurde insbesondere das finanzielle Risiko des Integrationskursträgers bei Fehlzeiten kritisiert. Darüber hinaus entstehe durch die aufwändige Beratung jedes Interessenten und die sorgfältige Prüfung seiner Zulassungsvoraussetzungen eine erhebliche Mehrbelastung beim Träger. Daher rühre der Wunsch nach einer Vereinfachung bzw. Vereinheitlichung des organisatorischen Procedere, z.B. wurde die Einrichtung „einer zentralen Koordinations- und Zuweisungsstelle“ vorgeschlagen.

Sämtliche Träger begrüßen die Ermöglichung der Kursteilnahme für EU-Bürger_innen. Gleichwohl bemängeln sie die Chancenungleichheit auf dem Arbeitsmarkt zwischen den EU- und den Nicht-EU-Bürgern. Menschen etwa aus dem arabischen Sprachraum hätten wesentlich schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt, auch bei den Jobs, die man ohne Sprache ausführen könne. Integration sei eben „mehr als nur Sprache“.

Willkommenskultur

Bundesweit hat sich die Erstinformation für Neuzuwanderer – auch schon vom Ausland aus – deutlich verbessert durch entsprechende Internetportale von Bundesbehörden und Unternehmensverbänden. Hier hat der Druck des Fachkräftemangels in kürzester Zeit gewissermaßen „Wunder bewirkt“. In Saarbrücken werden die wichtigsten Erstinformationen für Zuwanderer auf der städtischen Website bereitgehalten und zurzeit weiter ausgearbeitet. Infolyer der Migrationsdienste werden vom Bürgeramt bei Bedarf der Begrüßungsmappe für Neubürger_innen beigelegt.

Die Erfahrungen aus anderen Städten zeigen, dass sich zentrale Anlaufstellen für Zuwanderer bewähren. Die Modelle sind unterschiedlich: von Bürgerdiensten, die auch die Ausländerbehörde umfassen, bis hin zu integrierten Migrationsberatungsstellen in städtischen Behörden oder einer engeren Verzahnung von Arbeitsverwaltung und Migrationsdiensten. In Saarbrücken ist die Ausgangslage für eine solche zentrale Anlaufstelle derzeit schwierig, da die Zuständigkeiten zu weit gesplittet sind zwischen Stadt, Land und Regionalverband. Auch die „Hochzonung“ der Ausländerbehörde hat sicher nicht dazu beigetragen, die Abläufe und die Kommunikation zwischen den Behörden – und damit auch die Bürgerfreundlichkeit – zu verbessern. Positiv hervorzuheben bleibt, dass sich die Umstellung auf Terminbetrieb bei der Ausländerbehörde bewährt hat.

In der Entwicklung ist derzeit ein so genanntes Welcome Center auf Landesebene. Es soll helfen, das „Matching“ zwischen Unternehmen und ausländischen Fachkräften zu organisieren und die Zuwanderung insbesondere von Hochqualifizierten ins Saarland zu steuern. Ein Konzept liegt noch nicht vor.

Die Idee einer „Willkommenskultur“ war bereits Bestandteil des Saarbrücker Integrationskonzepts von 2007. Seit Beginn der Fachkräftediskussion ist „Willkommens- und Anerkennungskultur“ in aller Munde. Allerdings ist hierzu kritisch anzumerken, dass es nicht vertretbar ist, eine Willkommenskultur nur für hochqualifizierte Fachkräfte zu etablieren. Sie muss Ausdruck einer Grundhaltung sein, die Menschen nicht nach ihrer vermeintlichen Nützlichkeit für eine Gesellschaft bewertet. So soll dieser Begriff in Saarbrücken auch weiterhin verstanden werden.

2 Migration und Arbeitsmarkt

Beitrag von Wolfgang Vogt, IQ-Netzwerk Saarland

Auf den eigenen Beinen stehen, selbst für sich und die Familie zu sorgen, sich etwas aufbauen in der Fremde – wer hier im Saarland ankommt, aus welchen Gründen auch immer, freiwillig oder unfreiwillig, der vertraut darauf, das Leben mit eigener Kraft zu meistern. Dazu sind viele Anstrengungen in allen Lebensbereichen notwendig, und die Attraktivität als Einwanderungsland bemisst sich daran, wie offen jeder dieser Bereiche gestaltet ist. Das ist eine Aufgabe, die nur von allen gemeinsam, von den hier Lebenden und denen, die dazu kommen, gelöst werden kann.

Arbeit ist einer dieser zentralen Lebensbereiche, und zwar eine Arbeit, die langfristig den eigenen Lebensunterhalt sichert, die den eigenen Fähigkeiten entspricht und die Sinn stiftet. Das gelingt selten ohne Unterstützung, denn es braucht viel Wissen und viele Kontakte (sprich: Sozialkapital), um sich auf dem hiesigen Arbeitsmarkt erfolgreich bewegen zu können. Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, Anerkennung, Unternehmen, Gepflogenheiten in der Branche, Bewerbung, Deutschkenntnisse, Arbeitsvertrag, Sozialversicherung, Steuern, Altersvorsorge, Selbstständigkeit, Betreuung der Kinder, Öffentlicher Nahverkehr, Wohnen - all das sind Themen, mit denen sich Menschen auseinandersetzen müssen, die neu hier leben und eine Arbeit suchen. Und: Sie erleben - oft genug über mehrere Generationen hinweg - Diskriminierung, werden benachteiligt und von der Teilhabe an gesellschaftlichen Lebensbereichen ausgeschlossen.

In den letzten Jahren ist sehr viel passiert in diesem Sektor, viele Akteure haben sich bewegt, die Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt haben sich verändert, neue Gruppen wandern ein. Im Folgenden wird der Versuch unternommen, für ausgewählte Fragestellungen eine erste Bilanz zu ziehen und dabei die letzten fünf Jahre in den Blick zu nehmen.

Internationale Studierende

- + Die **aufenthalts- und arbeitsrechtliche Situation** hat sich laufend verbessert, aktuell wurde zum 1. Juli 2013 eine neue Beschäftigungsverordnung verabschiedet. Der Zugang zum Arbeitsmarkt für Absolvent_innen wurde erleichtert.
- + Die Förderung der Beschäftigung von ausländischen Absolvent_innen ist inzwischen erklärte **Geschäftspolitik** der Bundesagentur für Arbeit, die auch von der hiesigen Regionaldirektion nachvollzogen wird.
- + Die Landeshauptstadt Saarbrücken hat im Berichtszeitraum regelmäßig einmal jährlich **Infoveranstaltungen für ausländische Studierende** veranstaltet. Gemeinsam mit dem Hochschulteam der Agentur für Arbeit Saarland, Partnerorganisationen an den Hochschulen, Ausländerbehörde, IQ Netzwerk Saarland und saarländischen Unternehmen wurde über die Möglichkeiten und Wege einer Beschäftigung nach Studienabschluss informiert und beraten. Jahr für Jahr haben rund 80 Studierende an den Veranstaltungen teilgenommen.
- Aufgrund von Sparbeschlüssen hat die Agentur für Arbeit Saarland ihr **eigenständiges Hochschulteam abgeschafft** und damit auch ihre Schlagkraft in diesem Themenbereich geschwächt. Das erschwert die Beratungsarbeit und über Jahre gewachsene Strukturen könnten zerstört werden.
- Nach wie vor lässt sich ein hohes **Informationsdefizit** feststellen sowohl bei Studierenden als auch bei Unternehmen. Hartnäckig hält sich das Vorurteil, dass der Weg zu einer Beschäftigung für diesen Personenkreis sehr schwierig ist, so dass viele diese

Perspektive für sich erst gar nicht entwickeln. Insgesamt lässt sich an den Hochschulen – abgesehen von den spezialisierten Einrichtungen wie dem International Office – ein nach wie vor eher **geringes Interesse** an dieser Thematik feststellen.

Fazit: Die rechtlichen Rahmenbedingungen haben sich deutlich verbessert und stellen auch für Drittstaatsangehörige keine unüberwindbaren Hürden mehr dar. Was fehlt, ist eine breite Information sowie eine erkennbareres Engagement der Hochschulen und der Unternehmen.

Existenzgründung

- + Der Gründungslotse für Migrant_innen, der im Rahmen des IQ Netzwerks Saarland etabliert wurde, hat das Netzwerk der Saarland Offensive für Gründer_innen (SOG) bereichert und unterstützt die Berater_innen dabei, deren Angebote für Migrant_innen zu öffnen.
- + Gerade die Wirtschaftsförderer haben die Impulse des Lotsen aufgenommen. Insbesondere die Wirtschaftsförderung des LHS SB und des Regionalverbandes SB arbeiten eng und erfolgreich mit dem Lotsen zusammen, so dass eine Reihe konkreter Gründungsvorhaben realisiert werden konnten.
- + Durch die kontinuierliche Gründungsberatung im IQ Gründungsbüro und die Aktivitäten des Gründungslotsen für Migrant_innen werden die Unterstützungsangebot im SOG-Netzwerk von Migrant_innen verstärkt wahrgenommen und nachgefragt.
- + Entgegen dem allgemeinen Trend zurückgehender Gründungszahlen steigt der Anteil von Migrant_innen, die sich selbstständig machen, weiter an. Die Gründungen erstrecken sich zunehmend über alle Branchen.
- Nach wie vor sind Gründer_innen mit Migrationshintergrund mit Vorurteilen und Diskriminierungen konfrontiert, die ihre Vorhaben erschweren. Dazu gehören auch eigene Vorurteile gegenüber Institutionen.
- Die spezifische Gründungsberatung für Migrant_innen, durch das Diakonische Werk an der Saar in Malstatt aufgebaut im Rahmen eines XENOS-Projektes und von IQ fortgeführt, ist nach wie vor projektfinanziert, obwohl sich ihr Nutzen längst unstreitig gezeigt hat, um Zugänge zu den Regelangeboten zu schaffen.
- Mit den Gründungen steigt auch der Anteil von Migrant_innen an Insolvenzen. Dies zeigt, dass auch nach der Gründung eine intensive Begleitung hilfreich wäre, um die Gründungen zu stabilisieren.

Fazit: In den letzten fünf Jahren wurden die Migrant_innen zunehmend auch von der Politik als Gründer_innen entdeckt, der Gründungslotse für Migrant_innen ist eine fester Bestandteil der Saarland Offensive für Gründer. Auf der Basis der guten und intensiven Zusammenarbeit der Wirtschaftsförderung von Stadt und Regionalverband mit dem Gründungslotsen für Migrant_innen stellt sich die Frage, inwieweit die Etablierung eines Gründungszentrum ein nächster Schritt sein könnte, um das Gründungsgeschehen noch intensiver zu fördern.

Fachkräfte aus dem Ausland aktiv anwerben

Über die seit Jahren angeworbenen Saisonkräfte hinaus erweitert sich - durch die größer gewordene Arbeitskräftemobilität im EU-Raum und den zunehmenden Fachkräftemangel – die Anwerbung von Ausländer_innen auf immer mehr Branchen und auf längerfristige Perspektiven. Allerdings sind auch die negativen Begleiterscheinung mehr geworden: Menschenhandel, Arbeitsausbeutung, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und das Auflösen von Familienstrukturen in den Herkunftsländern. In Saarbrücken finden sich alle Formen dieser neuen Ar-

beitsmigration. Sie stellen die Stadt vor große Herausforderungen im Umgang mit den zunehmenden sozialen und ökonomischen Ungleichheiten. Antworten müssen hier in allen Politikbereichen gefunden werden, nicht nur in der Arbeitsmarktpolitik.

- + Aktivitäten auf Bundesebene: Die Bundesagentur für Arbeit schließt immer mehr Anwerbeabkommen und Kooperationsverträge mit europäischen und außereuropäischen Ländern ab.
- + Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales legt mit „MobiPro EU“ (www.thejobofmylife.de) ein Programm auf, das jungen Leuten aus dem europäischen Ausland den Zugang zu hiesigen Ausbildungsplätzen erleichtern soll sowie junge Fachkräfte (bis 35 Jahren) in sogenannten Mangelberufen dabei unterstützt, beruflich hier Fuß zu fassen.
- + Wir beobachten auch bei Saarländischen Einrichtungen zunehmend eine gezielte Anwerbung im Ausland im Bereich der Gesundheits- und Pflegeberufe. Erste Deutschkurse speziell für Mediziner_innen wurden durchgeführt.
- Arbeitsausbeutung und Menschenhandel zeigen sich auch in Saarbrücken, und zwar:
 - nach wie vor bei Rund-um-die-Uhr-Betreuung von Senior_innen zu Hause („Polinnen“), wobei es hier eine große Bandbreite von annähernd legalen bis vollständig illegalen Beschäftigungsverhältnissen gibt
 - bei (Schein-)Selbstständigen am Bau
 - mit prekären Arbeitsverhältnissen bis hin zu Menschenhandel bei Sub-Subunternehmen
 - nach wie vor beim Menschenhandel im Bereich der (Zwangs-)Prostitution
- Es gibt erste Anzeichen, dass Arbeitgeber einem Trend folgen, lieber Fachkräfte aus dem Ausland anzuwerben als die vorhandenen Ressourcen im Land zu aktivieren
- Zu einem Trend könnte sich auch entwickeln, eine Willkommenskultur nur für hochqualifizierte Fachkräfte als Migant_innen erster Klasse zu etablieren und für alle anderen Abschreckungsmaßnahmen vorzuhalten

Fazit: Eine integrative städtische Willkommenskultur muss alle im Blick haben und es schaffen, über die Unterschiede hinweg ein stabiles Wir-Gefühl zu fördern, das für alle Saarbrückerinnen und Saarbrücker gilt, unabhängig von ihrer sozialen und wirtschaftlichen Situation, ihrer Herkunft und ihrer Religionszugehörigkeit. Der Arbeitsmarkt kann dafür einer der zentralen Lebensbereiche sein.

Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen

In wohl kaum einen Bereich hat sich hier im Saarland und speziell in Saarbrücken so viel getan wie bei der Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen. Das Thema wurde bereits 2008 im Rahmen eines SIMA-Forums (SIMA steht dabei für die Saarbrücker bzw. Saarländische Initiative Migration und Arbeitswelt, die entscheidend von der Landeshauptstadt mit gegründet wurde) intensiv diskutiert und 2009 wurde als bundesweites Modell eine „Service-stelle für die Erschließung von ausländischen Qualifikationen“ in Saarbrücken eingerichtet. Zum 1. April 2012 ist das Anerkennungsgesetz auf Bundesebene in Kraft getreten, das Saarländische Gesetz folgte zum 1. Dezember 2012 als eines der ersten Landesgesetze dank des großen Engagements der Integrationsabteilung im Saarländischen Sozialministerium als koordinierendem Ressort. Momentan hat das Ressort eine Arbeitsgruppe einberufen, die eine umfassende Leitlinie zur flächendeckenden Anerkennungsberatung formulieren soll. Das IQ Landesnetzwerk begleitet darüber hinaus die Umsetzung des Anerkennungsgesetzes seit 2012 mit zurzeit 11 Kooperationspartnern aus dem ganzen Saarland.

- + Servicestelle berät seit 2009 Anerkennungssuchende mit großem Erfolg

- + Bundesgesetz bringt Rechtsanspruch auf Gleichwertigkeitsprüfung unabhängig von der Herkunft
- + BQFG (Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz) Saarland seit 1. Dezember 2012 in Kraft
- Die Undurchschaubarkeit der Anerkennungsregelungen ist geblieben, eine intensive einzelfallbezogene Beratung bleibt unverzichtbar
- Viele Arbeitgeber scheuen sich immer noch davor, Menschen mit ausländischen Abschlüssen einzustellen

Fazit: Die gesetzlichen Regelungen haben sich deutlich verbessert, jetzt geht es darum, die Umsetzung möglichst rasch voran zu bringen und die Unternehmen dazu verstärkt mit ins Boot zu bekommen.

Arbeitsmarktchancen aus Sicht von Migrant_innen

- + Am eindeutigsten zeigt sich der verbesserte Arbeitsmarktzugang von Migrant_innen an der Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVB): Während die Anzahl der SVB mit deutscher Staatsangehörigkeit von 2007 bis 2012 um 6,9 % anstieg, wuchs sie bei den Ausländer_innen um 19,4 % (Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Stand 31.12.2012, Stichtag jeweils 30.6.). Damit ist der Abstand zwischen Deutschen und Ausländer_innen bezogen auf die Quote der SVB deutlich geringer geworden.
- Im Bereich der Arbeitslosigkeit zeigt sich für die Migrant_innen, die in Saarbrücken leben, ein uneinheitliches Bild: Nach einer Übersicht des Amtes für Statistik ist der Anteil an Arbeitslosen bezogen auf die Gesamtbevölkerung sowohl bei Deutschen als auch bei Ausländern³⁴ leicht gesunken. Dabei hat sich der Abstand zwischen den beiden Gruppen verringert. Auffällig ist, dass die Jugendarbeitslosigkeit ausländische Jugendliche weniger trifft, und das kontinuierlich seit 2008. Dagegen ist der Anteil von Arbeitslosigkeit betroffener Personen über 50 Jahre bei Ausländer_innen in Saarbrücken deutlich gestiegen. Für die 23 % Kunden mit Migrationshintergrund stellt das Jobcenter Saarbrücken fest, dass für sie „ein überdurchschnittliches Arbeitslosigkeitsrisiko zu beobachten [ist]. Die Gründe [...] sind wohl im erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt und in den individuellen, komplexen Integrationshemmnissen zu sehen.“³⁵
- + Insgesamt ist ein Mehr an Zuwanderung insbesondere aus EU-Staaten zu verzeichnen, die zu einem positiven Wanderungssaldo führt. Diese Zuwanderung ist auch auf dem Arbeitsmarkt angekommen.
- Zugleich stieg aber auch der Anteil von EU-Bürger_innen an den Arbeitslosen.
- + Insgesamt ging die Langzeitarbeitslosigkeit deutlich zurück.
- Gleichzeitig haben sich jedoch die Arbeitsmarktchancen von Langzeitarbeitslosen (LZA) verschlechtert. Hauptrisikofaktoren sind nach wie vor ein fehlender Berufsabschluss sowie ein hohes Lebensalter (Quelle: Der Arbeitsmarkt in Deutschland. Arbeitsmarktberichterstattung – Mai 2012. Bundesagentur für Arbeit) Beide Merkmale treffen auch zu einem großen Teil auf langzeitarbeitslose Migrant_innen zu, wie auch der Bericht des Jobcenters Saarbrücken³⁶ vom Jahresanfang 2013 zeigt. Die Gruppe

³⁴ Migrationshintergrund wird in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit erst seit 2012 als Merkmal erfasst

³⁵ Jobcenter im Regionalverband Saarbrücken, 2013: Jahresbeginn 2013: Kurz-Info des Jobcenters Saarbrücken

³⁶ ebenda

der Langzeitarbeitslosen wird insgesamt immer weiter „abgehängt“; vor diesem Hintergrund bereitet die Verringerung der Mittel für Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen beim Jobcenter SB besondere Sorge.

Fazit: Der starke Anstieg sozialversicherungspflichtig Beschäftigter Ausländer_innen unterstreicht einen insgesamt positiven Trend am Arbeitsmarkt. Das gilt aber nicht für alle Gruppierungen. Insbesondere Langzeitarbeitslose werden immer weiter abgekoppelt, der Rückgang der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik wird diesen Trend wahrscheinlich noch verstärken. Die Folgen dieses Trends sind in den Stadtteilen spürbar. Am Beispiel der Stadtteilwerkstatt Malstatt wird deutlich, dass die Unterstützung für diese Gruppe im Sozialraum angesiedelt sein sollte und einen langen Atem braucht. Die Initiative von Landeshauptstadt, Gemeinwesenarbeit, Diakonie und Netzwerk IQ hat ein offenes, niederschwelliges Angebot geschaffen, bei dem sich Menschen in einer vertrauensvollen Umgebung an ihren Fähigkeiten ausprobieren und so neue Perspektiven für Tätigsein und Beruf gewinnen können.

Kommunale Arbeitsmarktförderung

Eines der zentralen Elemente kommunaler Arbeitsmarktpolitik sind Beschäftigungsmaßnahmen. Während die Qualität dieser Maßnahmen bei der LHS insgesamt gestiegen ist, geht die Quantität dramatisch zurück, da sich die Bundesagentur für Arbeit mehr und mehr aus der Finanzierung zurückzieht. Das trifft auch jene Gruppe der Migrant_innen, die seit mehreren Jahren arbeitslos sind und für die die Perspektiven auf eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt in immer weitere Ferne rücken. Das Programm „Bürgerarbeit“, als Einstieg in die Schaffung eines „dritten Arbeitsmarktes“ apostrophiert, kann diesen Erwartungen letztendlich nicht gerecht werden. Trotz einer erfreulich langen Laufzeit von bis zu drei Jahren enden auch diese Maßnahmen und schaffen eben auch keinen dauerhaften dritten Arbeitsmarkt für den Personenkreis, für den es auf absehbare Zeit kein Zurück in den ersten Arbeitsmarkt gibt. Dieses Phänomen betrifft auch eine Gruppe von Migrant_innen der ersten Generation, die unverschuldet ihre Arbeit verloren haben und keine Chancen haben, wieder eine Beschäftigung zu finden.

- + Ein Beispiel für den gelungenen Einsatz von Beschäftigungsmaßnahmen ist das Vorhaben „Grüne Insel Kirchberg“. Das Jobcenter, die Landeshauptstadt mit den beteiligten Ämtern sowie die Akteure im Stadtteil Malstatt (Vereine, Kirchengemeinden, Initiativen) einschließlich der dortigen Gemeinwesenprojekte haben bei der Entwicklung dieses städtischen Raums zusammengearbeitet und Bewohner_innen (mit und ohne Migrationshintergrund) haben die Chance ergriffen und im Rahmen von Bürgerarbeit an der Gestaltung des Kirchberggeländes aktiv mitgearbeitet.
- + Eine besondere Strategie zur Arbeitsmarktintegration verfolgt die LHS mit der gezielten Unterstützung von Einsatzchancen für Sprachmittler_innen, Kulturmittler_innen und Bildungsbeauftragte. Hier hat es das Zuwanderungs- und Integrationsbüro teilweise geschafft, in Einrichtungen und Dienststellen das Bewusstsein zu schärfen, dass der Einsatz der Mittler_innen eine Leistung ist, die unabdingbar ist, um allen Bürger_innen den Zugang zu städtischen sowie anderen öffentlichen Diensten und Einrichtungen zu ermöglichen und folglich auch entlohnt werden muss. Ein Anfang ist dort gemacht, weitere Aktivitäten bleiben aber – vor dem Hintergrund der Sparanstrengungen – notwendig, um diese ersten Erfolge zu sichern.

Gesamteinschätzung und Empfehlungen

- ✓ Neben dem Zugang zu Bildung ist der Arbeitsmarkt der zentrale Lebensbereich, über den die Integration rasch und zuverlässig gelingen kann. Umso wichtiger ist es, dass alle Gruppen die Chance haben, eine Arbeit aufnehmen zu können. Von daher ist es zu begrüßen, dass die rechtlichen Zugangshindernisse zum Arbeitsmarkt nach und nach beseitigt werden. Dabei sind Ausländische Studierende genau so im Fokus wie Flüchtlinge und Asylbewerber_innen.
- ✓ Faire Arbeitsbedingungen sollten eine Selbstverständlichkeit sein, egal ob die Beschäftigten aus dem In- oder Ausland kommen. So lange das nicht der Fall ist, gilt es, aufmerksam zu bleiben und die Rahmenbedingungen gerade bei Neuzuwandernden im Auge zu behalten.
- ✓ Willkommenskultur ist etwas, das langsam wachsen muss und bei dem alle Bevölkerungsgruppen dabei sein sollten: Einheimische und Neubürger_innen, Hochqualifizierte und Ungelernte, Angeworbene und alle anderen, die kommen. Es gilt, die Ängste und Befürchtungen aller Beteiligten ernst zu nehmen, die einem „Willkommen“ entgegenstehen, und eine gemeinsame positive Perspektive für alle aufzubauen.
- ✓ Arbeitgeber_innen entscheiden letztendlich darüber, wer eine Arbeit bekommt und wer nicht. Besonders die kleinen und mittleren Unternehmen sind darin zu unterstützen, sich auf einen heterogeneren, manchmal auch unbequemerem Arbeitsmarkt einzulassen und die Vielfalt als Chance für sich im Wettbewerb um Fachkräfte zu nutzen.
- ✓ Arbeitsmarktintegration ist nicht alles und gesellschaftliche Teilhabe heißt, an der Gestaltung des Zusammenlebens auf allen Ebenen mitzuwirken und allen Bürger_innen als Individuen mit Wertschätzung zu begegnen.
- ✓ Eine neue Herausforderung, deren Dimension noch nicht abzuschätzen ist, stellt für Saarbrücken wie viele andere Städte und Kommunen auch die innereuropäische Wanderung im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit dar. Problematisch daran ist, dass drastische sozioökonomische und sozialpolitische Unterschiede in Europa hier bei den Städten und Kommunen ankommen können, ohne dass es dafür Instrumente oder gar ein von allen beteiligten Stellen abgestimmtes Konzept gibt. Hier muss dringend konzeptionell gearbeitet werden, sonst drohen soziale Verwerfungen und neue Diskriminierungen.

3 Erfahrungen von Diskriminierung und von Solidarität

Diskriminierung ist eine ungerechtfertigte unterschiedliche Behandlung von Menschen, die Einzelne bzw. bestimmte Gruppen herabsetzt. Diskriminierende Rede schafft Ungleichheit, sie unterbricht die Kommunikation auf Augenhöhe und macht sprachlos. Wer wiederholt Diskriminierung erfährt, gerät in eine Spirale von Abwertung, Ausgrenzung, Stigmatisierung, die zu Rückzug, Isolation und Depression oder Aggression führen. Auf Diskriminierung reagie-

ren, heißt: die Gefühle der betroffenen Person ernst nehmen und handlungsfähig machen, für den diskriminierenden Vorfall Worte finden, ein qualifiziertes Beratungsangebot unterbreiten.³⁷

Aufbau von Beratungsstrukturen für Opfer von Diskriminierung kommt voran

Mit der Einrichtung der Beratungsstelle für Opfer von Diskriminierung und rechter Gewalt im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Saarlandes 2009³⁸ besteht erstmals eine zentrale Anlaufstelle für Opfer von Diskriminierung, die merkmalübergreifend berät und über die notwendige juristische Kompetenz verfügt, um abzuwägen, in welchen Fällen auch rechtliche Schritte angezeigt sind (Arbeitsrecht, Zivilrecht, Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz etc.).

Seit 2009 haben sich die Beratungs- und Präventionsstrukturen in Bezug auf Diskriminierung und rechte Gewalt im Saarland erheblich verbessert. Zum einen konnte über das Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ ein Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus im Saarland aufgebaut werden, in das auch die o.g. Opferberatungsstelle eingebunden ist; es berät und interveniert bei rechtsextremistischen Vorfällen und Problemen. Ebenfalls aus TFKS-Mitteln finanziert sind die Lokalen Aktionspläne, über die Präventionsprojekte bei gemeinnützigen Trägern finanziert werden können (in Saarbrücken federführend durch das ZIB koordiniert).

Zum anderen hat sich auf Initiative des bfw – in Person von Karin Meißner – das Antidiskriminierungsforum Saar entwickelt und mittlerweile als eingetragener Verein etabliert. Diesem Forum gehören sowohl Vereine als auch öffentliche Institutionen - auch die LHS - an. Die Besonderheit: Es vertritt einen so genannten „horizontalen Ansatz“, d.h. es arbeitet zielgruppenübergreifend am Thema Diskriminierung (aufgrund von Herkunft, Alter, Geschlecht, sexueller Identität etc.), und arbeitet mit seinem Beratungsnetzwerk gegen Diskriminierung eng mit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und anderen regionalen Antidiskriminierungsnetzwerken zusammen. Allerdings ist die Finanzierung all dieser neuen Beratungsstrukturen nicht dauerhaft gesichert: Die Bundesprogramme müssen immer wieder neu aufgelegt werden, und ergänzende Landes- oder kommunale Mittel stehen derzeit nicht in Sicht.

Diskriminierungserfahrungen

Im Zusammenhang mit der Implementierung des Bundesprogramms TFKS bei der Landeshauptstadt Saarbrücken wurde das Adolf-Bender-Zentrum mit der Erstellung einer Situationsanalyse beauftragt. Es hat daraufhin herausgearbeitet, welchen besonderen Handlungsbedarf es bei der Bekämpfung von Diskriminierung in Saarbrücken gibt. Auf der Grundlage dieser Ergebnisse wurden als Schwerpunktthemen und Ziele für den Lokalen Aktionsplan definiert: Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus, Alltagsdiskriminierung, Islamophobie, Homophobie und Antiziganismus.

Die Palette der individuellen Diskriminierungserfahrungen ist groß, wie ein Blick auf nur wenige, aus der Opferberatung berichteten Fälle zeigt:

³⁷ Angelehnt an den Vortrag von Christina Giannoulis bei der Fortbildung „Strategien gegen Diskriminierung und Rassismus“ für Auszubildende bei der LHS 2012

³⁸ Im Rahmen des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“

- „Schwarzer wird des Öfteren in der Öffentlichkeit gekränkt und diskriminiert. Starke Frustration und Verlust des Systemvertrauens.“
- „Flüchtling mit unsicherem Aufenthaltsstatus wird in der Nachbarschaft diskriminiert.“
- „Spieler eines interkulturellen Fußballvereins beschwert sich über ständige Beleidigungen und rassistische Beschimpfungen seitens gegnerischer Spieler. Er hat bei der Polizei Anzeige erstattet.“
- „Betroffener äußert Verdacht der Diskriminierung bei der Wohnungssuche aufgrund seines Migrationshintergrunds und der Zugehörigkeit zu einer sozial benachteiligten Gruppe (Hartz-IV-Empfänger).“
- „Mitglied einer ethnischen Minderheit beschwert sich über Diskriminierung wegen seiner Herkunft bei Kreditvergabe.“

Eine systematische Erfassung von Diskriminierungserfahrungen quer über alle Beratungsstellen, die in unterschiedlicher Weise damit befasst sind, gestaltet sich derzeit noch schwierig. Das Antidiskriminierungsforum will an diesem Thema verstärkt arbeiten.

Öffentlich ausgetragen wurde die Diskussion um die Einrichtung des Angebots „Frauenschwimmen“ im Alsbachbad Altenkessel. Dabei kam es zu erheblichen Entgleisungen: einem „shit storm“ im Internet gegenüber den Veranstaltern, persönlichen Anfeindungen der (überwiegend muslimischen) Teilnehmerinnen im und vor dem Schwimmbad selbst, einer Instrumentalisierung des Themas durch die NPD und andere rechtsextrem gesinnte Personen. Auch die lokalen Medien spielten in diesem Zusammenhang keine rühmliche Rolle.

Solidarität

Den negativen Erfahrungen von Diskriminierung und Rassismus stehen wiederum nicht zu vernachlässigende positive Erfahrungen von Solidarität gegenüber. So haben die Proteste gegen das Frauenschwimmen zu einer großen Solidaritätsbekundung insbesondere von Frauennetzwerken, aber auch anderen Gruppen und Personen geführt, die sowohl vor Ort ihre Unterstützung haben spürbar werden lassen, als auch sich später in der Aufarbeitung der Ereignisse engagiert haben: vom Saarländischen Journalistenverband, der sich in Veranstaltungen zum Thema „Migration und Medien“ hat einbinden lassen, über zahlreiche Institutionen, die sich an der fachlichen Auseinandersetzung über „Migration – Religion – Gender“³⁹ beteiligt haben, bis hin zur Ev. Kirchengemeinde in Altenkessel, die mit einem interkulturellen Nachmittag ein Zeichen der Verbundenheit mit den eingewanderten Menschen im Stadtteil gesetzt hat. Eine andere, sehr konkrete Form von Solidarität erfahren Migrantinnen und Migranten in verschiedenen Patenschafts- und Mentoringprojekten. Dazu gehören Lesepat_innen und Sprachpat_innen bei unterschiedlichen Trägern (Caritas, Deutsches Rotes Kreuz etc.), aber auch Mentorinnen und Mentoren. Ein Mentoringprojekt für Jugendliche führt das Diakonische Werk durch. Ein besonders vielversprechendes Projekt ist das MiNET – Mentoringnetzwerk für Migrantinnen in Trägerschaft der FrauenGenderBibliothek Saar. Es basiert auf dem Vorbild eines vergleichbaren Projektes in Dänemark, und arbeitet mit dessen Konzept und Instrumenten. Rund 60 Teilnehmerinnen sind – als Mentorin oder Mentee – bereits Teil des Netzwerks. Als Mentorinnen konnten nicht nur Deutsche, sondern auch „etablierte“ Migrantinnen unterschiedlichster Berufsgruppen gewonnen werden. Das Projekt hat schon viel öf-

³⁹ Im Rahmen einer Interventionsmaßnahme des Saarländischen Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus, die die LHS angeregt und die HTW/GIM umgesetzt hat.

fentliche und mediale Beachtung gefunden, ist allerdings finanziell noch nicht dauerhaft abgesichert.

Auch in anderen Bereichen drückt sich Solidarität in Form von ehrenamtlichem Engagement aus: in den jüngsten Fällen von Kirchenasyl für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge oder sonstigem, oft sehr „stillem“ Ehrenamt etwa durch Hausaufgabenhilfe, in der Nachbarschaftshilfe für Familien mit Unterstützungsbedarf oder im neuen Ehrenamtnetzwerk für Flüchtlinge ANKOMMEN in Saarbrücken (LAG Pro Ehrenamt).

4. Gesellschaftliche und politische Teilhabe

Politische Partizipation

Eine Studie⁴⁰, die die HTW im Auftrag des Integrationsbeirates 2013 durchgeführt hat, hat keinen Zweifel daran gelassen, dass es um die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten an den politischen Parteien in Saarbrücken bislang schlecht bestellt ist. In der zurückliegenden Legislaturperiode gab es keine/n Stadtverordnete/n mit Migrationshintergrund; lediglich im Bezirksrat gab es einige wenige Mandatsträger_innen mit ausländischen Wurzeln. Bei den Parteien erreicht die LINKE den höchsten Wert mit 1,4 % Mitgliedern mit Migrationshintergrund. Bei allen anderen liegt der Anteil unter 0,5 %.

Die Studie und auch eine daran anschließende Fachveranstaltung des Integrationsbeirates am 6. November 2013⁴¹ haben ein deutliches „Mismatching“ zwischen den Erwartungen auf beiden Seiten gezeigt: Migrant_innen erwarten eine stärkere Willkommenskultur und Aufforderung zum Mitmachen durch die Parteien; die Parteien warten ihrerseits meist darauf, dass die Migrant_innen aktiv auf sie zukommen.

Die Studie hat einige Empfehlungen formuliert. Mit Blick auf die Kommunalwahlen 2014 konnten nun auch deutliche Aktivitäten auf beiden Seiten verzeichnet werden: sowohl was die Einbindung von Migrant_innen in die Parteien angeht, als auch die selbstbewusste Bildung einer eigenen Migrantenliste für die Stadtratswahl.

Daneben sind in den letzten Jahren bundesweit die Forderungen nach einem kommunalen Wahlrecht für Drittstaatsangehörige wieder lauter zu vernehmen. Auf Initiative des Integrationsbeirates hat auch der Saarbrücker Stadtrat eine entsprechende Resolution am 21.6.11 verabschiedet.

2009 löste der Integrationsbeirat den bisherigen Ausländerbeirat ab. Vergleicht man die Arbeit dieses Gremiums nach altem und neuem Muster, lässt sich einerseits eine große Kontinuität feststellen. An der Aufgabenstellung hat sich schließlich nichts geändert – auch wenn der neue Titel dies zu suggerieren scheint. Der Integrationsbeirat vertritt, ebenso wie früher der Ausländerbeirat, die Interessen der Menschen mit ausländischem Pass auf kommunalpolitischer Ebene. Andererseits vollzog sich mit der Änderung des § 50 Kommunalselfverwaltungsgesetz (KSVG) ein wichtiger Einschnitt, was die Zusammensetzung des Gremiums betrifft. Wurden vorher fünfzehn ausländische Mitglieder am Wahltag gewählt, sind es jetzt nur noch zehn. Der Beirat wird anschließend um fünf Vertreterinnen und Vertreter der Stadtratsfraktionen ergänzt. In der zu Ende gehenden Legislaturperiode hatten die fünfzehn Mitglieder Gelegenheit, erste Erfahrungen mit diesem Modell zu sammeln.

Die neue Zusammensetzung hat durchaus spürbare Veränderungen in der Arbeitsweise des Beirates mit sich gebracht. Ganz sicher hat es sich positiv ausgewirkt, dass deutsche und zugewanderte Politikvertreterinnen und –vertreter gleichberechtigt am Tisch sitzen und die anstehenden Themen gemeinsam beraten. Das ist ein Gewinn für die Diskussionskultur und eine Normalisierung, was das Gespräch auf Augenhöhe angeht. Zugleich konnte man während der

⁴⁰ Studie „Migrant_innen machen Politik: Untersuchung zur Vielfalt in der Saarbrücker Kommunalpolitik“, Auftraggeber und Hrsg.: Integrationsbeirat Saarbrücken, durchgeführt von der Forschungs- und Transferstelle Gesellschaftliche Integration und Migration (GIM), Fakultät für Sozialwissenschaften, HTW des Saarlandes, Saarbrücken 2012, www.saarbruecken.de/integrationsbeirat

⁴¹ Dokumentation der Fachveranstaltung „Politische Teilhabe – Wunsch oder Realität?“ unter www.saarbruecken.de/integrationsbeirat

zurückliegenden viereinhalb Jahre aber auch bemerken, dass es durchaus unterschiedliche Erwartungen und Vorstellungen vom Miteinander im Integrationsbeirat gab: Für die ausländischen Mitglieder stand eher das gleichberechtigte Mitmischen in der Kommunalpolitik als Ausdruck ihrer selbstbewussten, politischen Partizipation im Vordergrund, während bei den anderen der Fokus stärker auf klassischen Integrationsthemen lag. Partizipation oder Integration? Das sind zwei unterschiedliche Perspektiven, die zu durchaus unterschiedlichen Strategien und Entscheidungen führen können.

So positiv man das einträchtige Miteinander der zwei neuen „Lager“ im Integrationsbeirat bewerten kann – im Vergleich zur früheren Form des Ausländerbeirats hat dieses neue Gremium vielleicht auch ein wenig an Biss verloren. Es wird erkennbar weniger um Positionen und Zugeständnisse gerungen. Während früher auch „unbequeme“ Beschlussvorlagen vom Integrationsbeirat in den Stadtrat eingespielt wurden, findet der Aushandlungsprozess nun bereits im Vorfeld der politischen Diskussion in den Ausschüssen statt. Hatte der Ausländerbeirat in gewisser Weise noch eine oppositionelle Funktion, so ist der Integrationsbeirat nun durch seine strukturelle Verflechtung mit den Stadtratsfraktionen ein Teil des Systems. Das ist nichts Schlechtes – aber es ist etwas anderes.

Bürgerbeteiligung

Im Bereich der Bürgerbeteiligung ist bei Stadtverwaltung und Akteuren vor Ort das Bewusstsein in den letzten Jahren deutlich gestiegen, dass es besserer Strategien bedarf, um Migrant_innen zu erreichen. Als vielversprechende Strategie hat sich das Community Organizing erwiesen, das im Rahmen des Projekts „Malstatt gemeinsam stark“ erprobt wurde, weil hier die Beziehungsarbeit und die langfristig angelegten persönlichen Kontakte im Vordergrund stehen – wengleich sich auch hier gezeigt hat, dass es eines langen Atems bedarf, um Menschen, die bislang wenig Erfahrung mit Bürgerbeteiligung haben, aus der Reserve zu locken. Dennoch entwickelt sich ganz allmählich eine aktivere Beteiligungskultur. So gelingt es zunehmend, Migrant_innen in Stadtteilkonferenzen und Workshops einzubinden. Es bleibt jedoch die nüchterne Erkenntnis, dass insbesondere Menschen, die zuvorderst mit der eigenen Existenzsicherung beschäftigt sind, nicht unbedingt diejenigen sind, die sich aktiv in die Entwicklung des Stadtteils oder ähnliche Aktivitäten einbringen. Das wiederum ist keine Frage des Migrationshintergrunds.

Interessante Einblicke unter dem Gesichtspunkt der Beteiligung und des Interesses an der Gestaltung des Gemeinwesens gab die SZ-Serie über neu eingebürgerte Saarbrückerinnen und Saarbrücker, die das ZIB in einer Ausstellung zusammengefasst hat. In diesen „Einbürgerungsgeschichten“ wiederholt sich der Wunsch, politisch und gesellschaft mitzubestimmen.

Zum – vielfach unterschätzten - bürgerschaftlichen Engagement von Migrant_innen in Saarbrücken vgl. die Ausführungen im Kapitel III.5 (Selbstorganisation von Migrant_innen).

Staatsangehörigkeitswechsel 2000 - 2013 in Saarbrücken

(Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung)

Jahr	Staatsangehörigkeitswechsel						
	bei Geburt gemäß § 4 Abs. 3 StAG			von nicht-deutsch auf deutsch			von deutsch auf nicht- deutsch
				insg.	dar. durch Einbürge- rungsurkunde (§§ 8 - 10 STAG)		
	insg. ¹⁾	dar. in Sbr. geboren			abs.	in % von insg.	insg.
abs. ¹⁾		in % aller Geburten v. ausl. Eltern					
2000	97	77	28,1	730	516	70,7	29
2001	107	87	36,0	594	383	64,5	25
2002	105	98	43,8	515	367	71,3	31
2003	119	96	40,2	419	308	73,5	23
2004	103	92	35,2	526	420	79,8	23
2005	104	89	39,9	499	420	84,2	35
2006	117	103	45,6	429	345	80,4	20
2007	117	103	39,0	549	472	86,0	21
2008	113	92	40,5	571	519	90,9	21
2009	121	117	54,7	494	440	89,1	16
2010	101	92	41,3	527	432	82,0	15
2011	108	104	44,8	489	430	87,9	22
2012	106	99	45,4	456	447	98,0	31
2013	114	110	44,7	426	424	99,5	29
Insgesamt	1.532	1.359	41,0	7.224	5.923	82,0	341

Quelle: Melderegister

1) einschließlich der Anerkennung von Geburten aus Vorjahren und ohne Saarbrücker Geburten, die vor der Anerkennung verzogen sind

Quelle: Landeshauptstadt Saarbrücken, Amt für Entwicklungsplanung, Statistik und Wahlen, Stat.Info 1/2014

Wer sich einbürgern lässt, bekundet nachdrücklich, dass er/sie Teil haben will. Die Einbürgerungsentscheidung gilt – wegen der anzunehmenden Bleibeabsicht und der Inkaufnahme des aufwändigen Einbürgerungsverfahrens – gilt nicht umsonst als harter Indikator für Integration. Allerdings sollte Einbürgerung nicht als „Belohnung“ am Ende eines hürdenreichen Weges verstanden werden. Hilfreicher ist es, den Erwerb der Staatsbürgerschaft als motivierenden Schritt auf dem Weg zur vollständigen Teilhabe mit allen Rechten und Pflichten zu betrachten.

Die Einbürgerungszahlen sind in den letzten Jahren zurückgegangen. Vor diesem Hintergrund hat die Landeshauptstadt Saarbrücken im Jahr 2013 eine Einbürgerungskampagne durchge-

führt. Sie war Anlass für eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Themen Staatsbürgerschaft, aktiver Bürgerschaft und Teilhabe. Im Rahmen der Kampagne sind auch die „Stolpersteine“ auf dem Weg zur Einbürgerung deutlicher geworden. Inwiefern die Kampagne und die generellen Bemühungen der Stadt um eine Willkommenskultur für alle Zuwanderer zu höheren Einbürgerungszahlen führen wird, muss sich in den nächsten Jahren zeigen.

5 Selbstorganisation von Migrant_innen

Migrantenorganisationen sind unverzichtbare zivilgesellschaftliche Akteure: Sie sind Dialogpartner, Vermittler und Experten für bedarfsgerechte Ansätze. Sie verfügen über besondere Potenziale und Kompetenzen und fördern das Zusammenleben.

Außerdem „leisten sie einen Beitrag zur assoziativen Demokratie: Als freiwillige Vereinigungen bündeln sie individuelle Interessen ihrer Mitglieder, moderieren sie und machen sie in der Kommune aushandelbar; sie sind für ihre Mitglieder ‚Schulen der Demokratie‘; sie bieten Gelegenheiten zur Selbsthilfe und gegenseitigen Unterstützung; sie bilden eine Sphäre des (politischen) Aushandelns und des Kompromisses.“⁴²

Diese integrationsfördernde, Grenzen auflösende Funktion von Migrantenorganisationen wurde (und wird) nicht immer so gesehen. Das gängige Klischee lautet vielmehr: Migrantenvereine fördern die Formierung von abgeschotteten Parallelgesellschaften.

In Saarbrücken sind rund 30 Migrantenorganisationen aktiv. Für den Integrationsbericht fanden Telefoninterviews mit Vertreter_innen von 9 Vereinen⁴³ statt. In den Interviews ging es um die Situation der Vereine, um erfahrene (oder nicht erfahrene) Anerkennung und Wertschätzung, die persönliche Sicht der Befragten zur Entwicklung in Sachen Integration in Saarbrücken sowie um aktuelle Themen in den jeweiligen Communities. Die Ergebnisse der Befragung haben wir im Folgenden zusammengestellt.

„Was würde fehlen, wenn es Ihren Verein nicht gäbe?“

Die Migrantenvereine stellen sich vielfältigen Aufgaben. Sie haben dabei unterschiedliche Schwerpunkte: Kultur, Sport, Bildung, Qualifizierung, Soziales, Freizeit, Religion, Fair Trade, Bekämpfung von Rassismus etc.

Durchgängiges Thema für die meisten ist daneben die individuelle Beratung. Sie übernehmen eine wichtige Lotsenfunktion, wenn es darum geht, den Start im neuen Land zu erleichtern oder bei sozialen Fragen Rat zu geben. Vielfach begleiten sie auch bei Behördengängen und helfen beim Ausfüllen von Formularen und Anträgen.

Auf die Frage: „Was würde Ihrer Meinung nach fehlen, wenn es Ihren Verein nicht gäbe?“, sind sich alle Migrantenvereine einig: Es würde insbesondere diese Lotsen- und Unterstützungsfunktion fehlen. Sie seien eine unentbehrliche Ergänzung zu den sonstigen Integrations-

⁴² Roland Roth, Vortrag Ansbach 2011

⁴³ Deutsch-Lateinamerikanische Gesellschaft; Deutsch-Griechische Gesellschaft; ELFE; Haus Afrika; JunOst; KALINKA; Kurdische Gemeinde; Russisches Haus; Sportverein Zenit. Weitere Vereine wurden angefragt, Telefontermine kamen jedoch nicht zustande.

dienstleistern (Verbände, Bildungsträger) und füllten darüber hinaus eine entscheidende Lücke: nämlich die Menschen vor sozialer Isolation zu bewahren. Viele Menschen kämen vor allem, weil ihnen soziale Kontakte fehlten. Insbesondere für ältere Migrant_innen sei es nicht einfach, sich in einem Land zu orientieren und die sozialen Kontakte nicht zu verlieren. Zitate: *„Ohne uns würden die Leute keine Hilfe bei Ämtergängen erhalten“*, *„Wir bringen die Menschen zusammen und sorgen für einen großen Kulturaustausch“*, *„Wir helfen den Senioren, die sich integrieren möchten“*, *„Wir sorgen für zusätzliche, außerschulische Bildungsangebote“*, *„Wir helfen Vorurteile abbauen“*.

Daneben haben sich einige Vereine auf bestimmte Themen spezialisiert und sind damit konkurrenzlos auf ihrem Gebiet (DeLaGe mit Fairem Straßenfußball; Vereine, die länder- oder regionenspezifische Filmfestivals anbieten etc.)

Die Vereine führen regelmäßig vereinseigene Feste und Festivals durch. So gut wie jeder Verein versucht sich daneben auch bei gemeinschaftlichen Veranstaltungen einzubringen: zum Beispiel bei den Interkulturellen Wochen, aber auch bei anderen öffentlichen und privaten Veranstaltungen. Lediglich zwei der insgesamt neun befragten Vereine können sich aufgrund starker Überlastung (wegen des sehr großen Umfangs ihrer Arbeit im Verein selbst) nicht an gemeinschaftlichen Projekten beteiligen.

Die Vorsitzenden der Vereine engagieren sich neben ihrer Tätigkeit in den Vereinen auch anderweitig. So sind einige auch Mitglieder im Integrationsbeirat, viele sind auch in anderen politischen Bereichen engagiert. Einige sagen offen, dass durch die hohe Belastung im Verein einfach keine Zeit mehr übrig bleibe, um weitere soziale Projekte zu unterstützen und sich in weiteren Organisationen zu engagieren.

Situation der Vereine und Wunsch nach Anerkennung

Die Größe der Vereine ist sehr unterschiedlich. Bei einigen übersteigt die Mitgliederanzahl 160 (Haus Afrika), andere sind relativ klein mit lediglich 20 Mitgliedern. Nachwuchskräfte sind bei einigen in großer Menge vorhanden, bei anderen mangelt es auch an dieser Stelle.

In einem sind sich alle Migrantenvereine einig: Ihre finanzielle Lage ist schlecht. Die Ressourcen sind immer knapp, jegliche Unterstützung müssen sie sich hart erkämpfen. Die Mitglieder der Vereine arbeiten in den meisten Fällen ehrenamtlich. Von den Mitgliedern und Teilnehmer_innen an Angeboten der Vereine wird so viel wie möglich an finanziellen Beiträgen genommen, allerdings sind die Grenzen dort eng gesteckt. Dementsprechend äußern die Vereine Unmut darüber, dass sich die Anerkennung ihrer Arbeit durch die öffentliche Hand nicht in barer Münze auszahle. Der städtische Haushaltsansatz „Zuschüsse an interkulturell tätige Vereine und Migrantenorganisationen“ beträgt seit Jahren unverändert 12.500 €, den sich rund 30 Antragsteller teilen müssen.

Hier offenbart sich ein Dilemma: Während sich die Migrantenvereine in den letzten Jahren zu unentbehrlichen Akteuren für Teilhabe und Zusammenleben entwickelt haben, partizipieren sie noch immer in deutlich geringerem Maße als die etablierten „deutschen“ Vereine an der öffentlichen Förderung. In Zeiten kommunaler Haushaltsnot könnte ein gerechter Ausgleich nur durch Umverteilung geschehen – dem stehen jedoch Besitzstände gegenüber und eine größere Lobby der Etablierten. Lediglich bei zusätzlich bereitgestellten Mitteln aus Bundesprogrammen wie „Stärken vor Ort“, „Vielfalt tut gut“ und „TOLERANZ FÖRDERN –

KOMPETENZ STÄRKEN“ konnten bzw. können Migrantenvereine insgesamt stärker partizipieren.

Hinter den konkreten finanziellen Wünschen der Vereine scheint aber auch das Bedürfnis nach Anerkennung deutlich auf: Es geht um Wertschätzung für ihren Beitrag zu Integration, Teilhabe und sozialem Frieden, der von der Öffentlichkeit zu wenig beachtet werde – und um Wertschätzung der Ressourcen, die die Migrant_innen als Individuen mitbrächten und die allzu oft ungenutzt blieben.

Entwicklung der Integration und Erwartungen an die Stadt

Auf die Frage, wie die Vereine die Entwicklung in Sachen Integration in den letzten zehn Jahren sehen, antworten alle, dass sie auf jeden Fall eine deutliche Entwicklung wahrnehmen würden: *„Die Methode greift“, „es wird viel gemacht“, „man merkt gewisse Erfolge bei gewissen Leuten“, „es ist ein permanenter Prozess“*. Der Erfolg wird z.T. auch auf eigene Aktivitäten zurückgeführt: *„Alle, die begleitet wurden, sind sehr zufrieden“* (Deutsch-Griechische Gesellschaft); *„Wir zeigen, dass Leute ganz unterschiedlicher Art sich gut verstehen und so was wie Fair Play und gegenseitigen Respekt lernen können“* (Zenit). Dennoch *„befinde man sich erst am Anfang eines Weges (ELFE)“* und es gebe *„noch sehr viel Verbesserungspotenzial“*. Es gebe auch deutliche Unterschiede, z.B. nach Statusgruppe. So bedürften vor allem Flüchtlinge intensiverer Hilfestellung⁴⁴. Dagegen stellt der Verein Zenit fest: *„Praktisch jedes Mitglied hat einen Arbeitsplatz oder Ausbildungsplatz, ist gut integriert.“*

Durchaus kritisch wird dabei der gängige Integrationsbegriff hinterfragt: *„Man sollte stärker den Wunsch der Migranten berücksichtigen nach einer Integration, die nicht zugleich Assimilation bedeutet. Die Migranten wünschen sich das Recht, die eigene Kultur und Sprache zu pflegen (ELFE).“*

Die Erwartungen an die Stadt sind konkret, und immer wieder kreisen sie um Anerkennung und Wertschätzung: In erster Linie geht es um mehr finanzielle Unterstützung, damit das hohe ehrenamtliche Engagement bei den Vereinen gestützt werden kann. Auch wünscht sich ein Teil der Vereine Unterstützung durch die Bereitstellung von Räumen bzw. Übernahme von Mietkosten. Dabei geht es sowohl um Vereinslokale als auch um Räume für große Familienfeiern und Veranstaltungen (Hochzeiten, Trauerfeiern mit mehreren Hundert Gästen) und Lagerräume. Die Übernahme der Schirmherrschaft bei Veranstaltungen könnte helfen, dass die Vereine mehr Aufmerksamkeit gewinnen und damit auch ihre Mitgliederzahl steigern können.

Drängende Themen

Hauptthemen, die in den Vereinen diskutiert und von den Mitgliedern an sie herangetragen werden, sind Arbeit und Bildung.

Beim Thema Arbeit zeigt sich die ganze Palette der aktuellen Zuwanderungsdiskussion: Wie kommen Neuzuwanderer (z.B. aus Griechenland) in Lohn und Brot? Wie können lange brach liegende Qualifikationen (Pädagoginnen aus den GUS-Staaten etc.) nutzbar gemacht werden?

⁴⁴ Die Kurdische Gemeinde weist insbesondere darauf hin, dass sie als ethnische Gruppe nach wie vor nicht anerkannt werde, was die Integration ihrer Mitglieder erschwere. Der Verein sei selbst zu mehr politischer und finanzieller Kooperation mit öffentlichen und nichtöffentlichen Trägern bereit.

Wie können ungelernete Personen aus der ersten Einwanderergeneration (z.B. Kurden aus der Türkei) am Arbeitsmarkt teilhaben? Wie können Diskriminierung und Rassismus auf dem Arbeitsmarkt bekämpft werden? Ein konkretes Anliegen formuliert Haus Afrika: Die Stadt solle eine stärkere Vorreiterrolle einnehmen und noch mehr Migrant_innen einstellen.

Beim Thema Bildung manifestiert sich die Sorge um die Zukunft der Kinder. Zitat Kurdische Gemeinde: „*Das Thema Bildung beschäftigt die Mitglieder des Vereins am meisten. Die Jugendlichen stoßen an ihre Grenzen und bräuchten mehr Unterstützung*“, die die Eltern nicht leisten können. Diese Erkenntnis deckt sich mit den Ergebnissen der Befragung von Eltern in Malstatt (vgl. Kapitel...), wonach dem großen Wunsch nach einer guten bzw. besseren Zukunft für die Kinder teilweise ein Gefühl der Ohnmacht gegenüber steht. Dort, wo genügend eigene (Bildungs-)Ressourcen vorhanden sind, bieten die Vereine die von den Eltern gewünschte außerschulische Förderung selbst an (z.B. ELFE, Kalinka) – haben dann jedoch Mühe, sie zu finanzieren.

Perspektiven⁴⁵

Die Saarbrücker Initiative Migration und Arbeitswelt (SIMA) hat 2010 ein aus Mitteln des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge gefördertes Projekt durchgeführt, um die Vereinsentwicklung bei den MSO voranzutreiben. Gearbeitet wurde an den Themen Organisation, Finanzierung, Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit, Netzwerkarbeit und Vereinsrecht. Mit einem individuellen Coaching wurden die Vereine anschließend bei der Umsetzung ihrer Ziele, bei Stabilisierung und Professionalisierung begleitet.

Diese Aktivitäten werden bis Ende 2014 im Rahmen des Förderprogramms IQ (Integration durch Qualifizierung) fortgeführt. Projektträger ist der Paritätische Wohlfahrtsverband Rheinland-Pfalz/Saarland. Dort stehen den Vertreter_innen der Migrantenorganisationen zwei Ansprechpartnerinnen zur Verfügung, die bedarfsorientierte Informationsveranstaltungen organisieren und die Vereine bis zur Zielerreichung begleiten (etwa bei der Entwicklung einer Satzung, Fragen rund um Vereinsführung, Veranstaltungsorganisation, Raumsuche, Unterstützung bei Projektanträgen und Verwendungsnachweisen).

Auf der Website www.saar-forum.info (finanziert aus Mitteln des Programms TFKS) werden Migrantenvereine, Sprach- und Kulturmittler_innen sowie Brückenbauer_innen vorgestellt.

Es macht sich allmählich bemerkbar, dass die Migrantenorganisationen seit Beginn dieser verschiedenen Strategien etwas stärker teilhaben an Förderprogrammen (TFKS, IQ). Dies bedeutet wiederum ein hohes, anerkennenswertes ehrenamtliches Engagement bei den Vereinen und gelegentlich zusätzlichen Unterstützungsbedarf.

Als Arbeitgeber fungieren die Vereine im Rahmen des Beschäftigungsprogramms „Bürgerarbeit“. Dieses Programm ist zurzeit im Saarland insbesondere mit Unterstützung des Jobcenters Saarbrücken bei fünf Migrantenvereinen umgesetzt worden. Damit kann zwar eine hauptamtliche Struktur eingerichtet und in der Folge auch die Vernetzung mit den Strukturen der sozialen Einrichtungen verbessert werden; aber die Stellen unterliegen auch den nicht einfachen Programmbedingungen (Befristung der Arbeitsstelle wie auch der Arbeitsverträge, Personalwechsel). Die Vereine und die jeweiligen Beschäftigten werden vom IQ Landesnetzwerk inhaltlich und von der Arbeit & Kultur Saarland GmbH verwaltungstechnisch unterstützt.

⁴⁵ Beitrag von Giusy Grillo, GIM/HTW

Im Saarland gibt es zudem Bestrebungen, die Interessen der einzelnen Vereine zu bündeln, gemeinsame Ziele zu definieren und auch voranzutreiben. Die Gründung eines solchen Dachverbandes wurde von Haus Afrika initiiert und vom Paritätischen Verband begleitet. Der Prozess steht noch am Anfang.

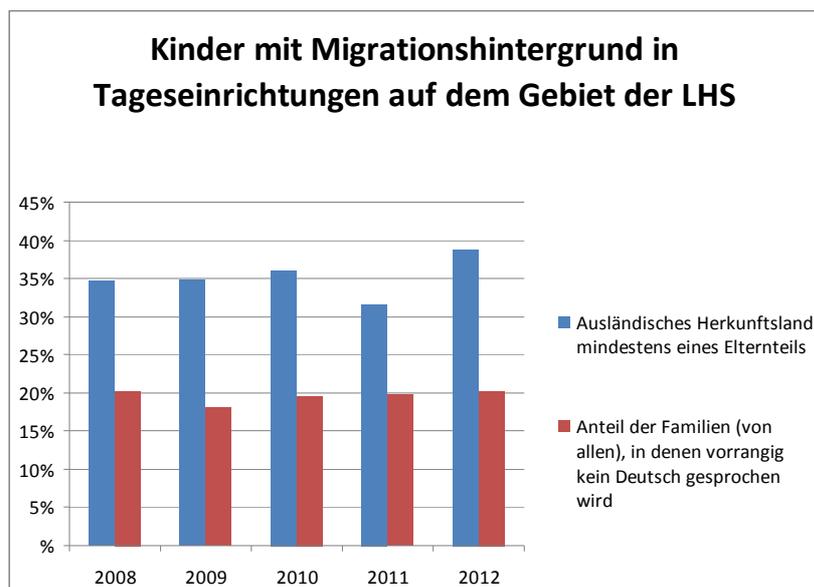
Die Leistung und die Bedeutung der Vereine und der Schlüsselpersonen für die Gesellschaft kann nicht mehr bestritten werden. Die Herausforderung wird sein die Chancengleichheit, Teilhabemöglichkeit und die Begegnung auf Augenhöhe zu ermöglichen, zu fördern und zu stärken – auch finanziell.

6. KiTa-Besuch und frühkindliche Sprachförderung

Kinder mit Migrationshintergrund in Tageseinrichtungen auf dem Gebiet der LHS					
	2008	2009	2010	2011	2012
Ausländisches Herkunftsland mindestens eines Elternteils	34,7 %	34,8 %	36,0 %	31,7 %	38,9 %
Anteil der Familien (von allen), in denen vorrangig kein Deutsch gesprochen wird	20,3 %	18,1 %	19,7 %	19,8 %	20,3 %

Migrantenanteil in den KiTas steigt

Aktuell kommen 39 % der rund 6.000 Kinder in Betreuungseinrichtungen auf dem Gebiet der LHS (0 bis 14 Jahre) aus Familien, in denen mindestens ein Elternteil aus einem anderen Land stammt. 2008 lag dieser Wert noch bei rund 35 %. Bei etwa 20 % aller Kinder in den KiTas ist die Familiensprache nicht Deutsch ist (nahezu unverändert seit 2008).



Trend zu mehr Ganztagsbetreuung

Differenziert man nach Altersgruppen, fällt auf, dass bei den rund 900 Kindern in Angeboten der schulischen Nachbetreuung der Migrantenanteil besonders stark gestiegen ist: von 37 % (2008) auf 45 % (2012).

Insgesamt gilt: Sowohl bei den Vorschul- als auch bei den Schulkindern entscheiden sich immer mehr Eltern mit Migrationshintergrund dafür, ihre Kinder ganztägig betreuen zu las-

sen. Die schulische Nachbetreuung wird als Chance gesehen, dass die Kinder die Unterstützung bei den Hausaufgaben erhalten, die sie selbst nicht leisten können. Im KiTa-Bereich werden die erweiterten Halbtagsplätze heute stärker angefragt als die Regelplätze (bis 14.30 Uhr statt bis 13 Uhr). Auch hier geht es den Eltern darum, die Verweildauer des Kindes im deutschsprachigen Umfeld zu erhöhen.

Am Beispiel der Ganztagsgrundschule Brebach (Wiedheck-Schule) lässt sich aufzeigen, dass eine solche Entwicklung von der Kommune und ihren Kooperationspartnern auch aktiv angeschoben werden kann. Entscheidend ist, ob und wie es gelingt, die Eltern anzusprechen und sie von der Bedeutung der Ganztagsbetreuung zu überzeugen. Als „vertrauensbildende Maßnahmen“ fanden in Brebach in der Vergangenheit z.B. Elterninformationsveranstaltungen unter Hinzuziehung von Dolmetscher_innen statt. Außerdem haben Einrichtungen im Stadtteil wie das BürgerInnenZentrum Brebach über ihre vielfältigen Zugänge zu Migrant_innen in zahlreichen Gesprächen mit Eltern dazu beigetragen, die Akzeptanz für das Konzept der gebundenen Ganztagschule zu erhöhen.

Kindergartenbesuchsquote fast gleichauf

Die Kindergartenbesuchsquote liegt bei den 2 – 3jährigen Kindern mit Migrationshintergrund mit 23 % noch deutlich unter der der deutschen Kinder (37,2 %). Sie nähert sich dann rasch an: 84,4 % bei den 3-4Jährigen (deutsche Kinder: 89,2 %) und zieht dann gleich bei den 4-6Jährigen.

Diese Entwicklung wurde durch die Expertengespräche bestätigt⁴⁶. Die Eltern mit Migrationshintergrund sehen den Kindergartenbesuch als wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Schullaufbahn ihrer Kinder an und erhoffen sich davon insbesondere, dass die Kinder dort ausreichend Deutsch lernen, um von Anfang an gute Bildungschancen zu haben.

In einem gewissen Widerspruch dazu steht, dass die Kinder mit Migrationshintergrund teilweise nicht sehr regelmäßig in die KiTa kommen und im Schnitt höhere Fehlzeiten als die deutschen Kinder aufweisen.

Entwicklungsbedarf gibt es bei der Inanspruchnahme von Krippeplätzen. Aktuelle Forschungen zeigen, dass es noch eine Reihe von Zugangshürden gibt. Ausschlaggebend für die Inanspruchnahme frühkindlicher Tagesbetreuung ist jedoch offenbar nicht der Migrationshintergrund, sondern die Schulbildung der Eltern: Je höher die Bildung, desto häufiger entscheiden sich Eltern – mit oder ohne Migrationshintergrund - für die Kinderkrippe⁴⁷. Als wenig hilfreich dürfte sich in diesem Zusammenhang das neue Instrument des Betreuungsgeldes erweisen, das Eltern gerade nicht ermutigt, ihre Kinder möglichst früh in einer deutschsprachigen Umgebung betreuen zu lassen.

⁴⁶ vgl. insbesondere Expert_innengespräch am 18. Juni 2013 zur Vorbereitung des Integrationsberichts mit Leiterinnen städtischer Tageseinrichtungen sowie Vertreter_innen des Amtes für Kinder und Bildung

⁴⁷ Vgl. Policy Brief „Hürdenlauf zur Kita: Warum Eltern mit Migrationshintergrund ihr Kind seltener in die frühkindliche Tagesbetreuung schicken“, Hrsg.: Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration GmbH, Berlin 2013. Als Zugangshürden wurden insbesondere herausgearbeitet: unterschiedliches Wahlverhalten bei erster und zweiter Elterngeneration; strukturelle Zugangshürden (z.B. fehlende Information, Kosten der Betreuung), qualitative Hürden (Skepsis in Bezug auf Betreuungsqualität) und interkulturelle Zugangshürden (z.B. interkulturell sensible kooperative Elternarbeit).

Kinder in Tageseinrichtungen auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Saarbrücken am 01.03.2012

im Alter von ... bis unter ...Jahre	Kinder in Tageseinrichtungen der Stadt Saarbrücken am 01.03.2012		Besuchsquote	
	Ausländisches Herkunftsland mindestens eines Elternteils			
	nein	ja	nein	ja
0 - 1	17	5	2,0	1,0
1 - 2	127	64	14,6	11,6
2 - 3	305	116	37,2	23,0
3 - 4 ¹⁾	710	427	89,2	84,4
4 - 5 ¹⁾	760	500	93,5	98,6
5 - 6	752	517	97,2	100,2
6 - 7	524	313	62,0	61,7

Quelle: Landeshauptstadt Saarbrücken – Amt für Entwicklungsplanung, Statistik und Wahlen

Sprachförderung

In rund 20 % aller Familien mit einem Kind in einer städtischen KiTa ist die Familiensprache nicht Deutsch. Einerseits ist diese Zahl durchaus ein gewichtiger Hinweis auf die Notwendigkeit von Sprachbildung in der KiTa. Andererseits bedeutet die häusliche Kommunikation in einer anderen Sprache nicht zwingend, dass alle Kinder aus diesen Haushalten in besonderer Weise förderbedürftig wären. Im Expert_innengespräch haben die KiTa-Leiterinnen bestätigt, dass Kindern, die ihre Muttersprache gut gelernt haben, ihrer Beobachtung nach der Transfer besser gelingt: Sie lernen die deutsche Sprache leichter und schneller, als wenn zu Hause ein sprachlicher „Mischmasch“ vorherrscht.

Allerdings haben es Kinder, die spät – d.h. erst ab 4 Jahre oder noch später - in die Einrichtung kommen und nur als Regelkind angemeldet sind, in Bezug auf den Erwerb der deutschen Sprache bis zum Schuleintritt ungleich schwerer als solche, die früher, regelmäßiger und im Tagesverlauf länger eine Einrichtung besuchen.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob eine Verbindlichkeit der frühen Bildungsangebote nicht geeignet wäre, um die Selektivität des Systems – wie sie seit der ersten PISA-Studie immer wieder bemängelt wurde – zu überwinden.

Die Landeshauptstadt bemüht sich seit Jahren, trotz des angespannten Haushalts eine frühe Sprachförderung – für alle Kinder mit Förderbedarf, d.h. auch solche ohne Migrationshintergrund - in ihren Einrichtungen anzubieten. Die dafür aufgewendeten Mittel sind kontinuierlich gestiegen. In 2013 wird in Kooperation mit der Volkshochschule des Regionalverbandes mit bis zu 30 Fördergruppen in 9 KiTas gearbeitet. Mit der Kampagne „Sprache – dein roter Faden“ bemüht sich die Landeshauptstadt auch um private Sponsoren zur Unterstützung der frühkindlichen Sprachförderung.

Langfristig wird eine stärker alltagsintegrierte Sprachbildung angestrebt. Diese setzt jedoch entsprechend intensiv fortgebildetes Personal und einen höheren Personalschlüssel voraus.

Kinder in den Vorkursen der Sprachfördermaßnahme „Früh Deutsch lernen“⁴⁸

Jahr	Zum Vorkurs angemeldete Kinder in Saarbrücken	Schüler_innen im 1. Schuljahr in SB	... % aller Schüler_innen im 1. Schuljahr wurden im Jahr vor der Einschulung zu einem Vorkurs angemeldet
2010	217	1.371 (Sj. 2010/11)	15,8 %
2011	202	1.370 (Sj. 2011/12)	14,7 %
2012	289	1.357 (Sj. 2012/13)	21,3 %
2013	324*		

Bei den Einschulungsuntersuchungen, die jeweils im November stattfinden, wird auch der Sprachstand der Kinder getestet und eine Zulassung zum Vorkurs erteilt, der im Auftrag des Bildungsministeriums stattfindet.

Die Sprachförderung erstreckt sich in der Regel über zwei Phasen. In der ersten Phase besuchen die Kinder im Jahr ihrer Einschulung von Januar bis zu den Sommerferien einen Vorkurs. In bis zu zehn Schulstunden pro Woche erhalten sie eine dem Alter angemessene spielerische Sprachschulung. Die zweite Programmphase beginnt mit der Einschulung. Bis zu den Weihnachtsferien stehen die Kursleiterinnen und -leiter den Kindern für eine begleitende und ergänzende Sprachförderung zur Seite.

Die Teilnahmequote an den Vorkursen deckt sich in etwa mit den Erfahrungen der KiTas, was die Notwendigkeit frühkindlicher Sprachbildung betrifft. Die feste Etablierung dieser Förderstruktur seit 2004 stellt zweifellos einen großen Fortschritt gegenüber früher dar. Gewisse Probleme ergeben sich in der Praxis: Dort, wo der Vorkurs nicht in der KiTa, sondern in der Schule stattfindet, geht er zu Lasten eines regelmäßigen KiTa-Besuchs. Außerdem stehen die Eltern – meist die Mütter – vor der Schwierigkeit, dass sie ihre Kinder hinbringen und abholen müssen, was für berufstätige Eltern oder Eltern, die sich selbst in Integrationsmaßnahmen befinden, nur schwierig zu organisieren ist.

Elternbeteiligung

Die Fachkräfte in den Einrichtungen berichten von einem relativ hohen Anteil von bildungsfernen Eltern (bis hin zu Analphabet_innen). Dies erschwere die Ansprache und Motivation zum Engagement der Eltern. Generell sind sich die Fachkräfte aber einig, dass mangelnde Elternbeteiligung kein Phänomen ist, das nur unter Eltern mit Migrationshintergrund zu finden ist, sondern dass Elternbeteiligung generell rückläufig ist. Interessante Einblicke zur Beteiligung von Migrantenelementen am Bildungsweg ihrer Kinder erbrachte die Befragung, die das ZIB in Malstatt hat durchführen lassen (vgl. Kap. 7)

⁴⁸ Quelle: Bildungsministerium, Juli 2013; * vorläufige Zahl, da Kurse zum Zeitpunkt der Erhebung noch nicht beendet waren

7 Schule und Elternbeteiligung

Die Schwierigkeit, einen Integrationsbericht zu schreiben, zeigt sich am Thema Bildung besonders deutlich. Die Schulstatistik des Landes weist fast durchgängig nur die Unterscheidung zwischen „Deutsch“ und „Ausländisch“ auf, was keine realistischen Rückschlüsse auf die tatsächliche Bildungssituation von Kindern aus Haushalten mit Migrationshintergrund zulässt. Eine eigene Schulstatistik der Landeshauptstadt, die die Schülerzahlen der einzelnen Schulen systematisch auswertet und den Migrationshintergrund differenzierter betrachtet, wird erst aufgebaut.

Nichtsdestotrotz ist es im Bildungsbericht 2012 des Regionalverbandes sehr gut gelungen, wichtige Hinweise auf Benachteiligungen und Perspektiven von Schüler_innen mit Migrationshintergrund herauszuarbeiten.

In diesem Kapitel verweisen wir deshalb im Wesentlichen auf diesen Bericht. Einen eigenen Schwerpunkt setzen wir zusätzlich im vorliegenden Bericht: nämlich die Beteiligung der Eltern am Bildungsweg ihrer Kinder.

Zentrale Aussagen aus dem Bildungsbericht des Regionalverbands Saarbrücken

Prognose Schüler_innenzahlen

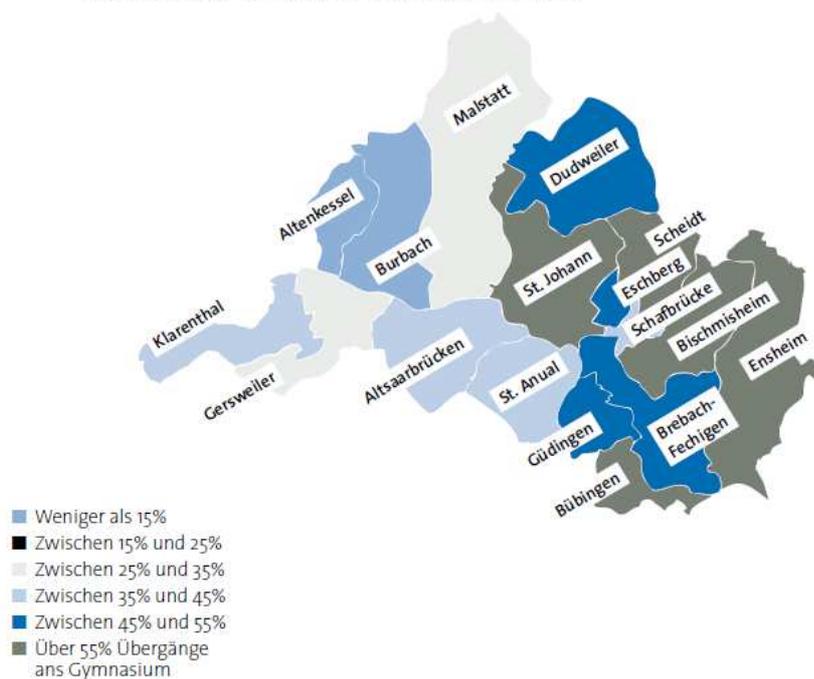
„Betrachtet man die Geburtenzahlen des Jahres 2009/2010, so ist unter der Annahme der Status Quo Variante im Schuljahr 2016/2017 für 13 von 31 Saarbrücker Grundschulen mit steigenden Schülerzahlen zu rechnen. Überwiegend handelt es sich dabei um Schulen mit relativ hohen Anteilen von Kindern mit Migrationshintergrund. Für eine Schule in Burbach, in der 2010/2011 knapp die Hälfte der Kinder einen Migrationshintergrund hatte, ist bis zum Schuljahr 2016/2017 ein Anstieg um mehr als ein Drittel der Gesamtschülerschaft zu erwarten. Demgegenüber wird eine Grundschule im Saarbrücker Osten mit einem Anteil von lediglich 16,7 % Migrantenkindern fast 30 % ihrer Schülerschaft verlieren.“⁴⁹

Zusammenhang zwischen Herkunft, Stadtteil und Bildungschancen:

„Der Gymnasialübertritt variiert nach einzelnen Stadtteilen zwischen 13,0 % im Stadtteil Burbach und 68,2 % im Stadtteil Ensheim. Mit Abstand die geringsten Chancen auf einen Übergang in die Eingangsstufe des Gymnasiums haben Kinder aus Malstatt, Burbach, Altenkessel, Gersweiler und Alt-Saarbrücken. (...) Es muss davon ausgegangen werden, dass im Regionalverband Saarbrücken nicht nur herkunftsspezifische inter- und intrakommunale Bildungsungleichheiten bestehen, sondern dass in einigen seiner Städte eine anhaltende „strukturelle Bildungsarmut“ zu konstatieren ist, die sich u.a. in der weit unterdurchschnittlichen Teilhabe an gymnasialer Bildung in Stadtteilen mit hoher SGB II Quote und hohen Bevölkerungsanteilen mit Migrationshintergrund ausdrückt.“ (S. 43)

⁴⁹ 1. Bildungsbericht für den Regionalverband Saarbrücken 2012, Autoren: Martha Rosenkranz, Jan Schluckbier u.a., S. 39, http://www.regionalverband-saarbruecken.de/pics/medien/1_1344330849/Bildungsbericht_RVSBR_2012.pdf

Abb. 13: Übergänge in die Klassenstufe 5 des Gymnasiums nach Stadtteilen der Landeshauptstadt Saarbrücken im Schuljahr 2010/2011



Quelle: Bildungsbericht Regionalverband Saarbrücken 2012: Abbildung 13 (S. 43): Übergänge in die Kl. 5 des Gymnasiums nach Stadtteilen der Landeshauptstadt Saarbrücken im Schuljahr 2010/2011

Beteiligung von Eltern mit Migrationshintergrund am Bildungsweg ihrer Kinder

Als Sondererhebung für den Integrationsbericht hat das ZIB in Kooperation mit dem Institut GIM (Gesellschaftliche Integration und Migration) an der HTW eine Befragung in Malstatt durchgeführt.⁵⁰

Daran beteiligten sich 17 Klassen (Stufen 1 bis 6) an Grundschulen und Gesamtschule. Außerdem beteiligten sich 3 KiTas. 75 Elternteile wurden von Interviewer_innen anhand eines Interviewleitfadens befragt. Die Interviewer_innen waren überwiegend mehrsprachig, so dass insgesamt ein breites Spektrum an Eltern befragt werden konnte, darunter auch solche, die nicht gut Deutsch sprachen.

a) Ergebnisse der Elternbefragung

Vier Fünftel der Befragten bewerteten die Einrichtungen, die ihre Kinder besuchen bzw. besucht haben, als „positiv“ oder „eher positiv“. Sie hoben beispielsweise hervor: „sehr freundliche Lehrer und Rektorin“. „Mir gefällt, dass es eine Ganztagschule ist.“ „Es ist eine gute Schule, die Lehrer sind nett und freundlich und immer sehr hilfsbereit.“ „Die Lehrer haben ein offenes Ohr, wenn es Probleme gibt.“

Ein Drittel der Befragten gab an, schon einmal Probleme mit der Schule gehabt zu haben. Als größtes Problem nannten sie die nicht gelingende sprachliche Verständigung (13 Nennungen). Außerdem hätten manche die Erfahrung von Mobbing und Streitigkeiten zwischen Kindern gemacht (8). Nur zwei Elternteile gaben an, mit der Schule so unzufrieden zu sein, dass sie einen Schulwechsel für ihr Kind wünschten.

Bei Problemen helfen sich die Eltern durch: eigene Dolmetscher (20), von der Schule gestellte Dolmetscher (5), Erfahrungsaustausch mit anderen (45); Beratungsdienste: Schulpsychologe, Migrationsdienste, KiBiZ; Sonstiges: Lehrer hilft bei Verständigung; Nachbarn.

Rund 40 % der Befragten nimmt in der Regel nicht an Elternabenden und Gesprächen teil. Als Grund gibt die Hälfte davon sprachliche Verständigungsprobleme und 40 % familiäre oder berufliche Gründe. 10 % versprechen sich nicht viel von den Abenden bzw. Gesprächen.

58 % beteiligen sich manchmal oder oft an Aktivitäten der Schule.

Als Beispiele geben sie an: Feste, Essen, Wandertage, Elternsprecher, Freizeitbetreuung, Schulbücherei, Theater-AG, Kochen, Basteln.

⁵⁰ unter Mitwirkung von Sebastian Detzler, Dipl.-Soziologe. Die Befragung wurde in Abstimmung mit dem saarländischen Bildungsministerium durchgeführt. Die Befragung von Eltern wurde durch das Projekt „MigrantenInnen mischen mit“ (gefördert durch das Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ in Verbindung mit dem Stadtteilbüro Malstatt und dem Projekt „Malstatt gemeinsam stark“ (Community Organizing) durchgeführt.

Auf die Frage „Was würde helfen, damit Sie (noch) mehr teilnehmen?“ geben die Eltern an: Dolmetscher und das Gefühl, willkommen zu sein (20), Persönliche Ansprache (8), mehr gute Angebote (8), Einzelgespräche (7), mehr Eigen- u. Elterninitiative (6), andere Terminplanung.

Die Eltern wurden auch gefragt: „Was könnten/würden Sie selbst gerne beitragen, damit es zwischen Ihren Kindern, der Einrichtung und Ihnen gut klappt?“

Dazu einige Zitate:

„Ich integriere mich. Ich kontrolliere Ranzen und Hausaufgaben.“

„Habe Deutschkurs gemacht! Jetzt ist es besser, ich verstehe viel mehr.“

„Wenn man mich fragt, bin ich immer bereit zu helfen.“

„Ich möchte als Elternteil mehr in der Schule teilnehmen. Ich bin zur Hilfe bereit.“

„Ich versuche alle Fragen in der Familie zu regeln.“

„Mehr Zeit investieren. Da ich aber selbstständig bin, ist das schwer.“

„Ich mache bei vielen Aktivitäten mit und unterstütze damit meine Tochter, und ich lerne auch viel dazu.“

„Meinem Sohn geht es gut. Nur ich will meine Situation verbessern.“

„Ich würde gerne an Elternabenden oder Veranstaltungen der Schule oder Kindergarten teilnehmen, aber ich fühle mich kaum verstanden.“

Befragt nach den Zukunftswünschen für ihre Kinder gaben die Eltern am häufigsten diese Antworten:

„Einen guten Schulabschluss und guten Beruf“. „Dass sie selbstständig werden.“

„Einen guten Ausbildungsplatz“. „Gute Freunde“. „Einen Beruf, damit sie auf eigenen Beinen stehen können.“ „Dass mein Kind kontaktfähig ist.“ „Meine Kinder sollen in Frieden leben, gute Noten und viele Freunde haben.“ „Einen Beruf, egal in welchem Bereich.“ „Für meinen Sohn wünsche ich mir eine Schule mit Kindern aus verschiedenen Ländern und deutschen Kindern, mit Kunst und Musik, Theater und Sport als Schwerpunkte.“ „Dass sie einen Beruf erlernt und darin glücklich ist.“

„Die Kinder sollen gesund bleiben.“ „Guten Abschluss, eigenes Haus, keine Probleme, kein Geld vom Amt.“

Auffallend viele Eltern streben für ihre Kinder das Abitur an:

„Abitur ist sehr wichtig.“ „Abitur auf jeden Fall. Ich versuche alles möglich zu machen.“

„Meine Tochter soll aufs Gymnasium gehen. Sie soll mehrere Sprachen sprechen und Freundschaften schließen.“ „Mein Sohn ist 13 Jahre alt, und ich wünsche mir, dass er aufs Gymnasium gehen kann.“ „Abitur und viel Kontakt.“

„Abitur und eine gute Position in der Gesellschaft.“ „Gute und ausreichende Vorbereitung aufs Gymnasium.“

Befragung der Schulen

Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in den untersuchten Klassen liegt im Durchschnitt bei 40 %⁵¹. Der niedrigste Anteil wurde mit 25 % beziffert, der höchste mit 65 %.

Von 17 KlassenlehrerInnen sagen 12, dass bei manchen Kindern die Deutschkenntnisse ausreichen, um dem Unterricht folgen zu können, und bei anderen nicht. In 2 Klassen sprechen

⁵¹ Der Anteil wurde als „ungefähr“-Angabe abgefragt.

alle Kinder mit ausländischen Wurzeln zu wenig Deutsch. Der Förderbedarf wird unterschiedlich geschätzt: zwischen 10 % und 60 %. Der Durchschnittswert liegt bei ca. 30 %. Nur in einer Klasse ist in Bezug auf die Beherrschung der deutschen Sprache kein Unterschied zu den Kindern ohne Migrationshintergrund zu erkennen.

12 von 17 Lehrer_innen sagen, dass es ein freundliches Miteinander in der Klasse gebe oder Konflikte zwar vorkämen, meist aber konstruktiv bewältigt würden. „Grüppchenbildung“ beobachten nur 2 Lehrer_innen. In einer Klasse komme es häufig zu Konflikten. Die ethnische Zugehörigkeit spiele bei Konflikten jedoch so gut wie keine Rolle (2 von 17 Nennungen).

Teilnahmequote der Eltern mit ausländischen Wurzeln am Elternabend: Die Werte schwanken sehr - von 0 % (in einer Klasse mit 40 %igem Migrantenanteil) bis 90 % (in einer Klasse mit 30%igem Migrantenanteil). Durchschnittlich beteiligen sich 50 % der Eltern mit ausländischen Wurzeln am Elternabend.

Alle Klassenlehrer_innen, die sich an der Befragung beteiligt haben, laden ausschließlich schriftlich auf Deutsch ein. Drei Lehrer_innen haben offenbar früher schon Einladungen übersetzen lassen; die Resonanz sei jedoch die gleiche gewesen wie auf die deutschsprachigen Einladungen.

Die beim Elternabend vertretenen Nationalitäten entsprechen in ihrer Verteilung den insgesamt in der Klasse vertretenen Nationalitäten.

In 7 Klassen sprachen alle Eltern ausreichend Deutsch, um den Elternabenden folgen zu können, in 2 Fällen nicht. In 7 Klassen wurde beides beobachtet. Dort, wo die Deutschkenntnisse nicht ausreichten, wurden als Hilfsstrategien genannt: Ältere Geschwister haben gedolmetscht; die Lehrer_innen wiederholten das Gesagte langsam.

6 Lehrer_innen gaben an, dass sich die Eltern mit ausländischen Wurzeln genauso rege beteiligt hätten wie die deutschen Eltern; 10 sagten, sie hätten sich insgesamt weniger beteiligt. Die meisten Lehrer_innen gaben an, die Eltern mit ausländischen Wurzeln würden sich genauso häufig wie die deutschen Eltern mit Fragen und Problemen an sie wenden. Anmerkung einer Lehrkraft: Einzelgespräche werden gerne angenommen.

Sonstiges

Was wäre Ihrer Meinung nach nötig, damit sich Eltern stärker beteiligen?

„Das Interesse ist allgemein nicht groß.“ „Respektvoller Umgang mit den Eltern.“ „Angebot von Einzelgesprächen.“ „Schulfeste mit multikultureller Ausrichtung“. „LehrerInnen mit Migrationshintergrund“. „Aufklärung hinsichtlich des deutschen Schulsystems in Form von Infoblättern in den entsprechenden Sprachen.“

Wo und durch wen würden Sie sich Unterstützung wünschen? (2 Nennungen):

DolmetscherInnen, Bildungsministerium: mehr Personal, kleinere Klassen, dadurch mehr Durchlässigkeit für Migrantenkinder (und dt. Kinder aus sozial schwachen Familien)

Wenn Sie selbst erfolgreiche Strategien entwickelt haben, was würden Sie anderen Lehrer_Innen empfehlen?

Eltern einladen und ihnen dadurch Ängste vor dem System Schule nehmen.

Befragung der KiTAs

Es haben sich drei KiTAs beteiligt. Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund liegt bei 40 %, 70 % bzw. 78 %. Der geschätzte Anteil der Kinder mit Förderbedarf in Deutsch liegt zwischen 30 und 60 %.

Das Klima in den Einrichtungen wird von allen als „freundliches Miteinander“ beschrieben. Konflikte kämen zwar vor, würden aber konstruktiv bewältigt.

An allen Einrichtungen finden Elternnachmittage bzw. –abende und/oder Sprechtag statt. Die Teilnahme von Eltern mit Migrationshintergrund ist unterschiedlich hoch: von ca. 10 % (diese Einrichtung verzeichnet generell eine geringe Beteiligung von Eltern) über 30 % bis 70 %. Alle Einrichtungen geben an, dass sich die Eltern untereinander helfen (oder durch die Kinder helfen lassen), wenn es mit der sprachlichen Verständigung Probleme gibt.

Die Eltern bringen sich besonders engagiert in folgenden Bereichen ein: Feste, Feiern, Zubereitung von Essen, Gruppennachmittage, Dolmetschen. Damit sich Eltern (noch) stärker beteiligen, wären aus Sicht der Einrichtung folgende Dinge nötig: zusätzliche Räume für Treffs; persönliche Kontakte und Ansprache; Sprachangebote.

Konkrete Unterstützung wäre wünschenswert durch die Schaffung einer festen Stelle für Sprachförderung (1 Nennung).

Erfolgreiche, selbst erprobte Strategien, die anderen Einrichtungen weiter empfohlen werden: „Offenheit und freundliches Zugehen und Zuhören für alle Eltern – egal welcher Nationalität oder Religion. Fragen stellen, so oft wie Fragen, Unwissenheit entsteht. Interesse für die Belange haben.“

Zusammenfassung und Erkenntnisse

Mit der Befragung von Institutionen einerseits und Eltern andererseits haben wir bezweckt, unterschiedliche Perspektiven (Selbst- und Fremdwahrnehmung) auf das Thema „Beteiligung“ zu erhalten. Stellt man die Befragungsergebnisse gegenüber, ergeben sich teilweise übereinstimmende Einschätzungen, teilweise aber auch erhebliche Abweichungen. Genau diese Abweichungen werfen interessante Fragen auf.

Übereinstimmend sagt ein Großteil der Lehrer_innen, Erzieher_innen und Eltern, dass es keine größeren Konflikte gebe und in den Einrichtungen insgesamt ein offenes Klima für die kulturelle Vielfalt herrsche. Diese Erkenntnis gilt es unbedingt positiv zu vermerken. Selbstverständlich ist das nämlich nicht, wenn in Klassen bzw. Gruppen teilweise deutlich mehr als die Hälfte der Kinder einen Migrationshintergrund hat. Diese Vielfalt stellt eine Herausforderung dar, und ganz offensichtlich haben sich die Menschen in Malstatt darauf eingestellt.

Verschiedene Dinge fallen auf: Gefragt nach den Zukunftswünschen für ihre Kinder, zeigt sich bei den Eltern eine sehr hohe Bildungsaspiration. Es gibt ein ausgeprägtes Bewusstsein dafür, dass Bildung die wesentliche Chance für ein zufriedenes und erfolgreiches Leben in Deutschland ist. Sehr viele Eltern äußern ganz konkret den Wunsch, ihre Kinder mögen Abitur machen. Schaut man sich dagegen die Übergangszahlen der Migrantenkinder zum Gym-

nasium an, muss man zur ernüchternden Erkenntnis kommen, dass Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander klaffen. Haben die Eltern unrealistische Vorstellungen, oder wird ihre Bildungsorientierung nicht genügend wahrgenommen und als Ressource genutzt? Beides wird wohl zutreffen. Genau an diesen Fragen wird in Zukunft stärker zu arbeiten sein.

Weiter fällt auf, dass die Eltern insgesamt einen sehr positiven Blick auf die Bildungseinrichtungen haben. Offensichtlich haben sie auch ein entsprechend großes Vertrauen, dass es ihren Kindern dort gut geht und dass sie die nötige Unterstützung bekommen, um eine gute schulische Laufbahn zu absolvieren. In den Rückmeldungen der Schulen spiegelt sich dieser Vertrauensvorschuss nicht so deutlich wider. Die Eltern werden offenbar eher als zurückhaltend bis desinteressiert wahrgenommen. Haben die Eltern Erwartungen an die Schule, die diese gar nicht einlösen kann? Und umgekehrt: Haben die Einrichtungen Erwartungen an die Eltern, von denen diese gar nichts wissen (bzw. die sie nicht einlösen können)? Auch hier ein Widerspruch, den es näher zu betrachten und aufzulösen gilt.

Durchaus beunruhigend ist die Tatsache, dass 40 % der befragten Eltern (wohlgemerkt: es handelt sich um keine repräsentative Befragung) angeben, in der Regel nicht an Elternabenden teilzunehmen. Die eine Hälfte fühlt sich sprachlich „abgehängt“ und entsprechend verunsichert; die andere Hälfte gibt an, aus familiären oder beruflichen Gründen keine Zeit dafür zu haben bzw. sich wenig von den Elternabenden zu versprechen. Hier besteht ganz offensichtlich die Notwendigkeit, besser miteinander ins Gespräch zu kommen, um diese Hindernisse aus dem Weg zu räumen.

Auffallend ist in diesem Zusammenhang aber auch, dass die einzelnen Klassen bzw. Gruppen äußerst unterschiedliche Erfolge bei der Ansprache der Eltern erzielen. In manchen werden fast gar keine ausländischen Eltern erreicht, in anderen kommen bis zu 90 % von ihnen zu den Elternveranstaltungen. Es scheint – so hat es auch das Auswertungsgespräch mit den Interviewer_innen und Vertreter_innen von Einrichtungen ergeben –, dass es weniger die „Hilfsmittel“ wie mehrsprachige Einladungen sind, die zum Erfolg führen, als vielmehr eine gelingende Beziehungsarbeit zwischen Lehrer_innen bzw. Erzieher_innen und Eltern. Aufeinander zugehen - miteinander reden!

8 Die Generation 50plus

Die Wohnbevölkerung mit Migrationshintergrund 50plus

Die Wohnbevölkerung mit Migrationshintergrund ist in ihrer Altersstruktur noch immer deutlich jünger als die deutsche Bevölkerung: Während 2012 bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund 47 % über 50 Jahre alt waren, waren es bei den Deutschen mit Migrationshintergrund nur 32 % und bei den Ausländer_innen 25 %.

Nichtsdestotrotz macht sich bemerkbar, dass die ersten Einwanderergenerationen „in die Jahre gekommen sind“⁵²: Im Jahr 2001 hatten 9,85 % aller Personen 50plus in Saarbrücken einen Migrationshintergrund (= 6.882 von insgesamt 70.561 Personen 50plus). Zehn Jahre später, 2011, lag der Anteil schon bei 16,68 % (= 12.387 von 74.258). Die Deutschen mit Migrationshintergrund 50plus leben im Durchschnitt seit 24,5 Jahren in Saarbrücken, die Ausländer_innen seit 21,3 Jahren. 83 % der Ausländer_innen kommen aus einem europäischen Land (einschließlich Türkei).

Die „Top 5“ unter den Herkunftsländern sind Italien, Frankreich, die Türkei, die Ukraine und Russland. Die künftigen Generationen 50plus mit Migrationshintergrund werden sich jedoch pluralisieren, so wie sich die Einwanderung insgesamt pluralisiert hat⁵³. Der Frauenanteil bei den Deutschen mit Migrationshintergrund 50plus liegt bei 57 % und bei den Ausländer_innen bei 49 % (gegenüber 55 % bei den Deutschen).

Zusammenfassend lässt sich aus dem statistischen Befund folgern, dass der Bevölkerungsrückgang aufgrund niedriger Geburtenrate durch den Zuzug von Ausländern reduziert wird. Die Migrant_innen bleiben, und sie werden älter.

Lebensqualität und Zukunftsplanung der Generation 50plus

Die Landeshauptstadt Saarbrücken hat sich 2012 an der EU-geförderten Umfrage „TooLs“ beteiligt. Darin ging es um die Schaffung von Informationsgrundlagen über Lebensqualität und Zukunftsplanung der Generation 50plus. Die Umfrageergebnisse haben auch einige interessante Hinweise über die Lage älterer Migrant_innen geliefert – wenngleich die Ergebnisse aufgrund der relativ geringen Teilnehmerzahlen vorsichtig zu interpretieren sind⁵⁴.

Gefragt wurde insbesondere nach Gesundheit und Wohlbefinden, nach ehrenamtlichem Engagement und nach Planung im Fall von Pflegebedürftigkeit.

Bei der Frage nach Gesundheitszustand, Glückseligkeit und Zufriedenheit zeigten sich kaum Unterschiede zwischen Deutschen und Zugewanderten. Rund vier Fünftel der Befragten schätzten ihren Gesundheitszustand als gut bis durchschnittlich ein (80 % bei den Deutschen, 83 % bei den Zugewanderten). Als „unglücklich“ sahen sich 13 % der Deutschen und 17 %

⁵² Die „Pioniere“ der Gastarbeiteranwerbung aus Italien und der Türkei kamen ab 1955 bzw. 1962 nach Saarbrücken und sind heute dementsprechend hochbetagt bzw. bereits verstorben. Unter den Spätaussiedler_innen und insbesondere den jüdischen Emigrant_innen aus der Ex-Sowjetunion, die verstärkt in den 1990er Jahren zugewandert sind, befanden sich überdurchschnittlich viele Personen, die schon zum Zeitpunkt der Zuwanderung 50 Jahre und älter waren.

⁵³ Im Jahr 2012 kamen die Zuwanderer in Saarbrücken aus 152 Ländern.

⁵⁴ Personen mit Migrationshintergrund sind erfahrungsgemäß schwerer für Befragungen zu motivieren. Zum methodischen Vorgehen der Umfrage TooLs: schriftliche Befragung in Saarbrücken: disproportional geschichteter Stichprobenplan; rund 2.200 Personen im Alter von 50 Jahren und mehr; allgemeine Rücklaufquote rund 34 % (n = 702); 10 % Rücklaufquote bei Ausländern (n = 53). Es wurden Zusatzinterviews mit Migrant_innen durchgeführt (n = 52). Die Ergebnisse wurden nach Eckwertevergleich mit der Stichprobe aufgenommen. Gesamtfallzahl für die Auswertung: N = 754, davon Personen mit Migrationshintergrund n = 125. Die Stichprobe wurde an die Gesamtbevölkerung angepasst (Gewichtungsverfahren).

der Befragten mit Migrationshintergrund; als „unzufrieden“ bezeichneten sich 15 % der Deutschen und 18 % der Personen mit Migrationshintergrund.

Auch beim ehrenamtlichen Engagement zeigten sich kaum Unterschiede. Bei den befragten Deutschen waren 24 % in einem oder mehreren Vereinen engagiert, bei den Personen mit Migrationshintergrund waren es 21 %, wobei der kirchlich-religiöse Bereich bei den Migrant_innen eine größere Rolle spielte als bei den Deutschen.

Im Fall eigener Pflegebedürftigkeit wünschten und erwarteten 65 % der Befragten mit Migrationshintergrund die Pflege im eigenen Zuhause durch Verwandte, eventuell unterstützt durch einen Pflegedienst. Pflegeheime wurden von Personen mit Migrationshintergrund deutlich stärker abgelehnt als bei Deutschen. Eher noch zeigten sie sich aufgeschlossen für „kleine gute Einrichtungen im eigenen Wohngebiet“.

59 % der Personen mit Migrationshintergrund (gegenüber 52 % der Deutschen) gaben an, dass sie keine Kenntnisse über Organisationen und Einrichtungen der Pflege hatten. Das betraf eher Männer als Frauen, Alleinlebende und Personen ohne Kinder. Jede 7. Person mit Migrationshintergrund wäre im Fall von Pflegebedürftigkeit ohne Hilfsperson; das entspricht einer Zahl von 1.700 Personen. Das ist zwar weniger als bei Deutschen (dort wäre jeder 5. Pflegebedürftige ohne Hilfsperson). Allerdings kommen bei Migrant_innen mögliche Barrieren aufgrund kultureller und religiöser Unterschiede und sprachlicher Hürden hinzu. Diese können auf der einen Seite bei den Betroffenen Ängste hervorrufen und zusätzliche Isolation bedeuten und auf der anderen Seite eine Herausforderung für die Einrichtungen darstellen, auf die viele noch nicht genügend vorbereitet sind.

Weitere Erkenntnisse

Das ZIB hat 2011 einen Workshop mit Schlüsselpersonen aus Migrantengemeinschaften und weiteren Fachleuten durchgeführt. Die Ergebnisse sind in das Seniorenpolitische Konzept eingeflossen⁵⁵. Sie haben bestätigt, dass Migrant_innen zwar insgesamt noch etwas besser in familiäre Netzwerke eingebunden sind, die eine häusliche Pflege durch Angehörige teilweise ermöglichen; allerdings schwinden diese Möglichkeiten mit zunehmender Berufstätigkeit der Frauen und der notwendigen beruflichen Mobilität der jüngeren Generationen. Außerdem stellt die Pflege für die pflegenden Angehörigen mitunter eine große Belastung dar, über die sie aber kaum reden können, weil hier ein Tabu-Thema berührt wird.

Der Workshop hat auch bestätigt, dass viele Migrant_innen nur schwer Zugang zu Information und Beratung in Bezug auf Pflege finden. Dasselbe gilt, wenn es um Freizeit- und Bildungsangebote für Senior_innen geht. Zu (deutschen) Vereinen, Gemeinden, Bildungseinrichtungen etc. finden Migrant_innen – umso mehr, wenn sie älter sind - nur schwer Zugang. Die Angebote sind oft auf bestimmte Zielgruppen und Milieus zugeschnitten. Soll hier eine stärkere Durchmischung erfolgen, sind aktive Bemühungen um Öffnung (Kontakte zu Migrantennorganisationen, Aufeinanderzugehen, Einsatz von Mittlern, Weiterentwicklung der Programme mit Blick auf die Erschließung neuer Gruppen etc.) erforderlich.

Wertvolle Unterstützung könnten muttersprachliche Mittler_innen leisten. Es gibt inzwischen eine Reihe qualifizierter Sprach- und Kulturmittler_innen in Saarbrücken, aber es fehlt mitunter an der Bereitschaft der Einrichtungen, ihre Dienste gegen Honorar in Anspruch zu nehmen.

Gerade ältere Menschen fühlen sich oft sicherer, wenn sie sich in ihrer sprachlich-kulturell

⁵⁵ vgl. Seniorenpolitisches Konzept der Landeshauptstadt Saarbrücken, z.B. S. 23 u. 25

vertrauten Gruppe bewegen können. Die Teilnehmer_innen des Workshops betonten, dass dieses Verhalten nicht als „Abschottung“ betrachtet und abgewertet werden sollte. Vielmehr gelte es, die Selbstorganisation von Migrant_innen zu unterstützen, ihnen Räume und Gelegenheiten zum Treffen und zur gemeinsamen Freizeitgestaltung anzubieten. In Saarbrücken gebe es eine Vielzahl aktiver Migrant*innenvereine und -initiativen, deren Bedeutung für die soziale Integration nicht hoch genug eingeschätzt werden könne. Sie leisteten einen wichtigen Beitrag zum Schutz vor Vereinsamung und für funktionierende Nachbarschaftshilfe.

Die Bemühungen, junge Migrant_innen für Pflegeberufe zu interessieren, zeigen nur langsam Erfolge. Die Berufe gelten oft nicht als prestigereich. Idealerweise sollten eine dezidierte Strategie der interkulturellen Öffnung in Einrichtungen der Altenhilfe und eine attraktive Berufsperspektive (auch) für Migrant_innen in diesem Bereich Hand in Hand gehen.

Fast schon selbstverständlich ist es für (deutsche) Pflegebedürftige geworden, eine Haushaltshilfe aus dem Ausland für die so genannte „24-Stunden-Betreuung“ zu engagieren, wenn andere Unterstützungsmöglichkeiten nicht organisierbar oder bezahlbar sind. Diese Entwicklung ist nicht ohne Risiken: Berichten manche Familien und manche der überwiegend aus Polen, Ungarn und Rumänien stammenden Betreuerinnen von positiven Erfahrungen, kommt es in anderen Fällen aber auch zu Ausbeutung der Haushaltshilfen durch ihre Vermittlungsagenturen oder ihr Auftraggeber selbst. Umgekehrt werden mitunter Erwartungen an die Haushaltshilfen gestellt – die in der Regel ja keine ausgebildeten Pflegekräfte sind –, die diese nicht erfüllen können.⁵⁶

Bei einem weiteren Workshop mit Vertreter_innen von Migrationsdiensten im Juni 2013 wurden verschiedene Themenkomplexe des Integrationsberichts diskutiert. Auf die Frage: „Wie gestaltet sich Ihrer Meinung nach der Zugang von Migrant_innen in Saarbrücken zu Angeboten der Altenhilfe auf einer Skala von 0 bis 10?“ antworteten sie übereinstimmend und sehr spontan: „Höchstens zwischen 1 und 2!“

Zusammenfassung

Die Einrichtungen, Beratungsstellen und Anbieter von Bildungs- und Freizeitangeboten für Senior_innen müssen Migrant_innen als größer werdende Gruppe deutlich stärker in den Blick nehmen. Zugangsbarrieren müssen herabgesetzt, Netzwerke aufgebaut und Informationen besser gestreut werden. Die enge Vernetzung der Akteure in der Saarbrücker Integrationslandschaft und das Seniorenpolitische Konzept der Stadt bilden dafür eine gute Grundlage. Geplante Aktivitäten zur Weiterentwicklung sozialraumorientierter Seniorenarbeit (insbesondere Modellprojekt auf dem Eschberg unter Federführung des Amtes für soziale Angelegenheiten) bieten konkrete Anknüpfungspunkte. Jetzt gilt es, entsprechende Impulse zu setzen.

⁵⁶ Das ZIB hat dazu am 30.9.2013 eine Veranstaltung durchgeführt. Vgl. Hörfunkbeitrag des Saarländischen Rundfunks „Osteuropäische Pflegekräfte – oft eine Grauzone“, SR-Mediathek, <http://sr-mediathek.sr-online.de/index.php?seite=7&id=20996>

9 Der Umgang mit Vielfalt: 10 Schlaglichter

Der Umgang mit Vielfalt muss heute zu den Kernkompetenzen einer Verwaltung, einer Institution oder eines Unternehmens in einer heterogenen Gesellschaft und einer globalisierten Welt gehören.

Seit etwa zwanzig Jahren wird an Strategien zur „interkulturellen Öffnung“ gearbeitet. Damit wird der Prozess der Organisationsentwicklung bezeichnet, mit dem Zugangsbarrieren für Migrantinnen und Migranten abgebaut werden sollen. Ein solcher Prozess greift allerdings zu kurz, wenn er nicht Hand in Hand geht mit einer Diversity- oder Antidiskriminierungsstrategie, die wiederum alle Merkmale von Vielfalt in den Blick nimmt: Herkunft, Alter, Geschlecht, Behinderung, sexuelle Identität, Religion etc. Auch die Diskussion über Inklusion (von Menschen mit Behinderung) stärkt – von einer anderen Seite her kommend – das ganzheitliche Denken, das den Begriff der Vielfalt nicht mehr nur auf eine tatsächliche oder auch nur zugeschriebene kulturelle Herkunft bezieht.

Die Stadtverwaltung bemüht sich zunehmend, diese zielgruppen- und merkmalsübergreifende Perspektive zu berücksichtigen: etwa durch ihre Mitgliedschaft im Antidiskriminierungsforum Saar e.V., durch eine entsprechende Förderpolitik bei der Umsetzung des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ oder durch Schulungsangebote für Beschäftigte, die von einer Engführung auf die Schulung interkultureller Kompetenzen weg geht und stärker auf Antidiskriminierungsstrategien setzt. Der Beitritt zur Charta der Vielfalt und die Umsetzung der daraus erwachsenden Selbstverpflichtungen soll diesen Prozess unterstützen.

Für den Integrationsbericht haben wir stichprobenartig einige sehr unterschiedliche Institutionen in Saarbrücken nach ihren Strategien im Umgang mit (ethnischer) Vielfalt befragt. Die Ergebnisse können nicht repräsentativ sein, aber sie vermitteln einen guten Eindruck von der Bandbreite, was Problembewusstsein, Lösungsansätze und Kreativität im Umgang mit Vielfalt betrifft.

Schlaglicht 1: Stadtverwaltung Saarbrücken

Die Stadtverwaltung selbst hat seit der Verabschiedung ihres Integrationskonzepts 2007 eine Reihe von Maßnahmen getroffen. Insbesondere stellt sie systematisch Jahr für Jahr Bewerber_innen mit Migrationshintergrund als Auszubildende im Verwaltungsfachbereich ein (11 Personen seit 2008). Da die Stadt für den eigenen Bedarf ausbildet, werden die Azubis in der Regel auch übernommen. Die Erhöhung des Migrantenanteils unter den Beschäftigten der Stadtverwaltung soll weiter vorangebracht werden. Es ist beabsichtigt, mittels einer freiwilligen Befragung den derzeitigen Anteil zu ermitteln und Ziele zu formulieren.

Verschiedene Schulungsmaßnahmen für Beschäftigte sollen die Kompetenz im Umgang mit der heterogenen Bürgerschaft fördern (interkulturelle Kommunikation, Schulungen zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz AGG, fachspezifische Fortbildungen z.B. zur frühkindlichen Sprachförderung etc.). Auch Aktivitäten wie die Einbürgerungskampagne tragen zur interkulturellen Öffnung bei, indem sie intern für die Belange von Zuwanderern sensibilisieren und nach außen die Selbstverpflichtung einer bürgerfreundlichen Verwaltung für *alle* Bürger_innen kommunizieren.⁵⁷

⁵⁷ Ausführlicher zur interkulturellen Öffnung der LHS: vgl. Umsetzungsbericht zum Integrationskonzept der Landeshauptstadt Saarbrücken, Juli 2012.

Schlaglicht 2: Einrichtungen der Erwachsenenbildung

Befragt wurden die Kath. Familienbildungsstätte, die Ev. Familienbildungsstätte und die Volkshochschule Saarbrücken, die jeweils ein breites Spektrum an Kursen von Gesundheitsförderung über Ernährungsberatung bis Computer- und Sprachkurse anbieten. Bei den konfessionellen Einrichtungen haben schätzungsweise 5 bis 10 % aller Kursteilnehmer_innen an den allgemeinen Angeboten einen Migrationshintergrund. Anders verhält es sich natürlich bei den Deutsch- und Integrationskursen, die speziell auf Migrant_innen zugeschnitten sind – sie werden gut genutzt. Von den Dozent_innen haben rund 10 % einen Migrationshintergrund. Die VHS erhebt den Migrationshintergrund nicht, bestätigt jedoch auf Nachfrage, dass der Anteil der Kursteilnehmer_innen mit Migrationshintergrund bundesweit gering ist.

Als Zugangshürden werden nach eigenen Angaben festgestellt: die formellen An- und Abmeldemodalitäten, Kursgebühren, sprachliche Barrieren. Vermutlich spielt hier aber auch eine Rolle, dass von den Angeboten der Erwachsenenbildung auch bei Deutschen bestimmte Milieus eher angesprochen werden als andere.

Schlaglicht 3: Schwangerschaftsberatung

Wir haben drei Schwangerschaftsberatungsstellen befragt: die Ev. Beratungsstelle für Schwangerschaftskonflikte, Familienplanung und Sexualpädagogik, die Katholische Schwangerschaftsberatung und Pro Familia.

Der Anteil der Ratsuchenden mit Migrationshintergrund ist bei allen drei im Laufe der Jahre gestiegen. Im Jahr 2012 lag er bei der evangelischen Einrichtung bei 45 % (= 434 Personen), bei der katholischen Beratungsstelle bei 61 % (= 375 Personen) und bei Pro Familia bei 24 % (= 340 Personen). Gestiegen ist vor allem der Anteil der deutschen Ratsuchenden mit Migrationshintergrund.

Die Migrantinnen werden vielfach erreicht über „Mundpropaganda“, d.h. Empfehlung durch Bekannte und Verwandte, aber auch durch mehrsprachige Flyer, die an wichtigen Stellen ausliegen, und durch eine gute Vernetzung mit anderen Beratungsdiensten. Als aktive Strategien, um den Weg in die Beratungsstelle zu ebnen, werden genannt: Ausbau der „Geh-Struktur“ (aufsuchende Arbeit, Außensprechstunden), Abbau von Sprachbarrieren.

Beschäftigte mit Migrationshintergrund gibt es unter den hauptamtlichen Berater_innen noch wenige. Zunehmend werden jedoch mehrsprachige Honorarkräfte, z.B. Sprachmittlerinnen, hinzugezogen.

Die größten Herausforderungen im Umgang mit der vielfältigen Klientel liegen in den teilweise komplizierten ausländerrechtlichen Fragestellungen; in der Überbrückung von Sprachbarrieren; in fehlendem Wissen über die deutsche Gesellschaft und das Sozialsystem. Zitat: *„Oftmals haben Frauen noch nie erlebt, dass es von Beraterinnen, die der Schweigepflicht unterliegen, Beratung, Hilfe und Unterstützung kostenlos und ohne Verpflichtungen gibt.“*

Die Beratungsstellen begegnen diesen Herausforderungen insbesondere durch: Kooperation mit anderen Beratungsstellen (etwa Migrationsdiensten bei ausländerrechtlichen Fragestellungen), Einsatz von Sprachmittlerinnen, Fortbildung, Vernetzung in Arbeitskreisen und kollegiale Beratung.

Handlungsbedarf sieht insbesondere die Katholische Beratungsstelle darin, Migrantinnen stärker für Kursangebote zu gewinnen („das Baby verstehen“, „Babymassage“) und sie an deutsche Strukturen (z.B. Bildungssystem) und Angebote heranzuführen. Diese Feststellung deckt sich mit den Erfahrungen der Bildungseinrichtungen, die Migrantinnen deutlich schlechter erreichen als die Beratungsstellen.

Schlaglicht 4: Schuldner- und Insolvenzberatung

Die Schuldner- und Insolvenzberatung bei der Gemeinwesenarbeit Burbach (Träger: Caritas und Diakonie) verzeichnet im Jahr rund 500 Beratungen. Ein Drittel der Ratsuchenden hat Migrationshintergrund. Das Beratungsangebot ist offenbar bekannt und muss nicht offensiv beworben werden; die Beratungskapazitäten sind erschöpft. Besonders schwierig gestaltet sich die Beratung, wenn die Ratsuchenden ungenügend Deutsch sprechen. Ausländerrechtliche Fragestellungen machen den Austausch mit Expert_innen bzw. ggfs die Weitervermittlung an einen Migrationsdienst erforderlich. Die Beratungsstelle ist zunehmend mit der schwierigen Situation von EU-Bürger_innen konfrontiert, die zwar Freizügigkeitsrecht genießen, aber nur sehr beschränkte Ansprüche auf Sozialleistungen haben, was zu erheblichen menschlichen Notlagen führen kann.

Schlaglicht 5: Lesben- und Schwulenverband Saar

Im Jahr 2011 startete der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) Saar eine Aktion auf Plakaten und im Internet als Aufruf an homosexuelle Menschen mit Migrationshintergrund. In Folge der Aktion bildete sich die erste Migrant_innengruppe im LSVD. Lesbische und schwule Migrant_innen treffen auch in Deutschland immer noch auf viele Widerstände, Anfeindungen und Rassismus. Was die Menschen verbindet, ist die Erfahrung von Diskriminierung, dabei oft auch mehrfach: aufgrund der sexuellen Identität und des Migrationshintergrundes.

Aus der Beratung und den Gesprächen wird berichtet, dass die Diskriminierung nicht nur im privaten und beruflichen Umfeld, sondern auch im Umgang mit Gesetz und Behörden erfahren wird. Beispielsweise ist der Nachzug eines Partners im Rahmen einer Lebenspartnerschaft schwieriger als bei einer heterosexuellen Heirat. Zunehmend wird auch der Vorwurf von „Scheinlebenspartnerschaften“ laut. Auch wird Homosexualität nur selten als Asylgrund anerkannt, trotz strafrechtlicher und persönlicher Verfolgung in verschiedenen Ländern.

Ein Großteil der Mitglieder der Selbsthilfegruppe hat Saarbrücken als Lebensmittelpunkt gewählt und fühlt sich hier wohl. Deutschland wird von vielen als relativ freies Land im Umgang mit Homosexualität geschätzt. Die meisten würden gerne hier bleiben, doch oft fehlt beispielsweise die berufliche Perspektive, um dauerhaft in Saarbrücken Fuß zu fassen.

Sich der eigenen Homosexualität bewusst zu werden und dazu zu stehen, ist ein großer Schritt für Betroffene, das öffentliche Outing aber stellt noch eine ganz neue Herausforderung dar. In verschiedenen Kulturkreisen und Religionen ist Homosexualität bis heute nicht anerkannt und wird teilweise sogar verfolgt, selten offen toleriert. Besonders in Kulturen mit traditionell engen Familienverbänden spielt die Familie eine große Rolle. Es wird deutlich seltener mit der Familie gebrochen als in Deutschland, oft ist ein Wegzug die Möglichkeit, die eigene Identität auszuleben, ohne in einen Familienkonflikt zu geraten. Sehr häufig jedoch wird über die Homosexualität geschwiegen und man gibt sich nicht zu erkennen. In einem besonderen Konflikt stehen Personen, die sich mit Kultur und Religion ihres Herkunftslandes eng ver-

bunden fühlen und sie leben, diese sich jedoch nicht mit der Homosexualität vereinbaren lässt.

Schlaglicht 6: Paul Marien Hospiz

Gefördert aus dem Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ führte das Paul Marien Hospiz (Kreuznacher Diakonie) in Saarbrücken 2012 ein Projekt zur Sensibilisierung von Haupt- und Ehrenamtlichem in der Hospizarbeit durch. Ausgewählte Referent_innen informierten über den Umgang mit Krankheit, Sterben, Tod und Trauer in Islam und Judentum und verschiedenen christlichen Kulturkreisen. Umgekehrt besuchten haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter_innen den türkischen Frauenkreis im BürgerInnen-Zentrum Brebach und die Italienische Mission. Dort stellten sie die Möglichkeit der Begleitung im Hospiz vor. Außerdem wurde ein interkulturelles/interreligiöses Modul für das Curriculum der ehrenamtlichen Hospizhelfer_innen entwickelt. Weitere Projekte in Zusammenarbeit mit Migrantengemeinschaften sind angedacht.

Schlaglicht 7: Die Internationalität der Saarbrücker Friedhöfe

Auf dem Hauptfriedhof Saarbrücken bestehen mehrere Grabfelder für Verstorbene anderer kultureller/religiöser Gruppen. Seit 1997 existiert ein gesondertes Grabfeld für muslimische Verstorbene aus dem Saarland. Im Feld 33 sind 108 Reihengräber für Verstorbene über fünf Jahre und 93 Kinderreihengräber abgegeben worden (Stand 1. Juli 2013).

Ebenfalls 1997 wurde das Feld 80e für Yeziden geplant. Dort hat jedoch bis heute keine Bestattung stattgefunden.

Auf Initiative des damaligen Ausländerbeirates werden seit 2007 im Feld 133 oberirdische Grabkammern („italienische Bestattung“) gebaut. Dafür wurde das sogenannte, bundesweit einmalige Saarbrücker Modell entwickelt. Auch in diesem Jahr werden weitere 48 Kammern errichtet. Insgesamt werden 132 Kammern abgegeben, davon 95 Kammern für Verstorbene italienischer Abstammung (entspricht 72 %) und 2 Kammern für verstorbene Sinti/Roma (entspricht 2%). Seit 2012 besteht im Feld 134 die Möglichkeit, verstorbene Bektaschi zu bestatten. In diesem Jahr wurde der erste Heilige des muslimischen Derwisch-Ordens dort beerdigt. Damit ist der Hauptfriedhof für die aus dem Kosovo stammende Religionsgemeinschaft die zweite Anlaufstelle neben Spanien aus Europa.

Des Weiteren ist ein Grabfeld für Gläubige der Russisch-Orthodoxen Kirche geplant.

In der Vergangenheit wurden natürlich auch Verstorbene weiterer Glaubensrichtungen in den übrigen Grabfeldern bestattet. Dazu zählen z.B. Buddhisten, Hindus.

Schlaglicht 9: Stadtbibliothek

Es ist nicht zu übersehen, dass die Stadtbibliothek von vielen Personen mit Migrationshintergrund genutzt wird – ob Kinder, Jugendliche oder Erwachsene; Daten über die Herkunft der Bibliotheksnutzer_innen werden jedoch generell keine erhoben. An Veranstaltungen für Teilnehmer_innen von Integrationskursen oder sonstige Migrant_innengruppen im Jahr 2012 haben 167 Personen teilgenommen.

Strategien zur Erreichung von Migrant_innen sind: Bereitstellung entsprechender Medien, Verteilung von Infomaterial, Zusammenarbeit mit Organisationen, Veranstaltungen und Führungen.

Vor allem der Bereich Deutsch als Fremdsprache wird von Personen mit Migrationshintergrund stark genutzt. Die speziellen Angebote für Gruppen, wie z.B. Führungen, könnten allerdings noch stärker genutzt werden.

Schlaglicht 10: Theater⁵⁸

Theater im Viertel

Beim TiV hat ein geschätztes Viertel der Besucher_innen einen Migrationshintergrund. Sie werden als Zielgruppe direkt angesprochen, insbesondere durch gemeinsame Projekte mit Migrantenvereinen und Beratungsstellen und durch gezielte Werbung. Migration ist auch Thema im Programm des TiV, beispielsweise in der Reihen „Heimatwelten“, „Federmenschen“, „VIVA“ und deutsch-spanischen Festivals sowie bei Klezmerkonzerten und bei der Zusammenarbeit mit dem n.o.w. dance-Festival 2011. Rund 40 % der Künstler_innen, die im TiV auftreten, haben einen Migrationshintergrund. Die Stücke, in denen sie spielen, erreichen ein gemischtes Publikum.

⁵⁸ Hier wäre es interessant, mehr zu erfahren über die Strategien der großen Kulturinstitutionen in Saarbrücken (Staatstheater, Museen etc.) zur Erreichung von Migrant_innen. Das war im Rahmen dieses Berichts leider nicht möglich, bzw. die wenigen Aussagen, die wir zusammentragen konnten, ergaben ein zu unvollständiges Bild.

Wird ergänzt:

IV. Fortschreibung des Integrationskonzepts von 2007: Ableitungen von Schwerpunktthemen aus dem Integrationsbericht und Ergebnisse des Beteiligungsworkshops (dazu findet im Herbst 2014 ein Workshop statt)

V. Anhang

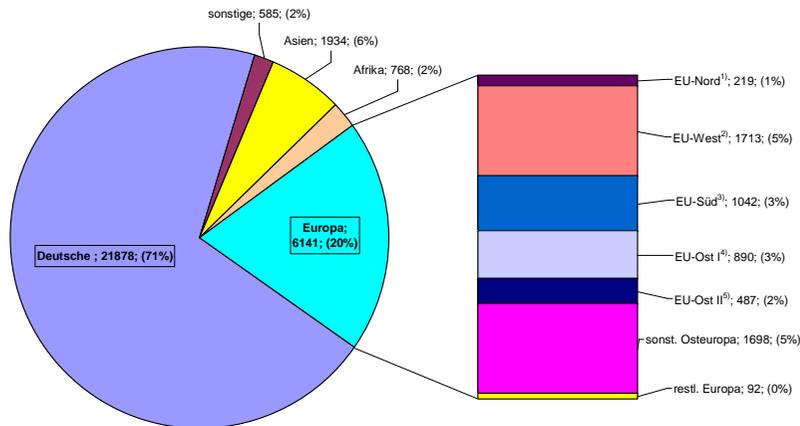
Statistiken

Quellenangaben

Dokumentation: Beteiligungsworkshops / Expertengespräche

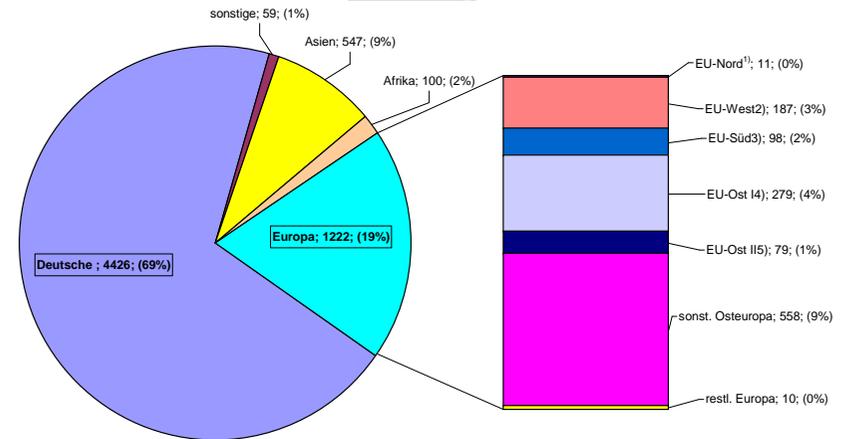
Anhang: Weitere Stadtteile im Überblick (Malstatt, Burbach, Alt-Saarbrücken, Altenkessel, Brebach siehe Kap..)

St. Johann



1) Irland, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Finnland, 2) Niederlande, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Österreich, 3) Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, 4) Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Slowenien, Ungarn, Estland, Litauen, Lettland, Malta, Zypern, 5) Rumänien, Bulgarien

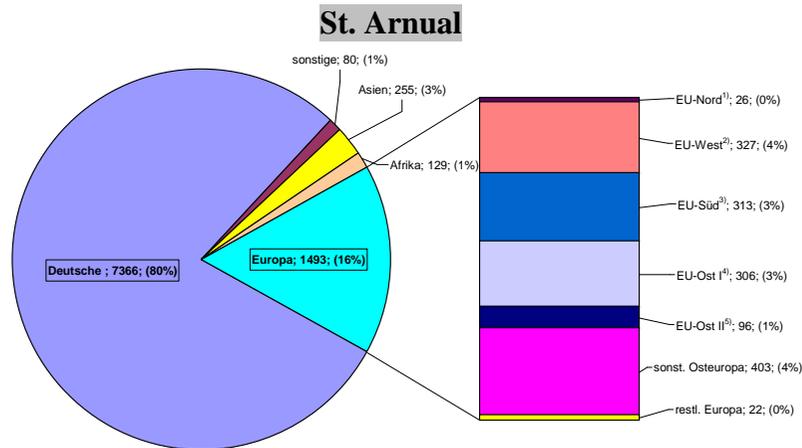
Eschberg



1) Irland, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Finnland, 2) Niederlande, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Österreich, 3) Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, 4) Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Slowenien, Ungarn, Estland, Litauen, Lettland, Malta, Zypern, 5) Rumänien, Bulgarien

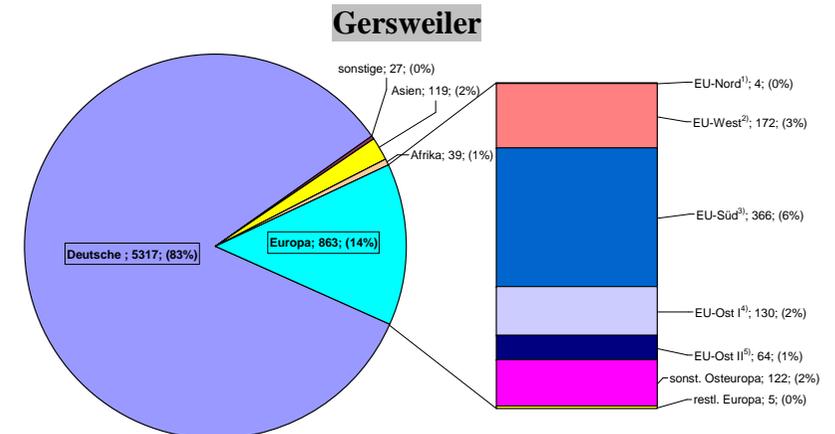
	Bevölkerung insgesamt	Deutsche ohne Migrationshintergrund	Deutsche mit Migrationshintergrund	Ausländer	Personen mit Migrationshintergrund insgesamt
in %	100%	69,90%	10,80%	19,30%	30,10%
absolut	31306	21878	3396	6032	9428

	Bevölkerung insgesamt	Deutsche ohne Migrationshintergrund	Deutsche mit Migrationshintergrund	Ausländer	Personen mit Migrationshintergrund insgesamt
in %	100%	69,70%	19,30%	11,10%	30,40%
absolut	6354	4426	1224	704	1928



1) Irland, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Finnland, 2) Niederlande, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Österreich, 3) Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, 4) Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Slowenien, Ungarn, Estland, Litauen, Lettland, Malta, Zypern, 5) Rumänien, Bulgarien

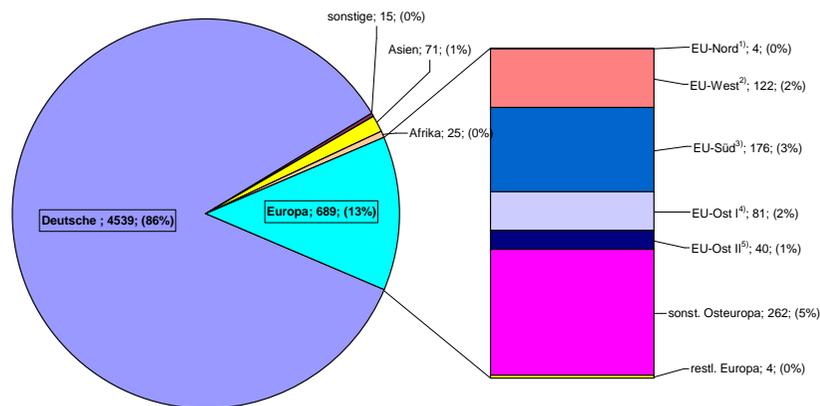
	Bevölkerung insgesamt	Deutsche ohne Migrationshintergrund	Deutsche mit Migrationshintergrund	Ausländer	Personen mit Migrationshintergrund insgesamt
in %	100%	79,00%	11,00%	10,00%	21,00%
absolut	9323	7366	1026	931	1957



1) Irland, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Finnland, 2) Niederlande, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Österreich, 3) Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, 4) Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Slowenien, Ungarn, Estland, Litauen, Lettland, Malta, Zypern, 5) Rumänien, Bulgarien

	Bevölkerung insgesamt	Deutsche ohne Migrationshintergrund	Deutsche mit Migrationshintergrund	Ausländer	Personen mit Migrationshintergrund insgesamt
in %	100%	83,50%	8,50%	7,90%	16,40%
absolut	6365	5317	543	505	1048

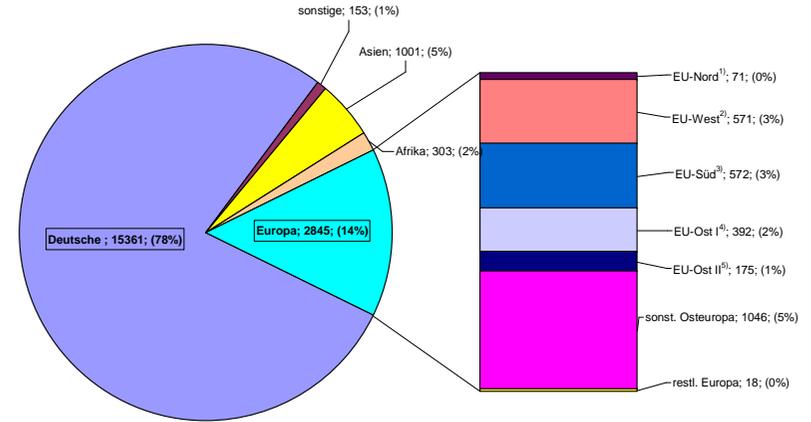
Klarenthal



1) Irland, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Finnland, 2) Niederlande, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Österreich, 3) Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, 4) Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Slowenien, Ungarn, Estland, Litauen, Lettland, Malta, Zypern, 5) Rumänien, Bulgarien

	Bevölkerung insgesamt	Deutsche ohne Migrationshintergrund	Deutsche mit Migrationshintergrund	Ausländer	Personen mit Migrationshintergrund insgesamt
in %	100%	85,00%	8,40%	6,60%	15,00%
absolut	5339	4539	450	350	800

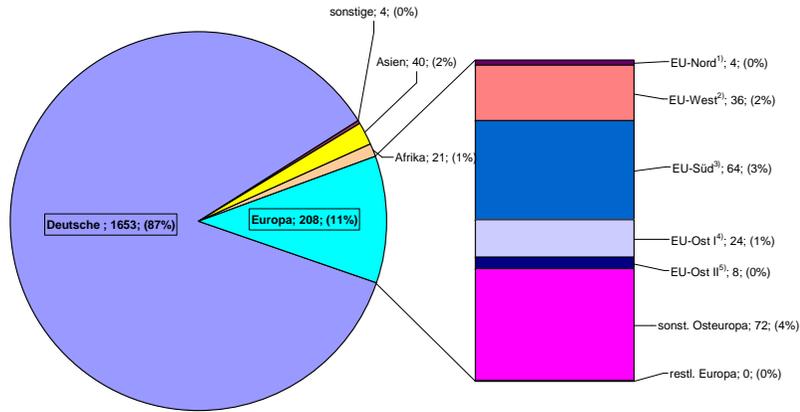
Dudweiler



1) Irland, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Finnland, 2) Niederlande, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Österreich, 3) Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, 4) Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Slowenien, Ungarn, Estland, Litauen, Lettland, Malta, Zypern, 5) Rumänien, Bulgarien

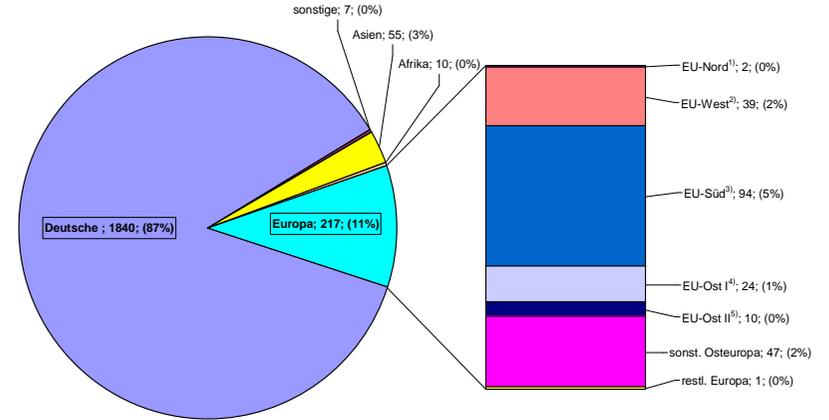
	Bevölkerung insgesamt	Deutsche ohne Migrationshintergrund	Deutsche mit Migrationshintergrund	Ausländer	Personen mit Migrationshintergrund insgesamt
in %	100%	78,10%	8,30%	13,60%	21,90%
absolut	19663	15361	1623	2679	4302

Jägersfreude



1) Irland, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Finnland, 2) Niederlande, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Österreich, 3) Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, 4) Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Slowenien, Ungarn, Estland, Litauen, Lettland, Malta, Zypern, 5) Rumänien, Bulgarien

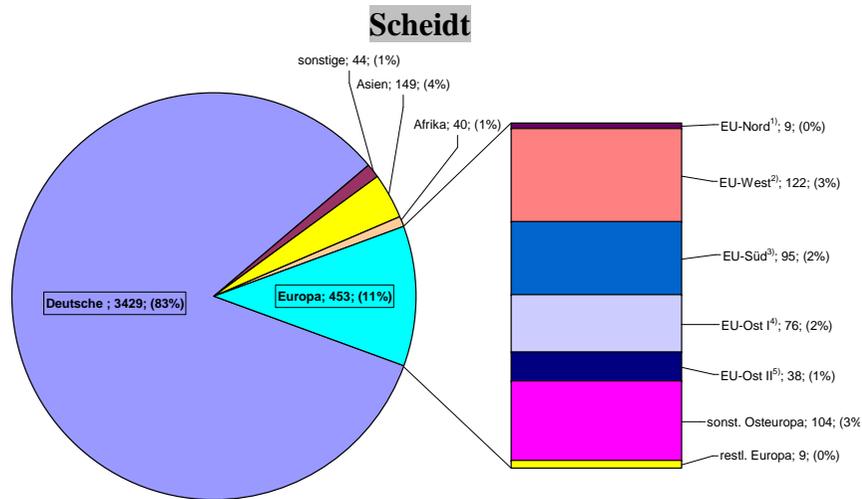
Herrensohr



1) Irland, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Finnland, 2) Niederlande, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Österreich, 3) Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, 4) Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Slowenien, Ungarn, Estland, Litauen, Lettland, Malta, Zypern, 5) Rumänien, Bulgarien

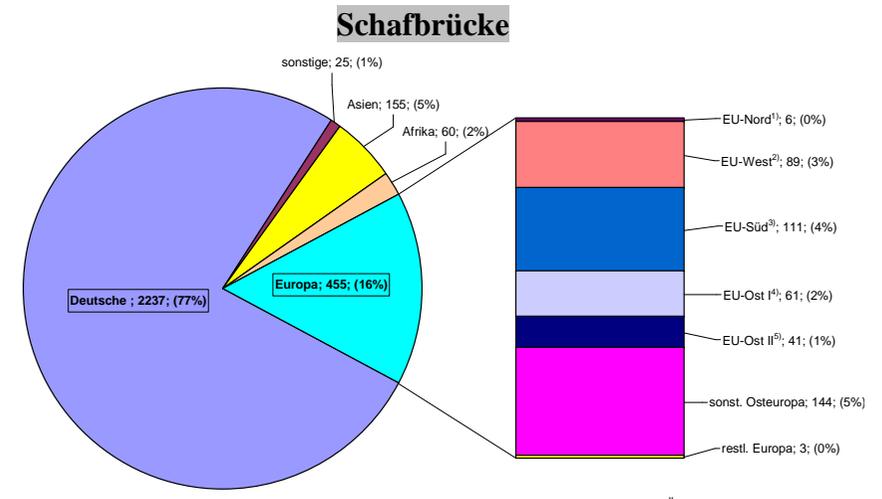
	Bevölkerung insgesamt	Deutsche ohne Migrationshintergrund	Deutsche mit Migrationshintergrund	Ausländer	Personen mit Migrationshintergrund insgesamt
in %	100%	85,80%	7,30%	6,90%	14,20%
absolut	1926	1653	140	133	273

	Bevölkerung insgesamt	Deutsche ohne Migrationshintergrund	Deutsche mit Migrationshintergrund	Ausländer	Personen mit Migrationshintergrund insgesamt
in %	100%	86,40%	7,50%	6,10%	13,60%
absolut	2129	1840	159	130	289



1) Irland, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Finnland, 2) Niederlande, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Österreich, 3) Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, 4) Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Slowenien, Ungarn, Estland, Litauen, Lettland, Malta, Zypern, 5) Rumänien, Bulgarien

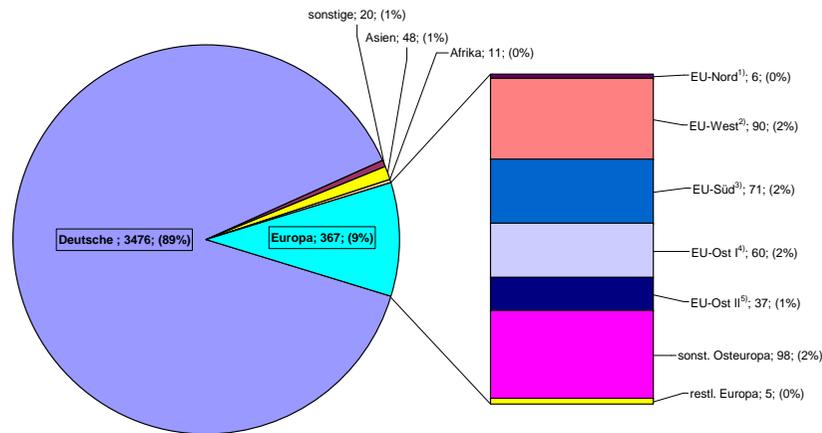
	Bevölkerung insgesamt	Deutsche ohne Migrationshintergrund	Deutsche mit Migrationshintergrund	Ausländer	Personen mit Migrationshintergrund insgesamt
in %	100%	83,30%	7,40%	9,20%	16,60%
absolut	4115	3429	306	380	686



1) Irland, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Finnland, 2) Niederlande, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Österreich, 3) Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, 4) Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Slowenien, Ungarn, Estland, Litauen, Lettland, Malta, Zypern, 5) Rumänien, Bulgarien

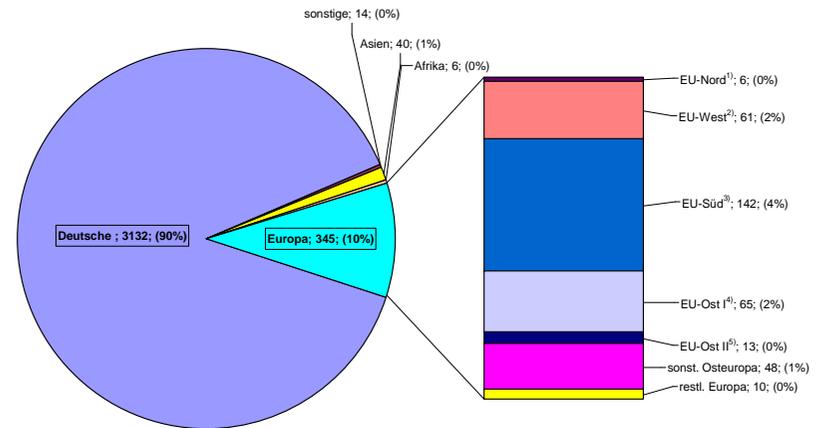
	Bevölkerung insgesamt	Deutsche ohne Migrationshintergrund	Deutsche mit Migrationshintergrund	Ausländer	Personen mit Migrationshintergrund insgesamt
in %	100%	76,30%	10,20%	13,50%	23,70%
absolut	2932	2237	299	396	695

Bischmisheim



1) Irland, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Finnland, 2) Niederlande, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Österreich, 3) Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, 4) Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Slowenien, Ungarn, Estland, Litauen, Lettland, Malta, Zypern, 5) Rumänien, Bulgarien

Ensheim

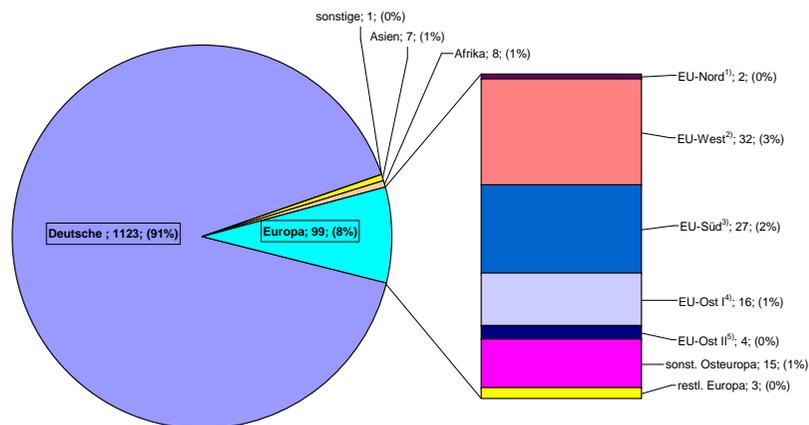


1) Irland, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Finnland, 2) Niederlande, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Österreich, 3) Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, 4) Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Slowenien, Ungarn, Estland, Litauen, Lettland, Malta, Zypern, 5) Rumänien, Bulgarien

	Bevölkerung insgesamt	Deutsche ohne Migrationshintergrund	Deutsche mit Migrationshintergrund	Ausländer	Personen mit Migrationshintergrund insgesamt
in %	100%	88,60%	6,20%	5,20%	11,40%
absolut	3922	3476	243	203	446

	Bevölkerung insgesamt	Deutsche ohne Migrationshintergrund	Deutsche mit Migrationshintergrund	Ausländer	Personen mit Migrationshintergrund insgesamt
in %	100%	88,50%	5,80%	5,60%	11,40%
absolut	3537	3132	206	199	405

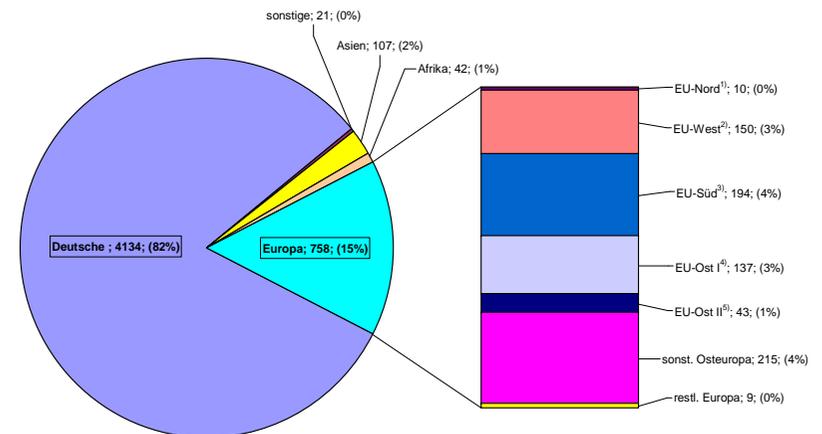
Eschringen



1) Irland, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Finnland, 2) Niederlande, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Österreich, 3) Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, 4) Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Slowenien, Ungarn, Estland, Litauen, Lettland, Malta, Zypern, 5) Rumänien, Bulgarien

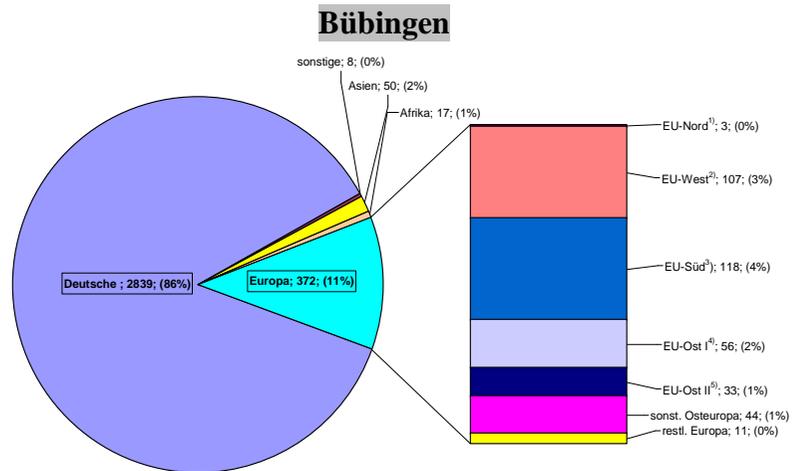
	Bevölkerung insgesamt	Deutsche ohne Migrationshintergrund	Deutsche mit Migrationshintergrund	Ausländer	Personen mit Migrationshintergrund insgesamt
in %	100%	90,70%	5,40%	3,90%	9,30%
absolut	1238	1123	67	48	115

Güdingen



1) Irland, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Finnland, 2) Niederlande, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Österreich, 3) Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, 4) Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Slowenien, Ungarn, Estland, Litauen, Lettland, Malta, Zypern, 5) Rumänien, Bulgarien

	Bevölkerung insgesamt	Deutsche ohne Migrationshintergrund	Deutsche mit Migrationshintergrund	Ausländer	Personen mit Migrationshintergrund insgesamt
in %	100%	81,70%	8,80%	9,60%	18,40%
absolut	5062	4134	443	485	928



1) Irland, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Finnland, 2) Niederlande, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Österreich, 3) Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, 4) Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Slowenien, Ungarn, Estland, Litauen, Lettland, Malta, Zypern, 5) Rumänien, Bulgarien

	Bevölkerung insgesamt	Deutsche ohne Migrationshintergrund	Deutsche mit Migrationshintergrund	Ausländer	Personen mit Migrationshintergrund insgesamt
in %	100%	86,40%	7,80%	5,80%	13,60%
absolut	3286	2839	255	192	447

Anhang: Dokumentation der Workshops mit dem Arbeitskreis Migrantinnen und den Migrationsdiensten der Wohlfahrtsverbände

1. Workshop: AK Migrantinnen am 24.4.2014

Situation und Perspektiven von Migrantinnen in Saarbrücken

Zur Vorbereitung auf den Integrationsbericht 2013 der Landeshauptstadt Saarbrücken hat das Zuwanderungs- und Integrationsbüro (ZIB) im April 2013 einen Workshop initiiert, zu dem sowohl Teilnehmerinnen des seit 2001 bestehenden Saarbrücker Arbeitskreises Migrantinnen⁵⁹ als auch eine Reihe weiterer Frauen aus saarländischen Migrant_innenorganisationen und –vereinen eingeladen wurden. Im Workshop ging es um Einschätzungen der Teilnehmerinnen bezüglich aktueller Lebenslagen von Migrantinnen in Saarbrücken und um den Stand der interkulturellen Öffnung verschiedener Einrichtungen. Durch die große Teilnehmerinnenvielfalt konnten in mehreren Diskussionsrunden und Arbeitsgruppen eine Vielzahl an Beiträgen gesammelt werden. So entstanden Blitzlichter zu aktuellen Themen, Entwicklungspotenzialen und Handlungsperspektiven, die wichtige Anregungen für den Integrationsbericht 2013 lieferten.

Ein Blick in die Statistik

Zum Einstieg wurden aktuelle statistische Daten zu ausgewählten Themen in einer kurzen Analyserunde im Plenum begutachtet. Dabei ging es u.a. um Entwicklungen in der Bevölkerungsstatistik, bei den Herkunftsländern, bei Eheschließungen und Scheidungen in den letzten zehn Jahren. Auffallend waren die Zahlen hinsichtlich der Teilnehmer_innen in Integrationskursen: Rund zwei Drittel der TN sind Frauen; noch höher ist ihr Anteil bei den erfolgreichen Absolvent_innen⁶⁰. Die Fachkräfte im Workshop bestätigten diese Häufigkeitsverteilung. Darüber hinaus formulierten sie die Beobachtung, weibliche Teilnehmerinnen seien beim Besuch eines Integrationskurses häufig motivierter als männliche und würden sich in besonderem Maße durch ihr hohes Interesse an Sozialkontakten auszeichnen. Auch eine deutliche

⁵⁹ Mitwirkende des AK Migrantinnen: AWO-Frauenhaus, AWO-Migrationsdienst, Baris e.V. Völklingen, Beratungsstelle für Flüchtlingsfrauen des Diakonischen Werkes an der Saar gGmbH, Beratungsstelle für Migrantinnen, Caritas Migrationsdienst, Deutsch-Ausländischer JugendClub, Deutsches Rotes Kreuz (Migrationsdienst), Frauennotruf Saarland, Integrationsbeirat Saarbrücken, Projekt ibis, Ramesch e.V., SIMA-Saarländische Initiative Migration und Arbeitswelt, SOS-Jugendhilfen, Stadtteilbüro Alt-Saarbrücken Stadtteilbüro Malstatt, Verband binationaler Familien und Partnerschaften/iaf e.V., Volkshochschule Regionalverband, XENOS-Interkulturelle Kompetenzwerkstatt, Zuwanderungs- und Integrationsbüro der Landeshauptstadt Saarbrücken

⁶⁰ 545 weibliche und 377 männliche neue TN an Integrationskursen im Saarland 2012

Zunahme an Selbstinitiative und selbstständiger Kontaktaufnahme zwecks Kursbesuchs sei bei den Migrantinnen in jüngerer Vergangenheit deutlich zu registrieren, so die Einschätzung der Workshop-Teilnehmerinnen. Eine eher geringe Motivation bei männlichen wie weiblichen Teilnehmer_innen lasse sich hingegen meist in Zusammenhang mit einer (durch das Jobcenter) angeordneten, verpflichtenden Teilnahme an einem Integrationskurs ausmachen. Vor diesem Hintergrund erschien es den Expertinnen daher für die Zukunft auch interessant zu beobachten, ob es eine Korrelation zwischen einer freiwilligen Teilnahme und einem erfolgreichen Abschluss von Integrationskursen gebe.

Neben den vorgestellten kritischen Hinweisen bezüglich der Verpflichtung zur Teilnahme an Integrationskursen wurden jedoch auch Vorteile erörtert: So gebe es vereinzelt Frauen, für die gerade die Verpflichtung zu einem Integrationskurs neue Verwirklichungsmöglichkeiten biete. Ein solcher Kurs stelle teilweise erste autonome Erfahrungen außerhalb des häuslichen Rahmens dar und bedeute somit für die betreffenden Frauen gewissermaßen ein Stück Freiheit. Insofern dürfe man die Verpflichtung zur Kursteilnahme nicht pauschal kritisieren. Wie so oft gelte es auch hier, alle Facetten dieses Aspektes zu berücksichtigen.

Relevante Fragen und Themen im Beratungskontext

In einem anschließenden Diskussionsforum folgte eine Sammlung relevanter Fragestellungen und Themen, die Migrantinnen bei Beratungen vorbringen. Die Beiträge der Teilnehmerinnen ergaben zusammenfassend, dass eine migrationsensible Beratung grundsätzlich sowohl psychologische und soziale Faktoren als auch migrations- und kulturspezifische Aspekte berücksichtigen müsse.



Die genannten Informations- und Beratungsanliegen der ratsuchenden Frauen lassen sich folgenden Themen zugeordnet:

➤ **Familie**

Schwerpunkte bilden *Trennungs- und Scheidungssituationen* (Ängste, Belastungserleben, Existenzsicherung, Sorgerechtsentscheidungen zugunsten des deutschen Partners, Rechtsklärung etwa in Form von Gewaltschutz etc.) und die *Bildung und Erziehung der Kinder* (Unsicherheiten und Ängste der Eltern bezüglich der Zukunftschancen ihrer Kinder, Informationswunsch bezüglich Kinderbetreuung, Elterngeld, Elternzeit und Kindergeld sowie weiterer Entlastungsmöglichkeiten, kulturell bedingte Erziehungsunterschiede etc.) ausgemacht werden. Weitere relevante Beratungsthemen seien *Gewalterfahrungen*, *Suchtproblematiken* sowie *Unterstützungsmöglichkeiten im Alter und bei pflegebedürftigen Angehörigen*.

➤ **Beruf**

Der Großteil der Migrantinnen, die die unterschiedlichen Beratungsstellen aufsuchen, wünsche sich einen *Zugang zum Arbeitsmarkt*, dieser gestalte sich jedoch teilweise sehr schwierig. Damit verbunden sei außerdem häufig der Wunsch nach *Unterstützung im Anerkennungsverfahren* zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen, ebenso wie *Beratung und konkrete Hilfen bezüglich der Jobsuche* (häufig gelinge es nicht,

Beschäftigungen über Minijobs hinaus zu finden) und ggf. der *Vermittlung von Qualifizierungsmaßnahmen* (Sprachkurse, berufliche Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten).

➤ **Praktische Unterstützung**

Beinahe übereinstimmend wurde von den Teilnehmerinnen als eine Art „themenübergreifende Anfrage“ vieler Klientinnen *persönliche Begleitung und Unterstützung durch Fachkräfte* bei diversen Amtsgängen (Vermittlungsfunktion zwischen Ämtern und Klientinnen), aber auch bei Kontaktaufnahmen sonstiger Art wie etwa Wohnungssuche, Jobsuche, Rechtshilfe und -beratung usw. erwünscht. Beweggründe der Migrantinnen seien hier vor allem das Fehlen eines tragenden sozialen Netzwerkes sowie der Wunsch nach Schutz vor Diskriminierung. Ausschließliche Beratung sei daher oftmals unzureichend, praktische Begleitung und Beistand der Klientinnen jedoch mit einem teilweise nicht erfüllbaren organisatorischen und zeitlichen Aufwand verbunden.

Als **positive Entwicklung**, die sich in den Beratungen wider spiegele, wurde festgehalten, dass weit mehr Frauen als noch vor einigen Jahren aktiv Arbeit suchten. Dementsprechend sei auch der Anteil erwerbstätiger Migrantinnen – wenn auch häufig nur im Rahmen von Minijobs – deutlich gestiegen.

Zudem lasse sich ein veränderter Umgang mit der Problematik häuslicher Gewalt beobachten. Bereits die stärkere, offene Thematisierung gebe einen deutlichen Hinweis darauf, dass das Erlebte trotz empfundener Scham oder Furcht nicht mehr nur als reine Privatsache abgetan und verdrängt werde. Dies sei eines von vielen Beispielen, das für ein neues, stärkeres Selbstbewusstsein bei vielen Migrantinnen spreche.

Migrantinnen als Mitarbeiterinnen in hauptamtlichen Strukturen

Im Workshop wurde auch der Frage nachgegangen, wie sich der Anteil der Migrantinnen unter den Beschäftigten in hauptamtlichen Strukturen (der Integrationsarbeit, bei Beratungsstellen, in öffentlichen Einrichtungen etc.) entwickelt habe: Wo stehen die einzelnen Einrichtungen?

Die Teilnehmerinnen stimmten darin überein, dass es gerade in diesem Bereich noch viel Handlungsbedarf gebe. Zwar arbeite man in gewissen Arbeitsbereichen (z.B. Migrationsdiensten, Gemeinwesenarbeit), in deren Rahmen man u. a. aufgrund von sprachlichen Kenntnissen häufig auf die Unterstützung von Migrant_innen angewiesen sei, bereits in gemischten Teams, in einigen Bereichen seien Migrantinnen jedoch in hauptamtlichen Strukturen noch immer kaum repräsentiert. Die großen Träger im sozialen Sektor hätten diese Problematik

zwar durchaus erkannt und seien auf einem guten Weg, es gebe in diesem Zusammenhang jedoch noch viel zu tun. Nach wie vor könne sich beispielsweise die Religionszugehörigkeit hinderlich auf eine Einstellung auswirken. An der Auflösung derartiger Exklusionskriterien gelte es weiterhin zu arbeiten. Als konkrete Handlungsvorhaben formulierten die Fachkräfte das Vorantreiben einer verstärkten interkulturellen Öffnung auf Seiten der verschiedenen Träger sowie die Ermutigung und Unterstützung von Migrantinnen zur Bewerbung.

Erfassung des Migrationshintergrunds: Förderstrategie oder Stigmatisierung?

Weiterführend wurde – wie zu Beginn mit Blick auf statistische Erhebungen – zur Diskussion gestellt, ob positive und negative Entwicklungen im Bereich der hauptamtlichen Beschäftigung von Migrant_innen (insbesondere bei der Landeshauptstadt Saarbrücken) nur dann erkennbar seien, wenn der Migrationshintergrund der Beschäftigten statistisch erfasst werde. Diese Erfassung könne grundsätzlich ambivalent (sinnvoll und/oder diskriminierend) gedeutet und erlebt werden.



Im Verlaufe der Diskussion kristallisierten sich zwei Positionen heraus, die es nach Einschätzung der Workshop-Teilnehmerinnen zu beachten gelte. Auf der einen Seite könne nur durch freiwillige Befragungen nach dem Migrationshintergrund bei den Beschäftigten die Grundlage für ein Monitoring gelegt werden (um die Entwicklung zu beobachten, Ziele zu formulieren und Fördermaßnahmen zu ergreifen). Auf der anderen Seite dürfe jedoch die Möglichkeit einer subjektiv empfundenen Stigmatisierung auf Seiten der Migrant_innen nicht unberücksichtigt bleiben.

Zusammenfassend wurde festgehalten, dass nur mit einer zuverlässigen statistischen Grundlage eine tatsächliche Förderpolitik möglich ist. Damit verbundene, mögliche Stigmatisierungs-

empfindungen seien zwar ernst zu nehmen, in der Abwägung allerdings nicht als genereller Hinderungsgrund zu werten.

Hingewiesen wurde außerdem darauf, dass zwischen dem Selbstverständnis der unterschiedlichen Generationen mit Migrationshintergrund zu unterscheiden sei: Während die Generationen mit eigener Migrationserfahrung häufig keine oder nur wenig Schwierigkeiten mit der Bezeichnung „Migrant_in“ habe, empfänden Kinder und Jugendliche diese Kennzeichnung oftmals als inadäquate oder sogar diskriminierende Zuschreibung.

Abschließend stufte der Großteil der Anwesenden die Erfassung des Migrationshintergrundes bei hauptamtlich Beschäftigten schließlich als wichtig und sinnvoll ein. Sie berge die Chance der Entwicklung und Überprüfung von Handlungsstrategien, die zu einer spürbaren Erhöhung des Migrantinnenanteils unter den Beschäftigten führen können. Gleichzeitig wurde jedoch angemerkt, dass eine hohe Sensibilität vonnöten sein werde, um bei einer Befragung mögliche Stigmatisierungsempfindungen möglichst gering zu halten.

Bedarfe und drängende Fragen von Migrantinnen in verschiedenen Lebensphasen



Zuletzt diskutierten die Teilnehmerinnen des Workshops in zwei Arbeitsgruppen (1) drängende Fragen von **Mädchen** mit Migrationshintergrund im Hinblick auf Schule, Freizeit, Ausbildung etc. sowie (2) elementare Fragen für **Frauen** mit Migrationshintergrund bezüglich Beruf, Familie und Lebenslage. Die Diskussion hatte zum Ziel, wichtige aktuelle Themen herauszufiltern, die in die Fortschreibung des Integrationskonzepts einfließen sollen.

(1) Die Auswertung ergab, dass es den teilnehmenden Fachkräften zunächst einmal wichtig erschien, konzeptionell nicht nur nach Altersgruppen zu unterscheiden. Vielmehr sollten auch unterschiedliche Sozialisationskontexte und Bildungssettings berücksichtigt werden. Insbesondere im Rahmen der Angebotsentwicklung müsse einkalkuliert werden, ob es sich bei Adressatinnen hauptsächlich um Mädchen handele, die in Deutschland aufgewachsen seien oder doch um Mädchen, deren Immigration erst kurz zurückliege.

Der Großteil der Mädchen erschien den Teilnehmerinnen auf Grundlage ihrer Beratungspraxis zudem weitaus angepasster als gleichaltrige Jungen. Sie seien oftmals „Denkerinnen“, die viel mit sich selbst ausmachen. Ihre Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement sei außerdem generell höher einzuschätzen und bedürfe deutlich weniger Motivationsarbeit als dies bei ihren gleichaltrigen Geschlechtsgenossen der Fall sei.

Im Hinblick auf die zukünftige Arbeit mit dieser Zielgruppe wurde vor allem die *Förderung selbstbestimmten Handelns* als Zielsetzung herausgestellt. Dieser Aspekt sei grundlegend mit Mündigkeit - im Sinne von Entscheidungsfreiheit - und autonomen Erfahrungserweiterungen verknüpft und daher von einer enormen Bedeutung für die Zukunft der Mädchen.

- (2) Im Hinblick auf die Dimensionen Beruf, Familie und Lebenslage von Migrantinnen in Saarbrücken definierte die zweite Arbeitsgruppe übereinstimmend *Arbeitslosigkeit bzw. Zugang zum Arbeitsmarkt* als zentrale Themen. Schwierigkeiten bei der Wiedereingliederung, Probleme und Unsicherheiten bei Berufsanerkennungen und Informationswünsche bezüglich Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten seien ganz zentrale Themen, die Migrantinnen in die Beratungsstellen kommen ließen. Viele junge Frauen hätten die Schule früh ohne Abschluss verlassen oder direkt nach Schulabschluss geheiratet und eine Familie gegründet. Das Fehlen eines Abschlusses oder einer Berufsausbildung erschwere den (Wieder-) Einstieg in den Arbeitsmarkt für diese Zielgruppe folglich ganz erheblich. In diesem Zusammenhang wurde von Teilnehmerinnen der Arbeitsgruppe ein deutlicher Wunsch formuliert: Zielsetzung solle die Unterstützung und Qualifizierung von jungen Frauen (oftmals jungen Müttern) sein. Mit dieser Problematik einer lediglich unzureichenden Qualifizierung sei zuweilen außerdem auch ein noch nicht ausreichend ausgeprägtes Bewusstsein für die Relevanz von Bildung für Mädchen und Frauen in einigen Migrant_innenfamilien verknüpft. Es sei daher überaus wichtig, nicht zu ignorieren, dass die Definition eines vollwertigen „Frau-seins“ vereinzelt noch immer eng mit Muttersein und Haushaltsführung assoziiert werde. Allerdings bestehe in diesem Zusammenhang auch stets die große Gefahr der Generalisierung, die unbedingt vermieden werden müsse. Neben vielen jungen Frauen seien außerdem auch zahlreiche Frauen über 50 Jahren regelrecht „verloren gegangen“. Auch für diese Zielgruppe würden oftmals nötige Angebote zur Wiedereingliederung und ggf. Qualifizierung fehlen. Als Folge seien häufig Depressionen und Rückzug bei den Frauen beobachtbar. Für diese Zielgruppe müsse deutlich mehr

getan werden. Die bisherigen Maßnahmen 50plus seien nach den Erfahrungen aus der Beratungspraxis nur mäßig erfolgreich.

Ein weiterer zentraler Aspekt in der Beratung der entsprechenden Zielgruppe sei außerdem die meist schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Erschwert werde diese in den Fällen, in denen es keine partnerschaftliche Arbeitsteilung in der Familie gebe. Allerdings sei dies keinesfalls eine ausschließlich migrant_innenspezifische Problematik.

Dokumentation: Anna-Sophie Kiefer, unter Mitwirkung von Helga Barrois und Iulia Popescu, Juli 2013

2. Workshop zur Vorbereitung des Integrationsberichts

Zum Stand der Integration in Saarbrücken – die Sicht der Migrationsdienste

24. Juni 2013

Teilnehmende: *Mitarbeiter_innen aus den Migrationsdiensten des Caritasverbandes Saarbrücken und Umgebung, des AWO-Landesverbandes Saar, des Diakonischen Werks an der Saar und des Deutschen Roten Kreuzes Landesverband Saarland.*

Redaktion: *Nil Berber, Veronika Kabis*



Ablauf

I. Einführung

II. Entwicklung der Migration 1990 – 2011

III. Diskussion von Themen und Thesen

A. Migration unter veränderten Vorzeichen

B. Aufnahme und Orientierung

C. Zusammenleben und Teilhabe

IV. Größte Herausforderungen und Chancen

I. Einführung

Veronika Kabis erläutert den Hintergrund dieses Workshops. Es handelt sich um ein Fachgespräch, dessen Ergebnisse in den ersten Integrationsbericht der Landeshauptstadt Saarbrücken einfließen sollen. Die spezielle Perspektive der Migrationsdienste ist insofern besonders interessant, als sie durch ihre vielfältigen Kontakte bei Erstberatung und Orientierung von Neuzuwanderern gewissermaßen „Seismographen“ für aktuelle Entwicklungen und Themen im Kontext der Zuwanderung sind.

Gespräche dieser Art mit Expertinnen und Experten sind aus zweierlei Gründen unverzichtbar für die Erarbeitung des Integrationsberichts:

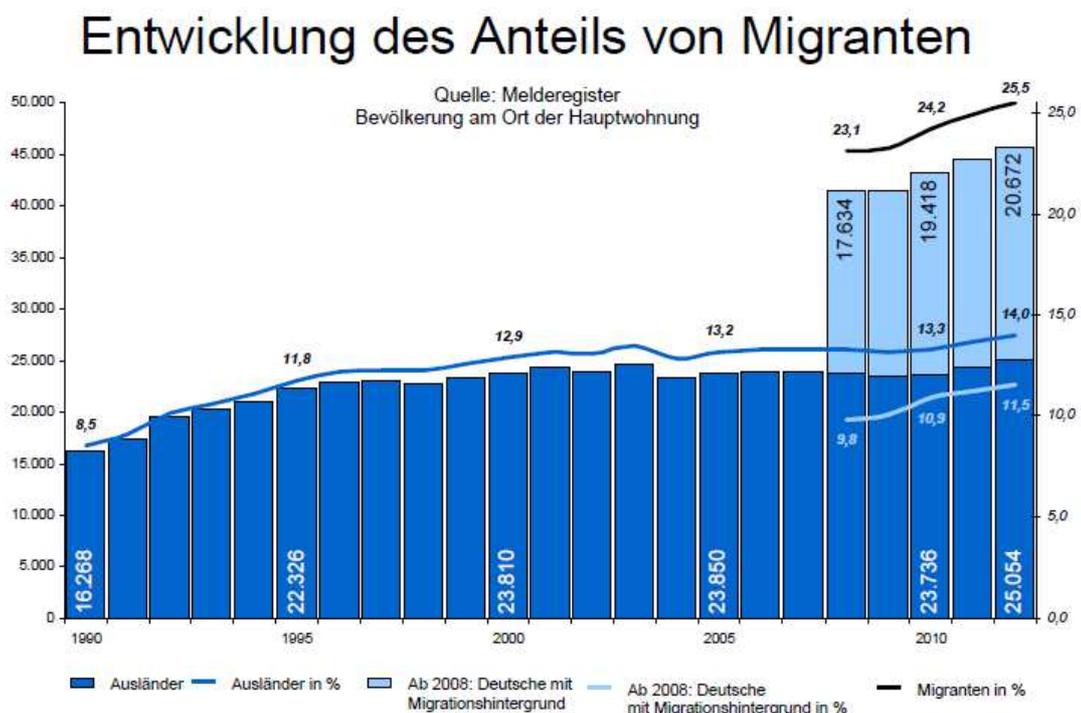
1. Der Integrationsbericht soll sich nicht ausschließlich auf statistische Daten stützen, sondern diese verknüpfen mit Expertenwissen. Die qualitativen Erkenntnisse sind einerseits notwendig, um das Datenmaterial richtig zu interpretieren, und andererseits, um zusätzliche Hinweise zu bekommen, die durch Zahlen nicht erzeugt werden können.
2. Hinzu kommt: Die Sammlung statistischer Daten zum Thema Integration in Saarbrücken gestaltet sich wegen der zersplitterten Zuständigkeiten bei den Behörden von Stadt, Land und Regionalverband als schwierig. Es wird im Bericht deshalb erhebliche Datenlücken geben. Den Fachgesprächen kommt deshalb eine umso größere Bedeutung zu. Ihre Ergebnisse sollen im Übrigen auch als Grundlage für die Fortschreibung des Integrationskonzepts dienen.

Das Kernstück des Integrationsberichts bildet das indikatorengestützte Integrationsmonitoring entlang eines statistischen Grundgerüsts. Das Monitoring soll – indem es in regelmäßigen Abständen aktualisiert wird - die Beobachtung von Prozessen und Verläufen im Feld der Integration über einen längeren Zeitraum erlauben. Ziel ist es, den Stand der Dinge bzgl. der Situation der Migrant_innen und des Zusammenlebens in der Stadt aufzuzeigen. Ergänzt werden Statistiken und Fachgespräche durch Telefoninterviews, die Auswertung von Berichten sowie schwerpunktmäßige Sondererhebungen.

II. Entwicklung der Migration 1990 – 2011 in Saarbrücken

Herr Waespi-Oeß (Leiter des Amtes für Entwicklungsplanung, Statistik und Wahlen) erläutert das Schaubild „Entwicklung des Anteils von Migranten“: Bis 2007 wurde lediglich der Anteil an Ausländer_innen in Saarbrücken erhoben, also der Bürger_innen, deren erste Staatsangehörigkeit nicht Deutsch ist. Ab dem Jahr 2008 wurde dann auch der Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund erhoben. Jede vierte Person in Saarbrücken weist heute einen persönlichen Migrationshintergrund auf (ca. 45.000 Personen), während der Anteil der Personen mit ausländischem Pass nur etwa halb so hoch ist.

Bis heute wird der Aspekt „Migration“ in den einzelnen Statistikbereichen (Bevölkerungsstatistik, Arbeitsmarktstatistik, Bildungsstatistik etc.) nicht einheitlich erhoben: Mal geht es um den Migrationshintergrund (und auch hier weichen die Definitionen voneinander ab), mal um die Staatsbürgerschaft. Viele Daten sind deshalb nur bedingt miteinander vergleichbar oder – schlimmer noch – liefern ein verzerrtes Bild von der Realität.



III. Diskussion von Themen und Thesen

In diesem Hauptteil des Workshops werden Thesen diskutiert. Die Thesen sind abgeleitet aus Beobachtungen und vorhandenem Hintergrundwissen und teilweise gestützt durch statistische Daten. Im Verlauf des Workshops werden die einzelnen Thesen unter dem Gesichtspunkt diskutiert, ob sie zutreffen oder eher nicht.

A. Migration unter veränderten Vorzeichen

These:

Die Migrationsformen verändern sich zurzeit schnell: Es gibt mehr Pendelmigration, temporäre Migration und Rotation (Saisonarbeit, Leiharbeit, Werkvertragsarbeit). Die Herkunftsländer ändern sich.

Aus der Bevölkerungsstatistik lassen sich die Veränderungen bei den Migrationsformen nur teilweise ablesen. Das betrifft etwa die unter Rentner_innen verbreitete „Pendelmigration“ (viele ältere Personen z.B. aus Italien oder der Türkei leben einige Monate im Jahr in Deutschland und einige im Herkunftsland), die statistisch nicht sichtbar wird. Umgekehrt fällt in den Meldedaten eine teilweise hohe Fluktuation auf, insbesondere bei der EU-Zuwanderung.

Diskussion:

- Die Erstberatungs- und Lotsenstellen erhalten vom Bürgeramt regelmäßig die Meldedaten neu zugezogener Migrant_innen, um diesen Personen Erstberatung anzubieten. Dabei fällt in letzter Zeit auf: Die Namen an einer Wohnortadresse ändern sich teilweise von Monat zu Monat; teilweise gibt es viele Anmeldungen unter einer einzigen Adresse. → *Hinweis auf Werkvertragsarbeiter, Saisonarbeiter*
- Neben Saison- und Werkvertragsarbeit ist mit weiteren Veränderungen zu rechnen, die noch vor uns liegen: So werben Wirtschaftsunternehmen, Krankenhäuser etc. inzwischen – unterstützt durch Bundes- und Landesregierungen - aktiv um Zuwanderung aus der EU und weltweit. Einzelmaßnahmen wie die aktuelle Vereinbarung mit Spanien zur Ausbildung spanischer Jugendlicher in Deutschland werden weitere, neue

Formen der Einwanderung mit sich bringen. → *bei diesen Zuwanderern ist nur punktuell mit Bedarf an öffentlicher Integrationsförderung zu rechnen; zum einen bringen sie in der Regel gute Bildungsressourcen mit, zum anderen übernimmt hier die Wirtschaft teilweise selbst die Integrationsverantwortung für Deutschkurse, Begleitung und Erstorientierung.*

- Der Fachkräftemangel betrifft allerdings nicht alle Branchen und Bereiche. Viele bereits hier lebende Jugendliche mit Migrationshintergrund haben nach wie vor Schwierigkeiten, in (perspektivreiche) Ausbildungsberufe zu kommen.
- Neue Akteure treten auf den Plan: z.B. Agenturen zur Vermittlung von ausländischem Personal für die häusliche Pflege. Dieses Feld ist schwer zu überschauen. Auch gibt es hier eine Grauzone mit unseriösen Angeboten und Strukturen, die Menschenhandel begünstigen. → *Die Auswirkungen bekommen die Migrationsdienste teilweise zu spüren, wenn Personen in die Beratung kommen, die entsprechend negative Erfahrungen gemacht haben und in Not geraten sind (vgl. Ex-Höll-Mitarbeiter_innen).*

Zwischenfrage: *Ändert sich durch die Vielfalt der Migrationsformen und die neue EU-Zuwanderung etwas in der Stadt?*

- Die Beratungsarbeit der Migrationsdienste wird erschwert.
- Was die Zuwanderung aus Ost- und Südosteuropa angeht, so ist SB nicht so sehr betroffen wie Ballungszentren und die Grenzgebiete im Osten Deutschlands.
- Derzeit ist das Thema „EU-Ausländer_innen“ in den Beratungen stärker im Vordergrund als die Beratung von Drittstaatsangehörigen → Bestätigung des Phänomens „Generation EU“

Zwischenfrage: *Ist es noch sinnvoll, die Migrant_innen nach den bisher gängigen Statusgruppen zu differenzieren (Flüchtlinge, aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige, EU-Ausländer_innen, Studierende, Sonstige) oder geht es nicht vielmehr um das jeweilige „Gepäck“, mit dem die Zuwanderer kommen (Armutsmigration, Bildungsmigration, Personen mit/ohne Beratungs- und Integrationsbedarf etc.)?*

- Es ist richtig, dass auch unter den einzelnen Statusgruppen eine große Vielfalt besteht. Die Hauptherkunftsländer von Flüchtlingen derzeit sind Syrien, Afghanistan und Irak; die Flüchtlinge haben sehr unterschiedliche Bildungshintergründe, von Akademiker_innen bis Analphabet_innen.

***Zwischenfrage:** inwieweit wandern Familienangehörige mit ein (z.B. bei Pflegekräften, die nur 3 Monate bleiben) bzw. wer kommt noch im Familienverband?*

Diskussion:

- Viele kommen zunächst als Einzelpersonen. Wenn sie dann Fuß gefasst haben, kommen die Familien nach.
- Bei EU-Zuwanderern: Saisonarbeiter kommen oftmals alleine. Wer vorhat, hier Fuß zu fassen, orientiert sich zunächst allein, schafft die notwendigen Rahmenbedingungen und holt dann die Familie nach.
- Manche gehen auch das Wagnis ein, mit der gesamten Familie und Hab und Gut einzuwandern (ohne gesicherte Perspektive). Dadurch entstehen mitunter erhebliche Notlagen.
- Teilweise sind die Zuwanderer im eigenen Land falsch informiert bzgl. der rechtlichen Lage und Leistungsansprüche, die sie in Deutschland erwarten.
- Auch Spanier_innen und Portugies_innen kommen in die Beratung; weniger aber Italiener_innen und Griech_innen, diese haben eher Netzwerke hier, die sie stützen. Sie nehmen daher weniger Beratung in Anspruch.
- Hinweis: es gibt viele Drittstaatsangehörige aus Spanien (teilweise ursprünglich aus Nordafrika), die dort eine Aufenthaltserlaubnis besitzen und fälschlicherweise annehmen, sie könnten damit in Deutschland arbeiten.
- In Homburg gibt es relativ viele türkischsprachige Zuwanderer aus Bulgarien.

- Zum Thema „Personen mit ungeklärten (Leistungs-) Ansprüchen“: Hinweis auf ALG II, hier rechtliche Abgrenzungen schwierig, gerade auch für Berater_innen
- Die EU schafft Regelungen, die auf kommunaler Ebene schwierig umzusetzen sind; es ist mehr Abstimmung nötig, damit die damit einhergehenden Phänomene wie Scheinselbstständigkeit nicht der Ausbeutung und dem Menschenhandel Vorschub leisten.

B. Aufnahme und Orientierung

These:

Neuzuwanderern gelingt es heute schneller und besser, sich in Saarbrücken / in Deutschland zu orientieren als vor zehn Jahren.

Diskussion:

- Aus Sicht der Wohlfahrtsverbände ist in den letzten zehn Jahren enorm viel passiert, was die Struktur der Erstberatung und –orientierung betrifft; es hat sich einiges zum Besseren verändert.
- Durch Förderpläne und Erstberatung haben die Neuzuwanderer tatsächlich eine bessere Orientierung.
- Das System der Erstorientierung in Saarbrücken ist aus Perspektive der Migrationsdienste übersichtlich.
- In den letzten 10-15 Jahren hat sich auch bei den mit Migration vorrangig befassten Behörden das Dienstleistungsprinzip stärker durchgesetzt; das gemeinsame Ziel der Integration steht jetzt viel mehr im Vordergrund; Systeme und Institutionen ziehen eher an einem Strang.
- Zu den weniger transparenten Bereichen gehört in erster Linie das Bildungssystem; allein schon die unterschiedlichen und wechselnden Bezeichnungen und sich ändernden Schulformen führen (nicht nur) bei vielen Zuwanderern zu Verwirrung.

- In Broschüren und im Internet gibt es zwar inzwischen eine regelrechte Flut an Informationen, die die Orientierung erleichtern sollen. Diese werden oftmals aber nicht in Gänze verstanden oder der Zusammenhang ist nicht ersichtlich sind → Beratung bleibt weiterhin unverzichtbar.
- Oftmals gibt es in den verschiedenen Migrantengemeinschaften Schlüsselpersonen, die helfen, dass Menschen überhaupt den Weg in die Beratung finden.

These:

Die Regeldienste haben sich deutlich besser auf Migrant_innen eingestellt als vor zehn Jahren. Es gibt weniger strukturelle Integrationshemmnisse (Bsp. Anerkennung von Berufsabschlüssen, Zugang zu Leistungen von Beratungsstellen, Jugendämtern etc.).

Diskussion:

- Einige Einrichtungen haben einen strukturierten Öffnungsprozess vollzogen. Dies macht sich positiv bemerkbar. Insgesamt haben sich die meisten Dienste stärker auf Migrant_innen aus Kund_innen eingestellt.
- Viele Regeldienste sind stärker in die Netzwerkarbeit eingebunden. Auch dadurch wurde die Öffnung unterstützt.
- Zwar gibt es weniger strukturelle Integrationshemmnisse, aber noch immer sind sie vorhanden → Das betrifft insbesondere die Arbeitsmarktintegration.

These:

Zuwanderer bleiben skeptisch gegenüber Behörden.

Diskussion:

- Das wird auch von den Migrationsdiensten so wahrgenommen und lässt sich u.a. auf negative Erfahrungen zurückführen, die Zuwanderer bei Behörden machen.

- Besonders ungern gehen die Menschen zur Ausländerbehörde und zum Jobcenter – was allerdings auch in der Natur der Sache liegt (Abhängigkeit von Aufenthaltsstatus; Problem Arbeitslosigkeit).

Skalierungsfrage: Themenfeld Senior_innen

Wie gestaltet sich Ihrer Meinung nach der Zugang von Migrant_innen zu Angeboten der Altenhilfe, Pflege und Begegnungsmöglichkeiten für Ältere?

(auf einer Skala von 0-10, wobei 0 den schlechtesten Wert abbildet)

Antwort:

Gerade was die Altenhilfe angeht, besteht noch immer großer Handlungsbedarf. In den letzten zehn Jahren hat sich hier nicht allzu viel getan. Wenn im Jahr 2003 der Skalawert die 1 war, dann stehen wir heute höchstens auf der 2.

These:

Migrant_innen sind zurückhaltend gegenüber dem System der (frühen) Kinderbetreuung.

Diskussion:

- Diese These stimmt so nicht; es gibt eher ein Problem des Angebots, die Nachfrage ist durchaus vorhanden.
- Es gibt durchaus auch Eltern, die die ersten drei Lebensjahre des Kindes nutzen, um sich nicht aktiv um die Jobsuche bzw. Anforderungen des Jobcenters kümmern zu müssen.
- Bzgl. Gruppe der Bulgaren und Rumänen (Roma): Hier sind auch Ängste vorhanden, ihnen könnten die Kinder weggenommen werden.
- Der soziale Status/ Bildungshintergrund der Eltern hängt auch zusammen mit der Bereitschaft, die Kleinkinder in die Krippe zu geben.
- Auch traditionelle Familienmuster/ Rollenaufteilungen sind hier zu berücksichtigen.

C. Zusammenleben und Teilhabe

Diskussion:

Rückläufiger Wert beim Umfrageergebnis zur Aussage „Migrant_innen in Saarbrücken sind nicht gut integriert“ im Rahmen des Urban Audit.

Hintergrund zum „Urban Audit“: Es handelt sich um ein EU-Projekt, das „hard facts“ zur Stadtentwicklung erhebt; mittlerweile sind an diesem Projekt fast 400 Städte beteiligt; die erste Umfrage in Saarbrücken fand 2006 statt und seitdem alle drei Jahre.

Zur Aussage „Migrant_innen in Saarbrücken sind sehr gut integriert“ sagten

„Ich stimme voll zu“:

2006: **12,3 %**

2009: **11,3 %**

2012: **8,7 %**

Diskussion:

- Ursachen für die Ergebnisse bzw. den Rückgang lassen sich nur mutmaßen: evtl. andere Zusammensetzung der ethnischen Gruppen bzw. deren Sichtbarkeit.
- Möglicherweise ist die Anfangseuphorie („schön vielfältig“) einer realistischeren Einschätzung gewichen.
- Evtl. besteht auch ein Zusammenhang mit der EU-Krise.
- Ein solches Stimmungsbild wahrzunehmen ist wichtig, um unterschwellige Entwicklungen in der Bevölkerung – gerade in den Stadtteilen mit hohem Migrant_innenanteil – frühzeitig erkennen zu können.
- Im Tagesgeschäft der Migrationsdienste ist es spürbar: Die „Ausländerfreundlichkeit“ nimmt ab.
- Es stellt sich die Frage, wie ein „Normalbürger“ ein Bild von Zuwanderung und Integration haben soll; das ist sehr schwierig

Skalierungsfrage:

Wenn Sie die Qualität des Zusammenlebens der Menschen in Saarbrücken auf einer Skala von 0-10 ausdrücken sollten, wo würden Sie sich positionieren?

Antwort:

Ungefähr in der Mitte (5).

These:

Verhältnismäßig viele ältere Migrant_innen sind unzufrieden/ unglücklich mit ihrem Leben (vgl. Befragung 50plus)

Diskussion:

Diese These wird nicht bestätigt. Die statistischen Abweichungen sind nicht signifikant. Herr Waespi-Oeß stellt dar, dass die Studie 50plus ergeben hat, dass es keine großen Unterschiede

zwischen den Antworten der Migrant_innen und der Deutschen gegeben hat. So gibt es kaum Unterschiede bei den Einstellungsfragen oder den Fragen zur Pflege.

Die Teilnehmenden bestätigen vom Standpunkt ihrer Erfahrungen diese Einschätzung. Auch bzgl. „Glück und Zufriedenheit“ verhält es sich bei der Einstellung von Migrant_innen ähnlich wie bei Deutschen.

These:

Migrant_innen engagieren sich ähnlich stark ehrenamtlich wie Deutsche, aber teilweise in anderen Bereichen (vgl. Befragung 50plus)

Diskussion:

- Auch diese Beteiligung ist im Zusammenhang mit dem Bildungshintergrund/ dem sozialen Status der betreffenden Personen zu sehen
- Zum Hinweis der stärkeren ehrenamtlichen Beteiligung von Männern: Funktionen in den jeweiligen Vereinen, s. Trainer: eher männlich; Moscheevereine: Vorsitzende sind Männer etc.
- Was die Ehrenamtsbereiche angeht, zeigt sich, dass die Bereiche Freizeit und Geselligkeit bei Deutschen schwächer ausgeprägt sind. Das könnte damit zusammen hängen, dass Menschen in der heutigen Konsumgesellschaft sich eher punktuell und zeitlich befristet engagieren, statt sich dauerhaft an einen Bereich zu binden.

Skalierungsfrage:

Treffen Sie eine Aussage zu dem Bild, das in der Öffentlichkeit von Migrantinnen (Frauen!) kursiert. Positionieren Sie sich zwischen „0 – Migrantinnen werden als homogene Gruppe betrachtet und dargestellt“ und „10 – in der Öffentlichkeit herrscht ein sehr differenziertes Bild von Migrantinnen und der Vielfalt ihrer Lebenswelten“.

Antwort:

Positionierung ungefähr in der Mitte, wobei sich in den letzten zehn Jahren vielleicht eine kleine Änderung zum differenzierteren Bild vollzogen hat

2003: Skalawert 5

2013: Skalawert 6

IV. Größte Herausforderungen und Chancen

Zum Abschluss werden die Teilnehmenden gebeten, die Herausforderungen für die Integrationspolitik und Integrationsarbeit in den nächsten fünf Jahren zu „bepunkten“.

Das Ergebnis zeigt, dass die Fachleute vornehmlich in den Themenfeldern „Ältere Migrant_innen“ und „Personen ohne Integrations- und Leistungsansprüche“ die Herausforderungen ansiedeln.

